



Auswärtiges Amt

Siebtes Forum Globale Fragen



Dialog der Kulturen
Berlin, 16.–17. Mai 2002



In Zusammenarbeit mit der

Deutsche Gesellschaft für
Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Siebtes Forum Globale Fragen

„Dialog der Kulturen“

**16.–17. Mai 2002,
Auswärtiges Amt, Berlin**

Bildnachweis:
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin
Fotograf: Jürgen Gebhardt

Herausgeber: Auswärtiges Amt
Arbeitsstab Globale Fragen
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
Tel.: 0 18 88 / 17-19 23 oder 0 30 / 50 00-19 23
Fax: 0 18 88 / 17-18 85

Druck: rga.-Druck, Remscheid

- **Vorwort des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts, Jürgen Chrobog** 7
- **Vorwort des Geschäftsführers der GTZ, Wolfgang Schmitt** 8

- **Eröffnungsrede des Bundesministers des Auswärtigen, Joschka Fischer** 9
 - Diskussion 14

- **Panel 1: „Brücken in die Zukunft“ – die Antwort der „Eminent Persons“** 23
 - Dr. Javad Zarif**, stv. Außenminister der Islamischen Republik Iran 23
 - Professor Tu Weiming**, Harvard University 26
 - Dr. Richard von Weizsäcker**, Bundespräsident a. D. 29
 - Dr. Verena Metzke-Mangold**, Deutsche UNESCO-Kommission 33
 - Diskussion 35

- **Panel 2: „Kulturen unter dem Druck der Globalisierung“** 45
 - Professor Ackbar Abbas**, University of Hong Kong 46
 - Tomás Ybarra-Frausto**, Rockefeller Foundation, New York 49
 - Professor Dr. Michael Bohnet**, Ministerialdirektor im BMZ 51
 - Professor Dr. Viola König**, Ethnologisches Museum Berlin-Dahlem 53
 - Diskussion 57

- **Panel 3: „Menschenrechte als Wertgrundlage für den Dialog der Kulturen?“** 65
 - Irene Khan**, Generalsekretärin „amnesty international“, London 65
 - Margaret Sekaggya**, Vorsitzende der „Uganda Human Rights Commission“ 68
 - Professor Dr. Dr. Sabine von Schorlemer**, TU Dresden 71
 - Dr. Gunter Mulack**, Beauftragter des AA für den Islam-Dialog 73
 - Diskussion 76

- **Panel 4: „Deutsch-türkisches Miteinander“** 87
 - Dr. habil. Ekkehard Eickhoff**, Botschafter a.D. 87
 - Konsul Iskender Okyay**, Türkisches Generalkonsulat in Berlin 91
 - Dr. Barbara John**, Berliner Ausländerbeauftragte 94
 - Seyran Ates**, Rechtsanwältin in Berlin 96
 - Diskussion 100

- **Schlusswort des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Dr. Ludger Volmer** 104
- **Programm** 108

- **Teilnehmerliste** 110
- **Resolution der Generalversammlung 56/6 vom 9. November 2001,
„Global Agenda for Dialogue among Civilizations“** 116
- **Was ist das „Forum Globale Fragen“?** 122
- **Die Veranstalter stellen sich vor** 125

Redaktion: Thomas Fitschen, Arbeitsstab Globale Fragen

Die Diskussionsbeiträge wurden weitgehend in ihrer ursprünglichen Form abgedruckt. Stellungnahmen der Moderatoren wurden nur zitiert, sofern sie inhaltliche Aussagen enthalten.

Der Arbeitsstab dankt Frau Ursula Bergermann und Rechtsreferendarin Barbara Nuhn für ihre Hilfe bei der Erstellung des Manuskripts sowie Frau Johanna Mantel, Frau Susanne Berghaus, Frau Andrea Heise, Frau Silke Schulze und Frau Katja Wendel für ihre Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung des „Forums“.

Vorwort des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts, Jürgen Chrobog

Das siebte „Forum Globale Fragen“ war dem Dialog der Kulturen gewidmet. Dieser Dialog war schon lange vor dem furchtbaren Terrorangriff vom 11. September 2001 ein wichtiges Thema der deutschen Außenpolitik. Der Anschlag hat seine Bedeutung noch verstärkt. Das hat auch die Gruppe der sog. „Eminent Persons“, die VN-Generalsekretär Kofi Annan zum Jahr des Dialogs der Kulturen 2001 berufen hatte, bestätigt, die ihren Bericht „Brücken in die Zukunft“ im November 2001 vorlegte. Es hat uns besonders gefreut, dass wir für unser Forum, das eigentlich schon im Frühjahr letzten Jahres hatte stattfinden sollen, auch einige „Eminent Persons“ gewinnen konnten, darunter den Bundespräsidenten a.D. Dr. Richard von Weizsäcker und den stv. Außenminister der Islamischen Republik Iran, Dr. Javad Zarif.

„Dialog der Kulturen“ – das ist eine der wesentlichen Botschaften des Forums – ist vor allem eine Geisteshaltung: Die Bereitschaft, sich vom Gegenüber überzeugen zu lassen, Abweichendes nicht bekämpfen zu wollen, sondern zu ertragen; Bereitschaft, den anderen nicht zur Aufgabe seiner Meinung zu zwingen, sondern nach Wegen zu suchen, wie man trotz Unterschieden gemeinsam handeln kann. Diese Integrationsleistung, die alle funktionierenden Gesellschaften im Innern erbringen (müssen), muss im Zeitalter der Globalisierung auch auf internationaler Ebene gelingen. Es ist ein interessantes Paradoxon der Globalisierung, dass gerade in dem Augenblick, wo von vielen weltumspannende Vereinheitlichung und „Druck“ auf die Kulturen befürchtet wird, die lokalen und regionalen Kulturen (wieder-)entdeckt werden und damit auch das, was die Kulturen voneinander unterscheidet. Das Forum hat davor gewarnt, Klischees zu pflegen. Blickt man nämlich genau auf das eigene wie auf andere, wird man feststellen, dass Kultur eben nicht statisch ist. Die auf dem Forum diskutierten Beispiele zeigen, dass unterschiedliche Kul-

turen, wo sie aufeinander treffen, immer beiderseits aufeinander reagieren. Kontakt fördert Kenntnis, Kenntnis weckt Interesse, und der Dialog muss versuchen, sich dieses Interesse an anderen Kulturen nutzbar zu machen.

Gibt es etwas allen Kulturen Gemeinsames als Basis für den Dialog? – Das Forum war sich einig, dass es ebenso möglich wie nötig ist, den Dialog auf die Menschenrechte als gemeinsame Wertgrundlage zu gründen. Am Grundsatz der universellen Geltung der Menschenrechte kann es für uns keine Abstriche geben. Hinzu kommen muss aber die Einsicht, dass wir uns über die den Menschenrechten zu Grunde liegenden Werte interkulturell verständigen und die menschlichen Gemeinsamkeiten aller Kulturen stärker herausarbeiten müssen.

Den Dialog der Kulturen kann nur glaubwürdig als Anspruch an andere vertreten, wer ihn auch „zu Hause“ ernst nimmt. Daher hat das Forum versucht, anhand des Beispiels des „deutsch-türkischen Miteinanders“ (insbesondere in Berlin) Berührungspunkte wie auch Konflikte der beiden unterschiedlichen Kulturen zu identifizieren. Die Forderung nach Integration, so eine der Schlussfolgerungen, dürfe nicht als Zumutung des Verzichts auf die eigene Kultur formuliert werden. Gerade die vielfältigen Erfahrungen in Berlin können als Aufforderung dazu dienen, auch ein selbstbewusstes, gelassenes *Nebeneinander* der „Kulturen im Dialog“ als Form der Integration anzuerkennen.

Unserem Mitveranstalter, der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), danke ich für die vielfältige Unterstützung bei der Durchführung des Forums. Ihrem Geschäftsführer, Herrn Wolfgang Schmitt, sowie Frau Franziska Donner gilt mein besonderer Dank für die hervorragende Zusammenarbeit.

Vorwort des Geschäftsführers der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, Wolfgang Schmitt

Was hat die GTZ mit dem Dialog der Kulturen zu tun? Was kann sie dazu beitragen? Bitte lassen Sie mich kurz erläutern, warum es uns ein Anliegen und eine Freude war, beim „Forum Globale Fragen“ des Auswärtigen Amtes zum Thema „Dialog der Kulturen“ als Partner mitwirken zu können.

Wir, die GTZ, wollen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit erfolgreich zur nachhaltigen Entwicklung in der Welt beitragen, das ist unser Unternehmensverständnis und unser Auftrag zugleich. Wir sind uns bewusst, dass wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und die Erhaltung der Ökosysteme miteinander verknüpft sind: Das eine ist auf Kosten des anderen langfristig nicht zu erreichen. Wir haben verstanden, dass im Konfliktfeld von Natur, Macht und Märkten Konfrontation und einseitige Bevorzugung nicht weiterführen; nachhaltige Entwicklung setzt auf Kooperation, Verhandlungsfähigkeit, Lern- und Reformbereitschaft. Als Leitbild gründet es in international breit akzeptierten Grundwerten wie Achtung der Menschenrechte, globale Verantwortung und Partnerschaft, Demokratie und soziale Rechtsstaatlichkeit sowie verantwortlicher Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

Die Umsetzung dieses Leitbildes ist ein mühsamer Prozess. Sie ist, das wissen wir heute, ohne einen echten und ehrlichen Dialog der Kulturen nicht möglich. Der Dialog der Kulturen wird damit, nicht erst seit heute, zum integrativen Bestandteil der Arbeit der GTZ in mehrfacher Hinsicht: Er ist Voraussetzung, er muss Instrument und er kann Ergebnis erfolgreicher internationaler Zusammenarbeit im Sinne nachhaltiger Entwicklung sein.

Die GTZ ist seit nun fast 30 Jahren im interkulturellen Kontext tätig. Als Mittler zwischen den Welten ist sie heute mehr denn je gefragt. Ihre Mitarbeiterinnen und Mitar-

beiter arbeiten täglich Hand in Hand mit Menschen fast aller Kulturen dieser Welt. Unser Beitrag kommt aus der praktischen Erfahrung. Und trotzdem, hier komme ich noch einmal auf die Frage des echten und ehrlichen Dialogs: Sind wir uns ausreichend der Tatsache bewusst, dass Begegnung noch nicht Dialog bedeutet? Berücksichtigen wir, dass Dialog der Kulturen als ersten Schritt das Wahrnehmen von Unterschieden, als zweiten das Akzeptieren und als dritten das In-Wert-Setzen dieser Unterschiede erfordert? Wie passt das zu unseren Beiträgen zur Globalisierung? Wie passt das zu unserer Arbeit für gemeinsame Grundwerte? Kommunizieren wir wirklich immer auf gleicher Augenhöhe?

Unsere Fragen und Erfahrungen wollten wir einbringen in dieses Forum und verknüpfen mit den Fragen und Erfahrungen anderer. Die große Zahl hervorragender Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf den Panels und im Auditorium hat gezeigt, dass das Thema „Dialog der Kulturen“ viele Menschen heute bewegt. Wir haben mit ihnen zusammen und von ihnen viel gelernt.

Eröffnung durch den Bundesminister des Auswärtigen, Joschka Fischer

Meine Damen und Herren, Exzellenzen,

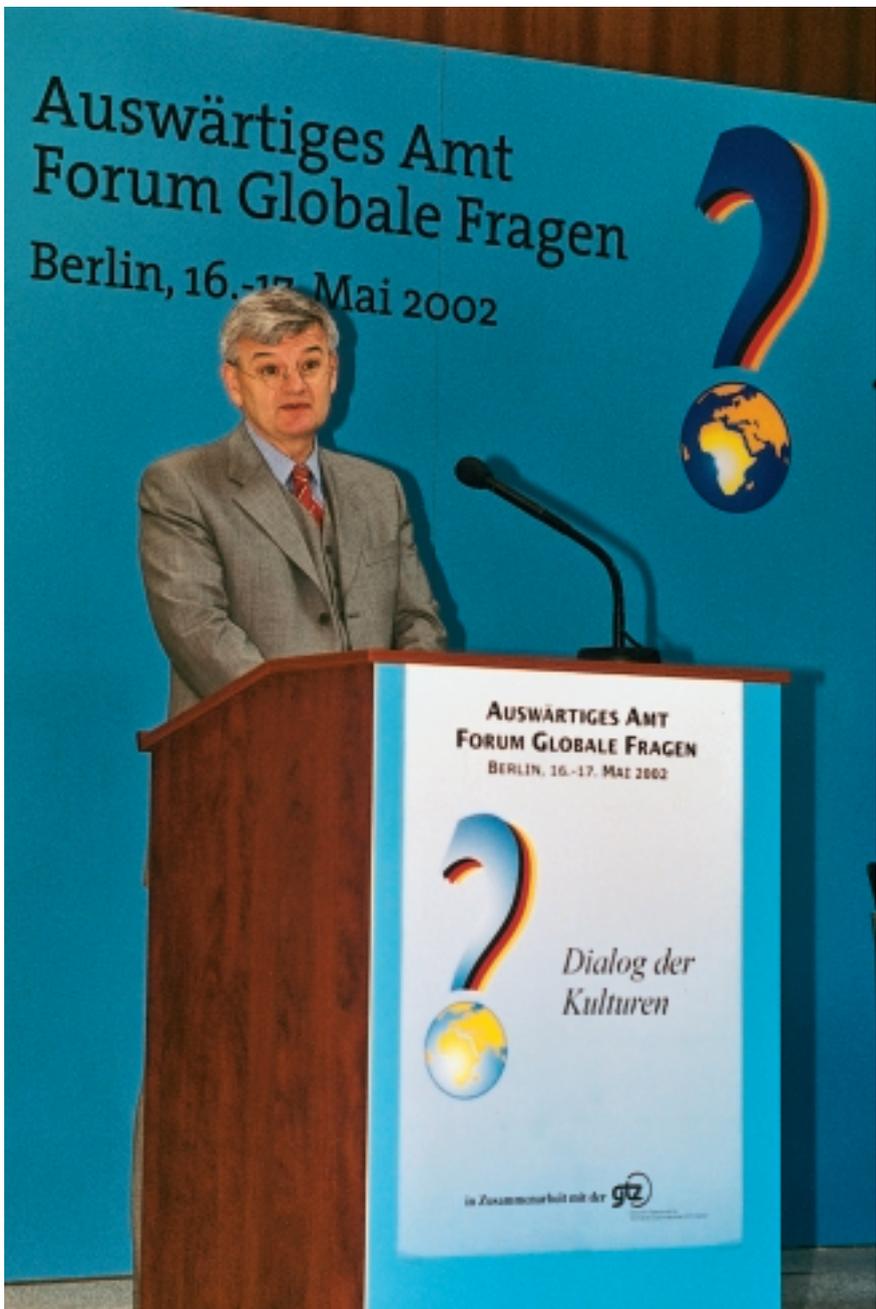
ich darf Sie alle recht herzlich willkommen heißen zum 7. Forum Globale Fragen. Ich möchte ganz besonders begrüßen und mich auch bedanken beim Mitveranstalter, der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Mein besonderer Gruß gilt heute den Mitgliedern der *group of eminent persons*, also der Gruppe bedeutender Persönlichkeiten, die dieses Forum maßgeblich mitgestalten. Diese von Kofi Annan berufene Gruppe legte im November 2001 der Generalversammlung der Vereinten Nationen ihren Bericht „Crossing the Divide“ vor, mittlerweile auch auf Deutsch erschienen („Brücken in die Zukunft“). Und deswegen freue ich mich ganz besonders, die drei anwesenden *eminent persons* begrüßen zu dürfen, nämlich den stellvertretenden iranischen Außenminister, Herrn Javad Zarif, Professor Tu Weiming von der Harvard Universität, und selbstverständlich auch alle anderen Gäste aus Asien, Afrika und Amerika. Seien Sie uns recht herzlich willkommen.

Aber selbstverständlich möchte ich auch die deutschen Repräsentanten ganz besonders begrüßen, Altbundespräsident Richard von Weizsäcker und, *last but not least*, die frühere Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes und jetzige Präsidentin von Goethe Institut Inter Naciones, Frau Jutta Limbach. Seien auch Sie uns recht herzlich willkommen.

Meine Damen und Herren, der Dialog der Kulturen steht schon lange auf der Tagesordnung unserer Außenpolitik, ich kann sogar erweitern: der deutschen Außenpolitik. Aber durch den mörderischen Anschlag vom 11. September, durch den furchtbaren Terrorangriff auf New York und Washington, ist die Bedeutung dieses Dialoges noch klarer, noch notwendiger, noch dringender geworden. Es ist eine Frage nach unseren

Werten, nach den Werten der offenen Gesellschaft, des Zusammenlebens in einer zunehmend vernetzten Welt, die hier ebenfalls aufgerufen wurde. Eine Welt, die plural ist, eine Welt, die nicht nur von einem Punkt her gedacht oder organisiert werden kann; sieben Milliarden Menschen demnächst mit den unterschiedlichen Sprachen, Kulturen, Geschichten, die ganze Vielfalt dessen, was an Kultur die Menschheit, der *homo sapiens*, hervorgebracht hat, all das stellt sich in der Frage eines friedlichen Zusammenlebens und eines gegenseitigen Dialoges – oder aber ob sich daraus, und das ist das Ziel dieses terroristischen Anschlags gewesen, eine Konfrontation oder gar ein Krieg der Zivilisationen entwickelt.

Ich bin vor kurzem sehr gerne nach Istanbul gereist auf Einladung der türkischen Regierung und meines türkischen Kollegen Ismael Cem. Wir hatten dort zwischen den Mitgliedern der Europäischen Union und den Angehörigen der Staaten der Organisation Islamischer Staaten einen sehr offenen Meinungsaustausch, einen sehr offenen Dialog. Die unverzichtbare Voraussetzung für diesen Dialog ist dabei, dass man sich in Klarheit die jeweils eigene Position zumutet, dass man bereit ist zuzuhören, sie auch, soweit das notwendig ist, in Frage zu stellen. Die Klarheit der jeweils eigenen Werte ist von entscheidender Bedeutung, und das hat Istanbul gezeigt, Dialog heißt nicht, dass man sich nur Freundlichkeiten sagt. Dies ist für mich kein Dialog, sondern dieses ist für mich dann diplomatischer Talk. Da sehe ich einen großen Unterschied. Das diplomatische Gespräch kann sehr wichtig sein, aber nicht, wenn es um den Dialog der Kulturen geht. Dialog, dialogisches Prinzip heißt aus meiner Sicht, dass man wirklich zu den Punkten kommt, dass man sie benennt, dass allerdings die Gesprächsform das versöhnende Element beinhaltet, das heißt das Zuhören, das Antworten, das Nachdenken, das Sich-selbst-in-Frage-Stellen, ohne da-



Bundesminister Fischer

bei zu einer Verunklarung der eigenen Werte zu kommen. Das Bewusstsein nach kultureller Selbstdefinition und die Kriterien der Selbstvergewisserung, gerade das erleben wir hier in Europa, nehmen natürlich unter den Bedingungen der Globalisierung und auch der neuen krisenhaften Herausforderungen zu. Wenn man sich die Wahlergebnisse hier in den letzten Monaten anschaut, wird man feststellen, dass es hier ebenfalls eine starke kulturelle Verunsicherung gibt, die ein neuer Populismus versucht, politisch zu mobilisieren und umzusetzen. Die Sprache, die Ethnie, der Glaube, das kulturelle Erbe, all das sind Dinge, die eine große Rolle spielen, und dabei spreche ich noch gar nicht von dem Dialog mit anderen Kulturen, sondern schaue allein nach Europa selbst hinein.

Wenn ich mir allerdings anschau, wie in Nachbarregionen, im Mittelmeerraum, im Nahen und Mittleren Osten, aber auch in anderen Teilen Asiens sich die Dinge entwickeln, dann stelle ich fest, dass diese Probleme in der Tat nicht nur bei uns anzutreffen sind, sondern dass diese Probleme breiter gelagert sind. Diese Frage nach der eigenen Identität ist meines Erachtens eine hochpolitische und zugleich kulturelle Frage, die der Beantwortung bedarf; eine Identität allerdings, die nicht in eine neue Konfrontation, nicht in eine neue Kultur der Gewalt oder des Selbstmords münden darf, sondern die die gemeinsamen lebensbejahenden Elemente, die friedlichen Elemente, die diesen großartigen Kulturen in ihren Unterschieden zu Grunde liegen, in den Vordergrund bringen müssen. Denn wenn ich zum Eingang gesagt habe, sieben Milliarden Menschen demnächst, diese sieben Milliarden Menschen werden weder unilateral sich organisieren, noch werden sie ihre Konflikte gewalttätig austragen können und austragen dürfen, sonst würden wir einer furchtbaren Zukunft entgegenschauen. Das bedrückende Szenario scharfer kultureller Konflikte verlangt deshalb nach einer neuen Kultur der Toleranz, die das Bedürfnis nach Identität und Abgrenzung mit gesellschaft-

licher und kultureller Offenheit verbindet. Und dies setzt voraus, dass dieser Dialog von Gleich zu Gleich geführt werden muss. Toleranz muss die ehrliche Akzeptanz der Unterschiedlichkeiten bedeuten, auch die Benennung der Kritik. Es geht um den Verständigungsversuch über eine gemeinsame Wertegrundlage für die Gestaltung der internationalen Beziehungen. Und wenn man sich den Bericht der *eminent persons*, der hier jetzt auch ins Deutsche übersetzt vorliegt, anschaut, dann finden wir darin zahlreiche und sehr, sehr wertvolle Anregungen.

Der Dialog der Kulturen kann von uns nur glaubwürdig als Anspruch vertreten werden, wenn wir ihn zu Hause ernst nehmen und praktizieren. In Deutschland leben mittlerweile drei Millionen Muslime, die überwiegend aus der Türkei stammen, viele von ihnen dabei hier in Berlin. Und ich freue mich deswegen, dass es morgen ein Panel dazu gibt, auf dem das deutsch-türkische Miteinander diskutiert wird. Hier in Deutschland, aber ebenso auf globaler Ebene, brauchen wir für den Dialog ein gemeinsames Fundament. Dies muss vor allem die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einbeziehen. Und dazu gehört auch die uneingeschränkte Anerkennung der Tatsache, dass die Menschenrechte nicht Männerrechte sind, sondern für Männer und Frauen gleichermaßen gelten. Also die Rechte der Frauen haben dabei für uns eine sehr, sehr zentrale Bedeutung. Sie müssen ein zentrales Thema des Dialogs sein. Auch hiermit wird sich morgen ein Panel unter Teilnahme der Generalsekretärin von Amnesty International, Irene Khan aus London, eingehend beschäftigen. Und wie aktuell dieses Thema ist, haben ja gerade auch die Entwicklungen in Afghanistan klargemacht. Die Bedeutung, die unser Engagement dort auch und gerade im Einsatz für die Frauenrechte, für Frauenbildung, für Mädchenbildung, hat, ist für uns ein prioritärer Punkt. Wir dürfen nicht darauf verzichten, die universell gültigen Rechte und Werte einzufordern. Sie sind in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt, in den verschiedenen Konven-

tionen auch der Vereinten Nationen, und die meisten Staaten, fast alle Staaten, haben heute dieses akzeptiert, auch wenn es den einen oder anderen Vorbehalt gibt. Und genau darüber wird man reden müssen und reden sollen. Bei allen kulturellen Unterschieden hat es die internationale Gemeinschaft geschafft, solche universellen Werte, solche allgemeinen Werte zu identifizieren und zu vereinbaren.

Ich darf hier erneut an die Vereinten Nationen erinnern, an die Millenniums-Erklärung: Das ist ein sehr, sehr gutes und wichtiges Dokument, auch und gerade unter dem Gesichtspunkt des interkulturellen Dialogs auf dieser Grundlage. Wenn wir davon gemeinsam ausgehen, und die Staats- und Regierungschefs haben ja damals in einer beeindruckenden Versammlung in New York dieser Erklärung zugestimmt, dann denke ich, ist das eine sehr gute Grundlage, von der wir ausgehen können. Es waren die Staats- und Regierungschefs aller 189 Mitgliedstaaten der VN, die sich darauf verständigt haben. Sie haben sich dabei zu sechs Grundwerten bekannt, und mir ist es wichtig, das heute nochmals zu betonen. Das ist die Freiheit, Gleichheit, die Solidarität, die Toleranz, die Achtung vor der Natur und gemeinsam getragene Verantwortung für die Gestaltung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung weltweit. Wir haben gerade vorhin im Bundestag die Frage der Nachhaltigkeit diskutiert, die direkt und unmittelbar in dieses Thema, das wir hier diskutieren, hinein führt. Johannesburg, die Nachfolgekonzferenz zehn Jahre nach dem historischen Treffen von Rio, wird in diesem Herbst im September stattfinden, und ich denke, das ist ebenfalls ein wesentliches Element des Dialogs der Kulturen. Die Agenda von Rio, ein großes Versprechen, ist zwar angepackt worden, aber wir sind von ihrer Realisierung leider noch sehr weit entfernt. Und unter den neuen Bedingungen, die gerade auch der 11. September schlaglichtartig klar gemacht hat, muss uns allen klar sein, dass eine friedliche Welt, eine friedliche Zukunft

für die wachsende Menschheit nur dann Wirklichkeit werden wird, wenn die Formel, dass 20 Prozent der Menschen über die Segnungen des Fortschritts verfügen und 75 bis 80 Prozent ausgeschlossen sind, keine Grundlage für eine friedliche Zukunft ist und dass wir deswegen – im eigenen Interesse übrigens – daran arbeiten müssen, dass wir mit dem Versprechen von Rio – dem Versprechen nämlich, Entwicklung und Umwelterhaltung mit globalen Umwelterhaltungen zusammenzubringen – weiter vorankommen.

Zur Toleranz wurde in der von mir genannten Erklärung darüber hinaus erklärt, ich zitiere wörtlich: „Unterschiede innerhalb einer Gesellschaft sowie zwischen verschiedenen Gesellschaften sollten weder gefürchtet noch unterdrückt, sondern vielmehr als kostbares Gut der Menschheit geschätzt werden.“. Ich unterstütze dies nachdrücklich, diese Forderung aus der Millenniums-Erklärung. Ich unterstütze auch die Forderung nach einer Kultur des Friedens und des Dialogs zwischen allen Kulturen und dass dieser aktiv gefördert werden soll. Im Zeitalter der Globalisierung gehört zum Dialog der Kulturen auch die Anerkennung unserer Verantwortung, vor allen Dingen der Verantwortung der reichen Länder, mit praktischer Solidarität jenen Völkern zu helfen, die bislang noch nicht von den Chancen und Vorteilen des Globalisierungsprozesses profitieren konnten oder die gar Gefahr laufen – ein ganzer Kontinent läuft Gefahr – dass sie von der sich neu strukturierenden Weltwirtschaft, von der wissenschaftsgetriebenen globalen Ökonomie, abgekoppelt werden. Es könnte hier und es würde dann eine neue Spaltung der Wissenden und der Unwissenden entstehen, und daran würden sich die Entwicklungschancen festmachen –, und das darf nicht sein. Insofern werden wir hier in diesem Zusammenhang große Anstrengungen zu unternehmen haben. Die Globalisierung wirkt sich unmittelbar auf die Grundlagen unserer Kultur und unseres Zusammenlebens aus. Und deshalb bedarf es – der Bundespräsident hat in seiner jüngsten

„Berliner Rede“ darauf hingewiesen – dringend der politischen Gestaltung der Globalisierung. Die Globalisierung ist nicht nur ein ökonomischer Prozess, sie ist vor allen Dingen nicht etwas, das naturgesetzlich über uns kommt, sondern sie ist das Ergebnis einer Entwicklung, die von Menschen geschaffen wurde. Und diese Entwicklung muss entsprechend auch vernünftig gestaltet werden. Deswegen ist das Ziel einer wohlverstandenen *global governance* ein sehr wichtiges und richtiges Ziel, in der Staaten mit anderen Staaten, mit internationalen Organisationen, insbesondere unter dem Dach der Vereinten Nationen, aber auch mit den weltweit agierenden nicht-staatlichen Akteuren kooperativ zusammenwirken.

Diesen kooperativen Ansatz halte ich in der Tat für zentral. Und dieser kooperative Ansatz ist die Absage an die Strategie des Terrorismus, der einen Krieg der Zivilisationen herbeiführen will. Was wir brauchen, ist nicht der Krieg der Zivilisationen, sondern

die Kooperation. Im Klartext: Ich behaupte, Globalisierung, auch die Vernetzung, bietet eine große Chance. Wir können sehr, sehr viel voneinander lernen, ohne uns dabei selbst aufzugeben und zu verlieren.

Wir schauen heute zurück auf viele Epochen grausamer Intoleranz. Das furchtbare, das extreme 20. Jahrhundert war von ganz besonderer Intoleranz geprägt, das Zeitalter der großen totalitären Ideologien. Der Kulturdialog der Gegenwart muss in der Verantwortung für unsere gemeinsame Zukunft liegen, muss in eine gemeinsame Zukunft führen. Und das gilt keineswegs nur in der Politik, sondern in der gesamten Gesellschaft, in Schulen, den Medien. Die Medien werden dabei immer wichtiger, das dürfen wir nicht vergessen. Es entsteht eine zweite Realität, eine virtuelle Realität auch globalen Ausmaßes. Deswegen wird diese virtuelle Realität von immer größerer Bedeutung. Das heißt, die Medien treten mehr und mehr hier als die Sachwalter sozusagen einer zweiten Realitätsebene auf und sind



Bundesminister Fischer, Wrede, Schmitt, Volmer

entsprechend dann auch in der Verantwortung. Die Wissenschaften und natürlich, *last but not least*, mit immer größerer Bedeutung die Glaubensgemeinschaften, die großen Religionen, sind hier ebenfalls zunehmend in der Verantwortung.

Dieses Forum wird hoffentlich einen konstruktiven Beitrag dazu leisten, und konstruktiv heißt für mich auch kontrovers, dass in den Kontroversen die schwierigen Punkte offen gelegt werden, dass sie freigelegt werden, und dass dann vielleicht Lösungen gefunden werden, dass es zu einem gegenseitigen Lernprozess kommt. Ich wünsche uns und Ihnen allen deswegen eine lebendige, eine kritische, eine offene, streitbare Diskussion und erhoffe mir – als Außenminister sei mir dieses erlaubt am Schluss zu sagen – natürlich auch Anregungen für das operative Geschäft der Außenpolitik im Alltag. Ich wünsche Ihnen also alles Gute und möchte Sie mit einem Gruß, der vor allen Dingen bei uns in den Bergbau-Gebieten zu Beginn einer Schicht beim Einfahren in das Bergwerk gesagt wurde, nochmals recht herzlich begrüßen und Ihnen alles Gute wünschen: Glück auf.

Diskussion

Moderation: *Hans-Heinrich Wrede, Arbeitsstab Globale Fragen*

Hans-Heinrich Wrede

Bevor wir in die Diskussion gehen, möchte ich noch eine Ergänzung geben. Der Herr Minister hat in seiner bekannten Bescheidenheit versäumt zu sagen, dass er zum „Dialog der Kulturen“ – zu dem Bericht der *eminent persons* – ein Vorwort geschrieben hat, was die Verbreitung nicht nur nicht behindert, sondern im Gegenteil sogar vermehrt hat.

Marion Lieser, Impact on Health e.V.

Ich möchte kurz folgendes aufgreifen: Es wurde von *global governance* gesprochen – inwieweit werden bei Gedanken zur global governance auch Krisenländer bzw. Länder

berücksichtigt, die schon sehr lange im Krieg leben, beispielsweise Somalia, Südsudan? Wie werden die berücksichtigt, wenn man an *global governance* denkt?

Eva Quistorp, UNIFEM-Komitee

Ich freue mich über Ihren Bezug zu den Medien, Herr Fischer, und wollte fragen, ob es nicht im Rahmen auch dieser Dialoge und der UNO so etwas wie öffentlich-rechtliches demokratisches Fernsehen geben müsste und ob man dazu nicht Initiativen ergreifen müsste, angesichts der Zunahme von Gewaltbildern; und ob man nicht, wenn man sich wirklich für interkulturellen Dialog und für Frauenrechte einsetzen will, eventuell im Rahmen der UNO eine Initiative ergreifen könnte.

Dan Dirora, Fachhochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin

My question to you, Mr. Fischer: We see that cultural conflicts are a problem for us all. I live in Berlin. I can talk about some of my experiences. But briefly my question: How far do you believe that cultural conflicts are a by-product also of political conflicts?

Bundesminister Fischer

Ich möchte mich für die Fragen herzlich bedanken und ich meine, die erste Frage *ging right to the point*: das Problem der *failing states*. Das ist eines der zentralen Probleme, das sich mit dem 11. September verbindet und das natürlich eine völlig neue Antwort erfordert, oder nicht eine völlig neue Antwort, sondern eigentlich eine umfassende, eine nachhaltige Antwort erfordert, wie wir sie in diesem Land erlebt haben. Der Bundeskanzler war jetzt in Kabul und erzählte im Kabinett neulich, was sein Eindruck war und er sagte: „So ähnlich muss Berlin wohl 1945 in weiten Teilen ausgesehen haben.“ Und wenn Sie heute unser Land anschauen, kann man feststellen, es liegt in der Mitte eines sich vereinigenden Europas, fest eingebunden in eine Stabilitäts- und Wohlstandszone mit hohem Sozialstandardsniveau, verglichen mit anderen Regionen. Wie war das möglich?

Wie war das möglich, aus der völligen Zerstörung, der Niederlage 1945, herauszukommen? Dazu haben viele Faktoren beigetragen, aber ich glaube, von ganz entscheidender Bedeutung war die Entscheidung der Vereinigten Staaten, 1945 oder 46, nicht nur in Europa zu bleiben, sondern diesem Europa und vor allen Dingen auch diesem Deutschland eine Chance zu geben. Da ist, wenn Sie so wollen, unser Land eines der besten Beispiele für ein gelungenes *nation building*, das heißt, des Aufbaus demokratischer Institutionen, unabhängiger Presse, demokratischer Parteien, von Gewerkschaften. Das alles ist von zentraler Bedeutung.

Wenn wir uns die Erfahrungen anschauen, die wir auf dem Balkan gemacht haben, dann werden wir dort ebenfalls feststellen: Die Perspektive „Brüssel“ und die Demokratisierungsperspektive in diesen Ländern sind von überragender Bedeutung dafür, dass sich die Köpfe verändern, weg von Nationalismus und nationalistischem Hass. Und das setzt langfristiges ökonomisches, sicherheitspolitisches, militärisches, polizeiliches, justizielles Bildungsengagement voraus, auf allen Ebenen der Administration. Und wenn wir uns Afghanistan anschauen, dann stellen wir fest, dass in Afghanistan genau das Problem eigentlich entstanden ist, dass Afghanistan in einem Vakuum gelassen wurde, sodass nach dem Ende des Abzugs der Roten Armee – anstatt dann nun wirklich zu versuchen, mit einer wirklichen Ordnungspolitik dem Land aus der Zerstörung herauszuhelfen – das Gegenteil eingetreten ist: Der Krieg fing dann sozusagen in der zweiten Runde erneut an, mit gewaltigen Zerstörungen, als Bürgerkrieg. Und genau das dürfen wir nicht mehr zulassen.

Wenn wir die Situation in Westafrika uns anschauen, wenn wir die jetzt sehr, sehr lange Tragödie in Angola anschauen, die nicht sehr viel kürzere Tragödie in Mosambik als postkoloniale Konflikte nach der Entkolonialisierung, wenn wir uns die Tragödie Somalias anschauen, dann tauchen

überall dieselben oder analoge Strukturen auf – und gleichzeitig allerdings auch Situationen der Hoffnung. Mosambik ist ein Beispiel dafür; ein Land – und deswegen bin ich so dafür, dass wir ihm helfen, wenn es von Natur-katastrophen heimgesucht wird –, das beeindruckende Fortschritte gemacht hat in der Überwindung dieses Bürgerkrieges. Aber letztendlich steckt dahinter die Einsicht, dass die Staatengemeinschaft sich engagieren muss, und dazu gehört auch eine militärische Komponente, um Sicherheit herzustellen. Wenn heute ISAF in Afghanistan abziehen würde, wäre das eine Katastrophe für die Menschen. Genauso wäre es eine Katastrophe für die Menschen, wenn auf dem Balkan jetzt abgezogen würde. Ich weiß, das ist nicht immer populär und bequem, aber es ist ein Faktum, wenn man sich die Dinge nun einmal anschaut. Nur gilt genauso, dass das Militär die Probleme nicht löst, das muss man auch sehen. Das Militär schafft ein Sicherheitsminimum, aber dann beginnt der mühselige Prozess des demokratischen Institutionen-Aufbaus. Und dieser demokratische Institutionen-Aufbau, das heißt im wahrsten Sinne des Wortes eine Demokratisierungspolitik – verbunden mit einer ökonomischen Perspektive, mit einer Bildungsperspektive, und gegründet auf Sicherheit und menschenrechtlichen Standards – das ist die Antwort, die in die *global governance* eingehen muss. Die Europäer setzen sich sehr stark für diese Strategie ein, und Deutschland setzt sich sehr stark für diese Strategie ein. Die USA meinten in Afghanistan zu Beginn, das wäre nicht notwendig. Wir haben immer gesagt, ihr macht euch Illusionen, wir werden dasselbe *long term commitment* brauchen wie auf dem Balkan. Und an anderer Stelle werden wir das auch brauchen, weil dort sonst Zonen entstehen, in denen erst mal Gewalt und furchtbarer Terror gegen die eigene Bevölkerung erwächst. Die Staatsstrukturen brechen zusammen, und in diesen zusammengebrochenen Strukturen bietet sich dann ein Biotop für den Terrorismus mit einer wirklichen Fähigkeit, den Weltfrieden zu bedrohen, wie wir es leider am

11. 9. sehen mussten. Für mich ist es die zentrale Frage, oder eine der ganz zentralen Fragen, der Außenpolitik und der Friedenspolitik im 21. Jahrhundert.

Die zweite Frage nach öffentlich-rechtlichem demokratischem Fernsehen mit der UNO – das, glaube ich, wird nicht funktionieren. Wenn die mal einen eigenen Sender hätten, also warum nicht, aber darüber möchte ich jetzt nicht philosophieren. Wichtig ist, die Freiheit überhaupt zu garantieren, die Medienfreiheit. Und die kann ja von zwei Seiten her bedroht werden, nämlich durch die Unterdrückung, durch staatliche Unterdrückung oder wie auch immer geartete Unterdrückung auf der einen Seite, und durch eine Zentralisierung auf der anderen Seite, wo die Medienfreiheit sozusagen von der wirtschaftlichen Seite her aufgelöst wird. Von beiden Seiten her kann dieses der Fall sein, und insofern ist es sehr wichtig, dass hier freie Medien vor allen Dingen gefördert werden; und dabei möchte ich auch auf die Tragödie vieler Journalisten gerade in Ländern, die keine demokratische Staatsverfassung haben, hinweisen. Sie gehören immer mit zu den Ersten, die im wahrsten Sinne des Wortes nicht nur unterdrückt, sondern auch ermordet werden. Diese Fälle erleben wir immer wieder. Der Einsatz für die Freiheit der Presse muss auch der Einsatz für die Freiheit derer, die die Medien machen, d. h. für die Freiheit der Journalistinnen und Journalisten sein. Das halte ich für einen ganz, ganz wichtigen Gesichtspunkt.

Und schließlich: Is cultural conflict a by-product of a political conflict? Yes and no. We have social conflicts, political conflicts, powerstruggles and a cultural conflict. It is a mix. But, of course, for example in some regions of the world including Europe, cultural conflicts can be exploited for political purposes. We experienced that several times, and that is exactly the problem with Osama bin Laden, because this is not a problem of the Islam, but an exploitation of the Islam for political purposes, for very

extreme and violent purposes. We experienced similar developments in the past also with the Christian religions in several conflicts. Therefore, I think that the cultural dialogue is very important to stop this misuse of cultural differences. But, of course, you recalled that in your everyday life here in Berlin, xenophobia is now a real political issue, and that applies also if you are looking around in several neighbour states here. So we are very much used to that problem of this very dangerous mixture of cultural and political conflicts.

Prof. Dr. Jörg Calließ, Evangelische Akademie in Loccum

Herr Fischer, Sie haben darauf hingewiesen, dass die Religionen in dem Dialog der Kulturen eine besondere Bedeutung haben, und haben auch die besondere Verantwortung der Religions-gemeinschaften angemahnt. Ein Problem, das ich in diesem Zusammenhang sehe, resultiert daraus, dass die Religionen in den verschiedenen Kulturen natürlich sehr unterschiedliche Funktionen und Bedeutungen haben und wir, so glaube ich, alle die Beobachtung machen, dass die politischen Eliten zumindest in Europa, sagen wir es mal höflich, religiös etwas amüslich sind. Sehen Sie Perspektiven, diese Defizite im Dialog aufzuarbeiten?

Bundesminister Fischer

Darauf will ich gerne direkt antworten. Also, wieso Sie darauf kommen, dass die politischen Eliten in Europa unter religiösen Gesichtspunkten amüslich wären, das verschließt sich mir. Wenn ich mich als Beispiel nehme, ich verfüge nun wirklich über eine der tiefsten religiösen Ausbildungen, bin streng katholisch erzogen worden, und wirklich – das liegt mir bis heute im Gefieder. Ob ich daran glaube, was die Glaubensbotschaft betrifft, ist eine völlig andere Frage. Aber das Wesen des Katholizismus ist ja die Lebenshaltung, die man mitbekommt.

Ich finde aber zum Beispiel auch die islamische Kultur eine faszinierende Kultur,

ohne dass ich mir deswegen die Glaubensbotschaft zu Eigen mache. Auch viele Fragen, die sich für mich etwa an den Islam richten, weil ich mich jetzt im Zusammenhang mit dem 11. 9. etwas intensiver auch mit dem Leben des Propheten, der Frühgeschichte des Islam beschäftigt habe, und dort spielen die Frauen zum Beispiel eine zentrale Rolle. Ich hätte es selber nicht geglaubt, welche Bedeutung im Leben des Propheten die Frauen dort gespielt haben, und zwar auch in der Ausgestaltung, auch in der frühen Kalifenphase, spielen sie eine zentrale, überragende Rolle. Wenn man sich die frühe islamisch-persische Lyrik anschaut, die arabische Lyrik, ist sie mit wunderbarer Liebeslyrik angefüllt, und das sind Produkte der islamischen Kultur aus der islamischen Hochzeit. Also man kann nicht sagen, dass dieses aus der Zeit des Niedergangs war. Wer sich diese wunderbare Architektur anschaut, der sieht, dass eine großartige Kultur in dieser Glaubensbotschaft offensichtlich mit enthalten ist. Auf dem

Hintergrund auch unserer gegenseitigen, ja sehr alten Ängste – denn die Beziehungen zwischen Okzident und Orient waren ja nicht immer geprägt durch eine friedliche Kontaktaufnahme, gleichwohl eine sehr intensive Kontaktaufnahme und sehr intensiven Austausch – sind das alles Dinge, die zu diskutieren im Lichte der aktuellen Herausforderungen sich meines Erachtens mehr als rentiert, und umgekehrt natürlich auch. Es gibt auch bezüglich der Folgen der Modernisierung Fragen, die aus der islamischen Welt gestellt werden, also was die Kohäsion der Familien betrifft und damit der Gesellschaft, Fragen nach dem Menschenbild, das dahinter steckt. Das ist etwas, womit auch wir uns dann sehr intensiv auseinander setzen müssen. Insofern kann ich die Frage, ob die politischen Eliten in Europa religiös unterbelichtet wären oder amüsich wären, nun weiß Gott nicht nachvollziehen. Wenn ich nur Bundespräsident von Weizsäcker anschau, der eine herausragende Figur im deutschen Protestantismus war und ist, und



Prof. Dr. Jörg Calließ

er ist keine Ausnahme, und wenn ich mir das anschau bei anderen, dann kann ich das wirklich nicht nachvollziehen.

Die völlig andere Frage ist die nach dem Wandel von Religion in der modernen Gesellschaft. Ich möchte da jetzt nicht in diesen sozusagen innerkatholischen Dialog eintreten. Aber mir fiele da natürlich viel zu ein, warum die Leute aus den Kirchen wegbleiben, warum sie nicht mehr hingehen. Ob das immer an den Gläubigen liegt, da hätte ich so meine Zweifel. Und gleichzeitig stellen Sie aber fest, dass es tiefes religiöses Grundempfinden gibt, und auch die ganze Aufklärung, die ganze hier in Deutschland vor allen Dingen durch Kant geprägte Aufklärung, geht ja von religiösen Grundtatsachen aus. Und auch der Aufklärungsprozess geht auf religiöse Residuen hin: Habermas hat ja in seiner beeindruckenden Rede in der Paulskirche genau darauf hingewiesen, dass Sie letztendlich aus innerweltlicher Begründung heraus die Grundwerte der Moral, auch der nichtreligiösen Moral, nicht

bekommen, sondern dass Sie in der Tat hier eine höhere Instanz brauchen. Und ich denke, das ist eine Debatte, die müssen wir dann aber mit uns selber führen - auch eine spannende Debatte.

Günter Knabe, Deutsche Welle

Dialog der Kulturen und die Rolle der Medien dabei – ich glaube, das müsste noch deutlicher gemacht werden auf beiden Seiten. Denn wenn ein Bild transportiert wird von den verschiedenen Kulturen in die Köpfe und unter Umständen die Herzen der Menschen jeweils hinein, dann geschieht das – bei allem Respekt vor Ministerbesuchen in den jeweiligen Ländern – nicht dadurch im Wesentlichen, sondern es geschieht vor allen Dingen durch die Medien in beiden Kulturbereichen. Die Medien, das Fernsehen, die Zeitungen, wenn sie nun vorhanden sind, das Radio vermitteln die Bilder, wenn sie es denn überhaupt tun, von den verschiedenen Kulturen. Das ist eine große Verantwortung, und es ist auch sehr schwierig. Wir von der



Deutschen Welle haben, und das ist vielleicht eine interessante, gute Information, im Rahmen des Kanzlerbesuchs in Kabul einen Vertrag abgeschlossen mit Radio Television Kabul, Afghanistan, dass die Deutsche Welle, sobald auf beiden Seiten die Voraussetzungen programmlich und technisch geschaffen sind, täglich Deutsche-Welle-Fernsehprogramm in Dari und in Paschtu in Afghanistan ausstrahlen wird. Das ist ein ganz großer erster Schritt. Ich denke, das ist auch ein Erfolg. Es ist aber auch gleichzeitig eine große Verantwortung und große Herausforderung, denn wenn Sie erwähnt haben, dass der Kanzler erschüttert war von dem Zustand in Kabul, dann war das nur ein kurzzeitiger Blick auf Kabul. Das Land selber draußen ist da noch in einem ganz anderen, noch ärmlicheren Zustand im wahrsten Sinne des Wortes. Und die eigentlichen Probleme liegen nicht so sehr im Materiellen, sondern in den Köpfen, im Wissen, im Unterricht, in der Aufklärung. Wenn das nun in den Medien gemacht wird, dann muss man aber gleichzeitig sehr behutsam daran gehen. In diesem Dialog der Kulturen, der Rolle der Medien, wird uns jetzt bei der Deutschen Welle sehr klar, wie schwierig es ist, unsere Auffassungen von der Welt, auch unsere Nachrichten wie wir sie transportieren und sehen, an das afghanische Publikum – als nur ein Beispiel – heranzutragen. Bilder, die für uns selbstverständlich sind, provozieren bei der afghanischen Bevölkerung Widerstand, weil sie zum Beispiel eine Frau ohne Kopfbedeckung es geht nicht um die Scharia – nicht so ohne weiteres akzeptieren können, ohne geradezu schockiert zu sein. Also auch die Medien spielen eine große Rolle, aber die Behutsamkeit, die Gleichberechtigung, nämlich Akzeptanz der gegenseitigen Werte in dem Dialog, ist sehr, sehr wichtig.

Dr. Wilhelm Wortmann, Universität Hannover

Herr Minister, Sie haben vorhin von den Menschenrechten gesprochen. Frage: Sind die eigentlich noch universal? Man sagt ja, sie sind stark geprägt worden Ende der 40er

Jahre durch die westlichen Kulturen, und wir wissen alle, dass speziell im asiatischen Bereich doch große Bedenken und auch immer wieder Überlegungen aufkommen, ob sie nicht überarbeitet werden müssten, um allen Kulturen, Religionen gerecht zu werden. Die Frage also im Hinblick auf Dialog der Kulturen: Ist das nicht auch ein Thema: Überarbeitung der Menschenrechte?

Michael Baumann, German Watch

Ich möchte noch mal auf das erste Thema zurückkommen, Afghanistan. Sie haben gesagt, es entstand ein Vakuum zu einer gewissen Zeit, und da hätte man was tun müssen. Richtig. Nun gibt es viele solche Situationen in der Welt. Ich möchte eine Situation anmelden auf Ihrer Prioritätenliste. Es gibt eine Chance, dass in Burma sich sehr viel ändert in nächster Zeit. Wären Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass Deutschland sich da richtig engagiert?

Volker Riehl, Ökumenisches Netz Zentralafrika

Ich vertrete das Ökumenische Netz Zentralafrika, also alle großen Hilfsorganisationen, die in dem Bereich tätig sind. Sie haben richtig gesagt, dass auch der deutsche Beitrag auf dem Balkan und in Afghanistan letztlich dort den Dialog der Kulturen erst schafft. Was hier noch nicht angesprochen wurde, sind vielleicht andere Hemmnisse, die den Dialog der Kulturen verhindern, und das sind ökonomische Interessen. Ich rede hier speziell zu Zentralafrika. Es ist zurzeit so, dass deutsche Firmen *warlords* im Rahmen von 100 Mio. Dollar jedes Jahr unterstützen und dort den Krieg am Laufen halten. Was sagt das Außenamt dazu?

Bundesminister Fischer

Ich gehe von hinten nach vorne. Es würde mich mal interessieren, welche deutsche Firmen hier *warlords* unterstützen und den Krieg am Laufen halten.

Volker Riehl

Das ist eine Tochter von Bayer und die Firma heißt H. C. Stark in Goslar.

Bundesminister Fischer
Und wen unterstützt die?

Volker Riehl

Das sind die ostkongolesischen *warlords*.

Bundesminister Fischer

Das gucken wir uns an. Und Sie kriegen von uns eine Antwort. Das meine ich jetzt ernst. Zweitens Burma. Wir haben uns sehr dafür eingesetzt, vor allen Dingen im Rahmen von EU-ASEAN. Und ich denke, das ist das Format. Also bisher war die EU-ASEAN-Zusammenarbeit blockiert. Wir haben hier eigentlich sehr gute Kooperationsstrukturen, und es gibt zugleich bei den ASEAN-Ländern ein starkes – weil sie sehr große Nachbarn haben, China, Indien – Bewusstsein davon, hier nach Europa zu blicken und auf stärkere regionale Kooperation zu setzen. Und wenn jetzt hier die Dinge in Burma in die richtige Richtung in Bewegung gebracht worden sind, werden wir uns hier selbstverständlich engagieren und versuchen, diese positive Entwicklung voranzubringen. Wie gesagt, bisher ist die EU-ASEAN-Kooperation auch während unserer Präsidentschaft jeweils eigentlich daran gescheitert, an dem Burma-Problem, und darum müssen wir da richtig substantiell weiterkommen.

Zu den Menschenrechten: Die Menschenrechte sind das Ergebnis der, wenn Sie so wollen, Naturrechtsentwicklung der europäischen Aufklärung. Da führt kein Weg dran vorbei. Genauso wie der souveräne, moderne Staat ein europäisches Kind ist. Das heißt, sie sind entstanden aus dem europäischen Aufklärungsprozess, wie auch der europäische Souveränitätsbegriff, der dann mit der Dekolonisierung universalisiert wurde und heute überall gilt. Während sich Europa eher davon verabschiedet, sind es gerade sehr neue Staaten in der Dritten Welt, die eher energisch daran festhalten. Wenn Sie sich auf die Debatte mit Mahatir und die *Asian values* beziehen – also ich wäre wirklich dagegen, dass eine solche Überarbeitung der Menschenrechte stattfände, weil ich nicht sehe, dass das wirklich weiterführt,

vor allem nicht bei den Grundelementen, um die es geht. Bei der Frage etwa der Gleichheit der Menschen, der Freiheit der Menschen, da wäre mit mir nicht zu diskutieren. Mit der Devise „Wir sind glücklicher, wenn wir etwas unfrei sind“ kriegen Sie mit mir ein echtes Problem. Das geht mit mir nicht, und das hat auch nichts mit kultureller Differenz zu tun. Selbstverständlich sind in diese universellen Rechte die jeweiligen, auch kulturellen und regionalen Traditionen, einzubauen und einzubringen. Es gibt da unterschiedliche Interpretationen, die aber den Kern dessen nicht in Frage stellen dürfen. Religionsfreiheit ist Religionsfreiheit. Es gibt nicht ein bisschen Religionsfreiheit, das ist dann eben eingeschränkte Religionsfreiheit. Dasselbe gilt für politische Freiheit, für die Gleichheit der Geschlechter, dafür, dass es keine Diskriminierung nach Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht und Glaube gibt. Ich halte all diese Dinge ehrlich gesagt für so elementar wie die viel älteren Aussagen „Du sollst nicht töten“ und einige andere Grundregeln, die in grauer Vorzeit zu Recht festgelegt wurden. Also das sind Dinge, wo ich nicht sehe, dass es hier zu einer Anpassung oder Überarbeitung der Menschenrechte in dem Sinne kommen könnte.

Ich halte es für viel dringender, die Menschenrechte im Prozess der Globalisierung umzusetzen; wir haben es vorhin gesagt, nicht nur *global governance*, sondern auch *good governance*. Das ist für mich – wenn Sie mich nach meinen Erfahrungen in den vier Jahren als Außenminister fragen – letztendlich die entscheidende Frage. Entscheidend auch für positive Entwicklung ist nicht nur, dass externe Faktoren, externe Einflüsse zurückgedrängt werden oder unterbleiben, wenn sie negativ sind, sondern es ist in der Tat die Fähigkeit, das eigene Land voranzubringen. Und da gibt es Beispiele. Wenn ich mir Argentinien, eines der potenziell reichsten Länder anschau und weiß, dass die Staatsverschuldung in etwa dem entspricht, was es an privatem Auslandsvermögen gibt, dann zeigt das, dass offensichtlich

die Eliten in Argentinien sich selbst nicht vertrauen. Denn wenn sie sich selbst vertrauen würden, müssten sie nur ihr eigenes Auslandsvermögen in ihr Land investieren, und angesichts des Potenzials, das dieses Land hat, wäre es vermutlich ein blühendes Land. Wenn Sie sich eines der, ja nun, gesegneten Länder in Afrika, Simbabwe, anschauen, das eigentlich Nahrungsmittel-exporteur sein müsste, das Stabilitätsexporteur im südlichen Afrika und in Zentralafrika sein müsste, wenn Sie sich die Tragödie anschauen und gleichzeitig lesen, dass jetzt dort vermutlich Nahrungshilfe notwendig wird, dann können Sie sich nur an den Kopf fassen, wenn Sie gleichzeitig sehen, was für eine Politik dahinter steckt. Umgekehrt: Ein Land wie Mosambik, ich habe es vorhin schon erwähnt, das nun wirklich sich herausgearbeitet hat – auch durch einen entsprechenden nationalen Konsens, durch eine Versöhnungspolitik, durch Reintegration – und trotz schwerster Rückschläge durch Naturkatastrophen beeindruckende Entwicklungen zu verzeichnen hat. Das sind alles Beispiele, wo man feststellt, dass die Frage letztendlich der *good governance* von überragender Bedeutung ist.

Und denken Sie auch an die großen Krisen, mit denen wir es zu tun hatten, an die letzte Asienkrise und den Kollaps des *cronyism*. Die Meinung, eine ordentliche Diktatur würde ordentliche Rendite abwerfen, weil da die Polizei dafür sorgen würde, dass die Investitionen tragen und stimmen, hat sich als schlichter Trugschluss erwiesen. Denn die Intransparenz einer solchen Diktatur war eben auch die Intransparenz für eine nachhaltige Investition. Und die Erfahrungen sind entsprechend. Die Länder, die es geschafft haben – nehmen Sie Taiwan oder nehmen Sie auch in Lateinamerika Chile, die einen funktionierenden Verfassungsstaat, eine funktionierende Demokratie mit klarer Transparenz, mit Gewaltenteilung, mit Mehrheit und Minderheit entwickelt haben, verbunden mit einer vernünftigen Wirtschaftspolitik – haben tatsächlich beeindruckende Fortschritte gemacht. Inso-

fern halte ich also weniger eine Reform der Menschenrechte als wirklich eine Demokratisierungspolitik, eingebettet in die jeweiligen regionalen Kulturen, für die zentrale Herausforderung.

Zum letzten Punkt, den Medien: Da kann ich Ihnen nur zustimmen. Ich meine, wir Menschen sind alle gleich und dennoch so unterschiedlich. Das ist so, und das soll auch so bleiben. Die Vorstellung, wir würden eines Tages alle nach demselben Muster geschnitzt, es gäbe nur noch sechs gleiche Typen oder nur noch eine Kultur – es wäre furchtbar. Dennoch sind wir gleich, als Menschen. Aber zum Menschsein gehört nicht nur das Gleiche, sondern auch der Unterschied, im Privaten, aber auch in den größeren Verbänden und Gruppen. Und das muss sich in den Medien widerspiegeln. Und deswegen möchte ich auf die doppelte Gefahr hinweisen. Wir können auch durch Konzentration und Medienmacht, ökonomische Medienmacht, so etwas wie eine echte Gefährdung von Freiheit erleben. Das heißt, wenn am Ende alles dasselbe ist und nur noch einer kontrolliert oder eine Gruppe kontrolliert, dann würden wir einer Verarmung unterliegen, und nicht nur kulturell wäre das eine Verarmung. Mir ist das, da iranische Gäste hier sind, neulich wieder aufgefallen, als ich diesen wunderbaren iranischen Film hier in einem Berliner Kino gesehen habe, „Reise nach Kandahar“. Es ist natürlich, es drückt etwas aus, eine besondere Sicht, auch die Farben – es ist eine andere Sicht. Und die Vielfalt der Sichtweisen, die die Menschen haben, macht doch die Vielfalt der Kultur aus und auch ihren Reichtum. Das gehört auch zur Medienvielfalt hinzu. Und insofern muss sich nicht nur die Frage der politischen Information, sondern überhaupt die kulturelle Vielfalt in der Medienvielfalt widerspiegeln. Eine globale Kultur – so sehr ich schätze, dass wir eine globale Kultur haben, und wir alle mögen sie – darf nicht dazu führen, dass wir am Ende sozusagen eine homogenisierte Verarmung haben. Das scheint mir ebenfalls ein sehr wichtiger Gesichtspunkt zu sein. Kooperation zwi-

schen Erstweltländern und Drittweltländern, so wichtig und richtig die ist, muss immer darauf gründen, dass diejenigen, die der schwächere Teil in einer solchen Kooperation sind, ihre Stärken selbständig zum Tragen bringen können. Sonst wird es nicht funktionieren.

Hans-Heinrich Wrede

Herr Minister, ich glaube, ich spreche im Namen aller Gäste und Teilnehmer: herzlichen Dank für Ihre Rede, herzlichen Dank für die Diskussion mit Ihnen. Herr von Weizsäcker wird als Schachspieler verstehen, wenn wir sagen, eine gute Partie fängt mit der Eröffnung an. Ich glaube, das Forum hat eine hervorragende Eröffnung gefunden. Herr Minister hat Habermas zitiert, und Habermas hat ja als Mentor Hans Georg Gadamer gehabt, der einmal sagte, und ich zitiere: „Sprechen ist eingebettet in ein ständiges System von kritischer Frage und gewagter Antwort, in welchem die gelassene Anerkennung von Autorität neue und gelassene Freiheitsgrade hervorbringt.“ Das klingt doch gut, darüber können wir nachdenken. Herzlichen Dank.

Panel 1: Dialog der Kulturen – die Antwort der Eminent Persons

Moderation: Monika Griefahn, Mitglied des Deutschen Bundestags, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien

Monika Griefahn, MdB

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich ganz besonders, als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag, also als Parlamentarierin, hier dieses erste Panel moderieren zu dürfen, besonders nachdem das schöne Buch, das schon erwähnt wurde, „Brücken in die Zukunft – die Antwort der *eminent persons*“ hier dann zur Diskussion steht bzw. uns die *eminent persons* persönlich zur Verfügung stehen. Das finde ich besonders gelungen.

Wir haben uns als Ausschuss für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag mit dem Dialog der Kulturen gerade in den letzten drei Jahren sehr intensiv beschäftigt, und zwar schon vor dem 11. September. Wir haben ja auch durch das neue Konzept des Auswärtigen Amtes „Auswärtige Kulturpolitik 2000“ und die Maßnahmen, die wir mit unseren Mittlerinstitutionen begonnen haben, versucht, mehr die Zweibahnstraße zu betonen, also nicht mehr ausschließlich Deutschland in der Welt zu präsentieren, sondern zu versuchen, den Weg auch wieder zurückzufinden. Das heißt, dass wir im Dialog mit Kulturen sind, dass wir, und da knüpfen wir auch direkt an die Debatte, die wir heute Morgen im Bundestag hatten zur Nachhaltigkeit, die kulturelle Diversität als wichtige Wurzel für die Menschen in einer globalisierten Welt zu begreifen. Ich glaube, das ist die zentrale Frage, die noch nicht so intensiv diskutiert worden ist, die aber Grundlage ist für die weitere Entwicklung der Nachhaltigkeit. Wurzeln brauchen die Menschen, sonst können sie auch mit den globalisierten Zusammenhängen, mit der Vielfalt, die auf sie einströmt, nicht umgehen, und dann kämen wir automatisch zu einer McDonaldisierung, also einer Vereinheitli-

chung der Kulturen, und das wollen wir gerade nicht. Insofern sind wir sehr froh, dass wir heute Dr. Javad Zarif hier haben, den stellvertretenden Außenminister des Iran – der Iran war ja Mitinitiator oder Hauptinitiator für den Dialog der Kulturen als Jahr bei der UNO; Prof. Tu Weiming von der Harvard-Universität, der aber eben auch als Berater für den Dialog der Kulturen sehr aktiv ist; und ganz besonders eben auch unser Bundespräsident Richard von Weizsäcker; Frau Metze-Mangold – als UNESCO-Kommission muss sie sich automatisch intensiv mit den verschiedenen Kulturen weltweit beschäftigen und hat dadurch auch ein Prä, denn sie kennt die Kulturen dann sehr intensiv.

Wir haben als Parlament auch bei der Internationalen Parlamentarier-Union zum Jahr des Dialogs der Kulturen 2001 eine Resolution eingebracht, die wir dann auch in Arbeitsgruppen intensiv beraten haben mit sehr unterschiedlichen Ländern, wie z. B. Iran, wie anderen europäischen Ländern, afrikanischen Ländern, und wir waren ganz froh, dass wir hinterher zu einem Ergebnis, wirklich zu einem einstimmigen Votum kamen, dass also alle dieses als Ansatz notwendig finden und viele Einzelpunkte besprochen haben, wie z. B. den Zugang zu Medien, die Gleichberechtigung von Frauen, den Zugang zu Erziehung. Das sind ja alles Punkte, die damit eine Rolle spielen, die vorher auch vom Herrn Minister in der Frage der Menschenrechte erwähnt worden sind. Ich glaube, wenn das eine Grundlage ist, auf der wir gemeinsam operieren, dann sind wir schon ein ganz schönes Stück weiter, bei allen Unterschieden, die es noch durch religiöse oder kulturelle Grundlagen gibt.

Dr. Javad Zarif, Stv. Außenminister der Islamischen Republik Iran

It is a great pleasure for me to participate in this important meeting and I would really want to discuss the issues that were raised by the

Foreign Minister as well as by the distinguished friends who spoke. But in order to stay within the limit that was assigned to me, let me try to briefly touch upon a number of points that I had in mind before coming here, and maybe during the discussion and question and answer period we can engage in a more serious dialogue on the issues that are close to your mind. Perhaps the points to be raised are going to be a bit scattered, but please bear with me.

For centuries social philosophers and statesmen have explicitly or implicitly defined relations among groups, peoples, and countries through a zero sum game analogy. Thus, those who consider themselves „realists“ prescribe that in order to maximize your own interest you have to deny the other side of doing the same. The zero sum approach to international politics has always been coupled with a related tendency to divide the actors into two distinct groups, us and the other. And this has pro-

vided a fertile ground for the growth of what I want to call the *politics of exclusion*. In this context, diversity - whether geographical, political, civilizational, cultural, religious or even patterns of military alliance or levels of development – has been utilized to construct the hostile other and therefore to justify its exclusion. Perception of diversity as a threat – and if you read the book that we have produced you will see a lot of repetition of this perception of diversity as a threat – has usually accompanied glorification of one’s own way of life, and this is common to all of us, and at the same time demonization of the other.

But the problem does not stop here. Demonization often requires, and in turn breeds, ignorance of the other. And, therefore, there has been no need to understand, no need to even listen. From wars to even debates – and I am very much used to debates in the context of the United Nations – the objective has always been to defeat the demonized other, the enemy. The objective has not been to



Dr. Javad Zarif

increase your understanding or knowledge. We usually don't even listen in the debates that take place in the United Nations. The minute the other side starts to speak we start taking notes on how to respond and put them down. The need for an enemy, not only as a justification for exclusion, but in fact as a managerial tool for governance has become so pervasive that at times enemies have been forged, enemies have been produced. And we have seen a lot of that after the collapse of the Soviet Union and the end of the cold war.

However, the realities of our globalized world have shattered the applicability of the zero sum game analogy. Most global challenges, ranging from environmental degradation to trade, to eradication of terrorism, organized crime and weapons of mass destruction, have in fact become beyond any doubt non-zero sum games. They are either positive sum or in most cases negative sum cases – we all lose. At least after the tragic events of September 11, a common vulnerability to these threats must have become abundantly clear to all of us. I believe sooner or later even the most ardent unilateralists will come to understand that in the era of globalization there can be no island of security, prosperity or development amidst a global sea of turmoil and poverty. This fundamental change of objective reality, coupled with the gradual recognition of our common vulnerabilities, has necessitated a shift from the outdated paradigm which in the book we have called the paradigm of exclusion. A new paradigm is emerging, because today there is a growing appreciation that our common humanity and common vulnerabilities are better tools for global governance than the need for perceived or imaginary enemies.

Thus „Crossing the Divide“ – we are very happy to see that it has been translated into German – also is not just a moral prescription but in fact a realistic appreciation of the new global environment. It was perhaps a response to this realization that, as Foreign Minister Fischer pointed out, 147 heads of

State and government and 191 world leaders altogether who took part in the Millennium Summit at the UN resolved to halve, by the year 2015, the proportion of the world's people whose income is less than 1 Dollar a day and the proportion of people who suffer from hunger, and by the same date to provide clean drinking water and education for all, to reverse the spread of AIDS, to make the right to development a reality for everyone, and to free the entire human race from want. The world leaders, again as Foreign Minister Fischer pointed out, underscored a number of universal values – freedom, equality, solidarity, tolerance, respect for nature, and shared responsibility – as fundamental values to be a centre to international relations of the 21st century. But we can rise to the challenge only if we revisit our approach to problem resolution. This is why I believe the call for dialogue among civilizations has been welcomed across the world by both the public as well as the private sector. The objectives our leaders set out to achieve in the Millennium Declaration are within reach when we dare to rise above short term and narrow interest and take responsibility; when we dare not to fear our differences and attempt to understand one another and each other's concerns and aspirations; when we accord each other the respect, compassion, tolerance and dignity each human being across our shrinking world intrinsically deserves; when we truly avoid the tyranny of indifference, and that has been a very serious problem ranging from Somalia to Ruanda; and when we dare to genuinely care for our neighbour and fellow human beings. Or to put it simply, when we dare to dialogue at all levels and in all fields.

Dialogue among civilizations has the potential to usher in such a new paradigm of international relations. „Dialogue“, as distinguished from „debate“, and this is the essence of the difference between this new paradigm, indicates the readiness of all participants not only to listen but to be persuaded. You engage in a debate in order to

persuade; you engage in a dialogue in order to be persuaded. As dialogue rests on a proposition that the sources of knowledge and wisdom are inherently diverse, it follows from the same premise that inclusion will bring with it mutual enrichment and more judicious choices by drying the ponds of wisdom of various civilizations. But more importantly, it would provide greater legitimacy through wider participation of not only all states, but in fact the active involvement of civil society, particularly public intellectuals, artists, scientists, and the youth. Exclusion in the past has not been limited to simply excluding a number of states, but in fact to an exclusive club of states where the civil society has been excluded. Civilizations by definition are much wiser than nation states and certainly not confined to states. The United Nations, by embracing and encouraging dialogue among civilizations, has recognized the expanding and indeed indispensable role of the non-state actors. And in fact this may help bring about gradually a global civil society.

The new focus on dialogue among civilizations could not have been more timely. In the beginning of the third millennium, when the forces of globalization are gaining momentum and the information technology is practically crumbling all barriers, the focus on dialogue, understanding in multilateral cooperation, has become even more imperative when the post-September 11 world is marked by an unfortunate reversion to posturing, unilateralism and threat or use of force. Dialogue is timely because it has the best potential to help dissolve the barriers in our minds and in our hearts as people with different cultures and traditions. Only in this context will globalization become a welcomed process when it would make an ultimate unified and complete whole out of all cultures and civilizations, which as components will not only preserve their own integrity and uniqueness but also will enrich themselves and finally bring about a universal civilization. Therefore, the delicate balance in a globalized world is how to cele-

brate each and every culture and civilization and allow each to make its mark.

Admittedly, dialogue is difficult, and we need to develop the requisite human skills for it. President Chatami, who proposed the need for dialogue among civilizations, is the first who considers that, I quote: „Dialogue is not easy. It is even more difficult to prepare and open up vistas upon one's own inner existence to others.“ However, we must recognize that despite its difficulty there is no realistic alternative to dialogue. And I insist on the word realistic. This is not an altruistic picture, this is realism of today if as human beings we want to secure a common destiny that benefits all of us as rational beings. Let me finish by quoting again President Chatami who has pointed out, and I quote: „A belief in dialogue paves the way for vivacious hope, the hope of living in a world permeated by virtue, humanity and love and not merely by the reign of economic indices and destructive weapons. Should the spirit of dialogue prevail, humanity, culture and civilization will prevail. We should all have faith in this triumph.“

Monika Griefahn, MdB

Vielen Dank Herr Zarif. Die Notwendigkeit des Dialogs, und zwar nicht aus altruistischen Gründen, erscheint mir als die entscheidende Sache. Nur wenn man sich verständigt, wenn man sich versteht, kommt man auch dazu, dass man nicht mit Waffen aufeinander losgeht, sondern sich überhaupt auseinander setzen kann, auch wenn man unterschiedliche Positionen hat. Das ist, glaube ich, die entscheidende Essenz. Ich bin deshalb auch sehr froh, jetzt Professor Tu Weiming vorstellen zu dürfen, der aus einem anderen Kulturkreis seine Position hinzufügt.

Prof. Tu Weiming, Harvard University

Globalization actually intensifies local wellness. Globalization, in a way, makes cultural identity more pronounced. It is in this sense that the interplay between globaliza-

tion and the politics of identity becomes the framework in which we have been discussing the dialogue among civilizations.

Events in recent decades clearly show that the competitive market has been a major engine for economic growth. These events also show that democratization is widespread, that a vibrant civil society can encourage active participation in the political process, and that respect for the dignity of the individual is a necessary condition for social solidarity. These developments may have prompted several scholars, especially in the United States, to argue that there is no longer any major ideological divide in the world, that capitalism has triumphed, and that the market economy and democratic polity are the ways of the future. Some say that history as we know it has ended.

But one important reason for us to focus on globalization and diversity is that globalization, we have found, accentuates and en-

hances local awareness, consciousness, sensitivity, sentiment, and passion. It also empowers individuals and groups to search for their distinctiveness. Therefore, all the primordial ties that make us concrete living human beings resurface in the globalizing trend. They emerge as powerful sites of confrontation, of negotiation concerning race, gender, language, land, class, or in the differences of economic development, age, and faith.

Racial discrimination, which so often lurks in the background, threatens the solidarity of all multiethnic societies. It has been pointed out that if the question of race is not properly handled in the United States, America could become disunited. No society is immune to the challenges posed by the powerful women's movement for fairness between the sexes. Linguistic conflicts all too often have torn apart otherwise stable communities, not in the developing countries alone, but even in developed countries



Prof. Tu Weiming

like Canada and Belgium. The struggle for sovereignty is a pervasive phenomenon throughout the world.

The membership of the United Nations would be greatly expanded several times over if all the world's separate identities were to seek their own international recognition. The so-called North/South problem is not simply a global problem, it includes also regional, national or even subnational issues. The generation gap is no longer one of 30 years difference between generations, but it is much shorter. And we know that interreligious conflicts and intrareligious conflicts have both become extremely powerful and significant.

In this context the universal values that have guided the human condition for several decades or even centuries, will have to be broadened – not challenged, not pushed aside – but broadened to accommodate this complicated interplay between globalization and diversity. The values of liberty, of rationality, of due process of law, of human rights, of the dignity of the individual are not simply western values, they are universal aspirations. I agree with Minister Fischer that human rights as universal aspirations will have to be implemented and universalized. But equally important, though not so greatly pronounced, is the value of justice in the sense of recognizing all people as members of a global family. Justice implies a willingness to embrace sympathy.

Simply put, sympathy has never been emphasized as an important modern enlightenment value. What also belongs under the category of sympathy are civility, responsibility and a sense of the community as a whole. In fact what actually happened since the enlightenment was that idea that the community was relegated to the background. It is important for us to reconsider the question of community in the global context. An age of communication, networking, negotiation, interaction, interfacing and collaboration is dawning, while the age

of domination is fading. The most powerful and influential nations or groups will have to feel obligated for the well-being of society writ large, more so in the case of the less privileged and the less blessed. The idea of „equal footing“ today is understood in terms not only of an idealized sense of a shared, shrinking global village, but in terms of a realistic sense of shared vulnerability. My country, the United States, may be the best protected in terms of national security. And yet the sense of human security and the sense of being in a secure world is not so pronounced these days. There is a great deal of nervousness and anxiety about the whole situation.

This is the reason why dialogue is not simply a luxury. It becomes a necessity. It tolerates differences, but only as a prerequisite. Merely being tolerant is too passive. To transcend what we call the professional cosmopolitan, the person who with tremendous ease travels all over the world and yet never touches the native cultures or different values that they encounter. We need to be acutely aware of the presence of the other before we can actually be communicating with those, be they individuals or communities, that are different from ourselves. An awareness of the presence of the other as a potential partner in conversation compels us to accept our co-existence as an undeniable fact. This leads to the recognition that the other's role, especially their beliefs, attitudes and behavior, is relevant and significant to us. In other words, we must come to feel that there is an intersection where the two of us are likely to be able to meet to resolve our mutual tensions, or to explore a mutually beneficial relationship.

As the two sides build enough trust to meet each other face to face with reciprocal respect, the meeting only begins. But there is the beginning of the possibility of a dialogue. Only then can a productive dialogue begin, and it is through dialogue that we can appreciate the value of learning from the other in a spirit of mutual reference and of mutual learning. We can even celebrate the

differences between us as a reason for extending our horizons. It is in this particular sense, especially for the United States, that our civilization could be transformed from a teaching civilization, especially in regard to East Asia and to the developing societies, and to instead become a learning civilization once again. It can be done through dialogue. In that sense dialogue is a tactic of neither persuasion nor conversion. Its purpose is to develop mutual understanding through sharing values and creating a new meaning of life together. We must approach civilization and dialogue with a sense that we need to suspend our desire to sell our ideas, to persuade others to accept our beliefs, to seek their approval of our opinions. The purpose of dialogue is to learn what we do not know. Because what we do not know may become a major threat to our existence. We must listen to the different voices.

America, as a multiethnic society, ought to learn in terms of our own constituencies to open ourselves up to multiple perspectives, to reflect on our own assumptions, to share insights, to discover areas of passive agreement, and to explore basic practices of human flourishing. In this sense it is agonizing for me as a simple person to reflect upon the incredible situation of September 11 and the American unilateralism it has spawned. We may be in the process of losing a great chance of entering into a dialog relationship with the world if unilateralism becomes, as some of our government leaders seem to be suggesting, the hallmark of solidarity. What we need to do is to open ourselves to all kinds of new possibilities, especially to become comfortable with not just other religions, but to establish a sympathetic resonance with the various kinds of forces of the world. In that sense I see a gap – which may be a very healthy gap in the long run – between the political ethos which wants very much to get concrete results in terms of fighting against terrorism, and a vibrant civil society which raises broader questions of what America could become. If America could become not simply a super-power based

upon military might and economic strength, but a civilization using the soft power of persuasion, of true leadership in bringing different kinds of social and political organizations together. It is imperative that America learns to work through the international organizations, especially the United Nations, in order to achieve this dialogue among civilizations.

Dr. Richard von Weizsäcker, Bundespräsident a.D.

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, darf ich zunächst Herrn Wrede und zusammen mit ihm Herrn Bundesminister Fischer herzlich dafür danken, dass sie sich der Arbeit angenommen haben, die wir auf Bitten von Generalsekretär Kofi Annan in einer gewissen zeitlichen Überstürzung im letzten Jahr auf uns genommen haben, um über ein so ungeheuer weit reichendes und in seiner Überschrift beinahe trivial klingendes Thema etwas zu Papier zu bringen, von dem wir hoffen, dass es in der Weltlage vor allem langfristig auch etwas nützt. Erlauben Sie mir, einfach ein paar Anmerkungen zu machen, die auch mit der Entstehung und Zielsetzung dieses Büchleins zusammenhängen.

Mitten in der Schlussarbeit für unsere Sache ereignete sich der unvergeßliche und schreckliche 11. September. Das hat uns aber doch nicht daran gehindert, gleich zu Anfang in diesem Buch zu schreiben: Das Ende der Geschichte hat nicht stattgefunden. Und es ist auch nicht zu einem *clash of civilizations* gekommen, auch nicht nach dem 11. September. Es hat eigentlich eher im Gegenteil durchaus Respekt gegeben, z. B. gegenüber einer Person wie dem Bürgermeister von New York, Guiliani, der ja bis dahin in der übrigen Welt eher bekannt geworden war durch seine rigorose Rechts- und Ordnung-Haltung, wie er sich mit großer Anstrengung und Erfolg dagegen gewährt hat, nun auf den 11. September des vergangenen Jahres so etwas wie einen *clash of civilizations* zustande kommen zu lassen. Wir sind dennoch – und es ist ja hier

mehrfach betont worden, dass das zum Dialog dazugehört – nicht unbedingt mit der Entwicklung über den Dialog unter den Zivilisationen und Kulturen sehr glücklich, der sich in der Zwischenzeit abgespielt hat. Was soll die „axis of the evil“? Es ist ja wahr, dass einer der Mitautoren unserer kleinen Schrift, Tim Koh, festgestellt hat, dass die überwältigende Mehrheit des Islam den Anschlag des 11. September auf das Schärfste verurteilt hat. Der Iran hat am Kampf gegen die Taliban aktiv und hilfreich teilgenommen. Da war keine Rede von „evil“, sondern Präsident Chatami war es ja, der den Vorschlag bei den Vereinten Nationen dafür eingebracht hat – es ist schon erwähnt worden –, diese Arbeit zu leisten und auf ihrer Grundlage weiterzukommen. Von ihm geht die Anregung aus, das Jahr 2001 zum Jahr des Dialogs der Kulturen zu machen.

Bei diesen Kulturen und den damit verbundenen Werten, über die hier schon mehrfach

und mit Recht gesprochen worden ist – der Freiheit, der Gerechtigkeit, den Menschenrechten, der Ablehnung von Gewalt – sich im Jahr des Dialogs im Rahmen der Vereinten Nationen umzuhören und zu sehen, wie sie sich bewähren, das war der Vorschlag, und ich finde, dass wir für diesen Vorschlag dem Präsidenten Chatami Dank schulden und nichts anderes.

Es gibt das Thema der Einbindung gegen die Ausgrenzung. Immer wieder sprechen wir, und müssen es tun, von dem Bedürfnis nach einem neuen globalen Ethos. Einer unserer Kollegen war der natürlich unter uns hier in Deutschland besonders bekannte Professor Hans Küng. Er hat sich mit seinen langjährigen Arbeiten über die Weltreligionen und das Weltethos einen Namen und einen Überblick verschafft, der sich in unserer Diskussion und auch in unseren Texten immer wiederfindet. Bei diesem Dialog der Weltreligionen und der Suche nach einem Weltethos stellen wir aber auch fest, dass wir uns



Bundespräsident a. D. Dr. Richard von Weizsäcker

zwar zu den Werten bekennen in der uneingeschränkten Form, in der das Joschka Fischer vorhin noch einmal unterstrichen hat. Aber das ändert ja nichts daran, dass diese Werte erfunden und erdacht worden sind. Rationalität, Toleranz, Freiheit, Gerechtigkeit, Respekt für Menschenwürde, so oder so formuliert, aber letzten Endes auf das gleiche Ziel gerichtet, sind ja Werte, die man auch in Asien und in Afrika und schon ziemlich viel früher finden kann, was nichts daran ändert, dass die Art und Weise ihrer Anwendung unter uns immer wieder Grund zu manchen Auseinandersetzungen bietet.

Das Monopol für das Handeln lag zuvor beim Nationalstaat, und der Nationalstaat definierte seine Verschiedenartigkeit gegenüber anderen Nationalstaaten in der Weise, dass halt die anderen geprägt waren mit dem Kennzeichen des Feindes. Wir in Europa haben mit der Verwandlung des Nationengefühls in Nationalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis hinein in die beiden Weltkriege in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ja wahrlich der Welt ein fürchterliches Beispiel dafür gegeben. Zugleich dürfen wir aber feststellen, dass das, was nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Zuge der Europäischen Gemeinschaft Schritt für Schritt aufgebaut worden ist, nun doch eine Antwort ist, eine Antwort der Einsicht auf diese Unhaltbarkeit des Monopols für das Handeln beim Nationalstaat, und dass die Europäische Gemeinschaft doch letzten Endes das Ziel hat, ein Friedenswerk einzurichten, das sich über den Kontinent hinaus in der Welt im Ganzen auswirken können soll.

Das andere Monopol, nämlich das Monopol für das Handeln für den Staat, für die res publica, muss ergänzt werden und wird ergänzt durch die Mitverantwortung des Einzelnen, der ja nicht entlassen werden kann aus seinem unverzichtbaren Beitrag zum Dialog der Zivilisationen. Erst dann kann der Einzelne das Ziel erreichen, um das es ihm geht, nämlich verschiedenen zu

sein, aber nicht Feind untereinander zu sein. Ohne Angst verschieden zu sein in der unmittelbaren Umgebung, in der man lebt, das ist es, was der einzelne Mensch sucht und wofür der Einzelne sein gerütteltes Maß von Mitverantwortung hat.

Minister Fischer hat mit Recht darauf hingewiesen, dass gerade wir in Europa, gerade auch in der jetzigen Zeit immer neue Beweise dafür liefern, wie sehr wir diese Forderungen als eine Mahnung an uns selbst verstehen müssen. Anders gesagt, *dialogue of civilizations*, das ist ein Dialog, der zu Hause beginnen muss und den wir in Europa in mancher Hinsicht schlechter gelernt haben als andere Teile der Welt; ein Dialog innerhalb der Gesellschaft und auf seiner Basis ein Dialog zwischen und unter den Gesellschaften.

Die Vereinten Nationen selbst sind ein Symbol für das neue Paradigma internationaler Beziehungen, das den Gedanken unseres Berichtes zugrunde liegt. Darf man in den Vereinten Nationen seine Stimme dann und nur dann zu Gehör bringen, wenn sie zugleich eine Macht verkörpert? Gewiss, zwischen den Staaten gibt es die legitime und unvermeidliche Auseinandersetzung um den Weg zu einer multipolaren Welt. Jeder Europäer, der nach Asien fährt, wird in Indonesien, in China, in Indien, im Iran, in Japan, überall hören, dass gemäß dem großen Anteil der Bevölkerung in Asien, gemäß dem unvergleichlich großen Entwicklungspotential in diesem Riesenkontinent ein Weg zur multipolaren Welt gesucht wird und nicht zu einer unipolaren, und dass auch wir Europäer dazu – im Wege der Politik und auch der Wirtschaftspolitik – unseren Beitrag zu leisten haben. Er wird von uns erwartet.

Vielfalt an sich, ist sie eine Bedrohung? Wenn wir wiederum an die Geschichte bei uns in Europa denken, an eine Stadt wie Sarajewo, in der der Erste Weltkrieg den auslösenden Schuss erlebte; aber später dann eine Stadt, in der die Menschen unterschiedlicher Religionen und unterschied-

licher Herkünfte ganz friedlich miteinander zu leben gelernt hatten und einander heirateten, in denselben Häusern wohnten, und dann erst – während der bösen 90er Jahre – auseinander getrieben wurden von denjenigen Instanzen, die im politischen oder auch im religiösen Sinn Meinungsführer waren und sie auf diesen Weg geleitet haben. Das müssen wir lernen: Das Prinzip der Vereinten Nationen ist Partizipation für alle. Dazu gehören einerseits die Organe, die die Vereinten Nationen haben, also der Sicherheitsrat, das einzig wirklich mächtige Gremium, was wir dort antreffen; und es gehört vor allem der Generalsekretär dazu. Natürlich ist seine Macht nicht definiert durch Finanzen oder durch Militär, aber seine Stimme wird, und muss auch, in der ganzen Welt gehört werden. Und der Generalsekretär seinerseits ist darauf angewiesen und sehr darauf aus, dass eben nicht nur die Regierungschefs, je mächtiger sie sind, dort umso häufiger und umso lauter zur Geltung kommen, sondern dass auch die Zivilgesellschaft in den Gruppierungen, deren es ja Hunderte und Aberhunderte gibt in der Welt, ihrerseits zu Wort komme. Sie helfen auf allen Gebieten, die wir für die Globalisierung brauchen: gegen die Seuchen, für die Gesundheit, in der Umwelt, in der ganzen Bekämpfung der Not. Zugleich müssen wir aber deswegen auch langsam zu einer Reform der Vereinten Nationen kommen, so dass sich das, was eben auch große Macht auf der Welt darstellt – wirtschaftliche Macht, wie im Internationalen Währungsfonds, in der Welthandelsorganisation oder in der Weltbank, diesen mächtigen Gruppierungen – sich nicht außerhalb der UNO und außerhalb der Beschlüsse vollzieht, die die Generalversammlung oder die der Stab des Generalsekretärs mit sehr einflussreichen internationalen Beamten treffen; das muss auch dort seine Richtlinien bekommen, damit wir einem globalen Ethos näher kommen.

Ich möchte auf eines noch aufmerksam machen. Für das globale Ethos sind meiner Meinung nach Aufklärung – schon mehr-

fach genannt – und Religion aufeinander angewiesen. Aufklärung und Religion müssen sich gegenseitig ernst nehmen. Eine Absage an die Einsichten der Aufklärung, der Rationalität, verhindert eine Art von Modernisierung, die zum Wohl der Menschen und ihres Dialogs auch nötig ist. Aber eine Absage von Seiten der Religion gegenüber den Einsichten der Aufklärung ist eben auch für die Religion so gefährlich, wie es für die Aufklärung hätte etwa keine Stimme. Sie hat eine Stimme, zu der die Rationalität alleine nicht vordringen kann. Das gehört dazu, damit wir mit dem Dialog der Zivilisationen weiterkommen. Darum haben wir uns hier bemüht. Sie müssen, wenn Sie in dem Buch blättern, natürlich nicht jedes Wort so furchtbar ernst nehmen, z. B. ist darin die Rede von „*public intellectuals*“ und wir, die wir daran gearbeitet haben, betrachten uns natürlich nicht als *public intellectuals*. Aber dass es Berater für den Generalsekretär der Vereinten Nationen gibt, dass wir auf diese Weise auch mit dem Völkerrecht wiederkommen, nicht nur mit dem ICC (Internationaler Strafgerichtshof), der immer noch nicht genügend ratifiziert worden ist oder jedenfalls noch nicht genügend Anerkennung gefunden hat, sondern auch mit anderen Institutionen. Berater zu sein für den Generalsekretär der Vereinten Nationen, dessen Stimme wirklich gehört wird in der Welt, auch das ist eine Art von NGO-Tätigkeit, und insofern sehen Sie bitte dieses Produkt, das wir Ihnen hier vorlegen, als eine bescheidene NGO-Tätigkeit an. Vielen Dank.

Monika Griefahn, MdB

Herzlichen Dank. Wenn man das Buch durchschaut, dann sieht man, dass eben nicht nur die *public intellectuals* darin sind, sondern auch unbekannte Helden. Und ich finde, es lohnt sich auch, diese Seiten zu lesen, denn viele können dazu beitragen, dass vor Ort der Dialog der Kulturen auch tatsächlich funktioniert, indem verschiedene auch zusammengebracht werden.

Dr. Verena Metz-Mangold, Deutsche UNESCO-Kommission

Als nicht dem Kreis der von Kofi Annan berufenen „Eminent Persons“ zugehörig, muss ich vielleicht klären, welche Art der Antwort der Veranstalter möglicherweise erwartet. In den Kreis der Diskutanten bin ich vermutlich geraten als Vertreterin der Deutschen UNESCO-Kommission und aufgrund der Rolle, die die UN-Sonderorganisation für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation in der Resolution der 53. Generalversammlung der VN vom 16. November 1998 spielt, mit der das Jahr 2001 aufgrund der Initiative des iranischen Präsidenten zum Jahr des Dialogs zwischen den Kulturen erklärt wurde. Die UNESCO spielt diese besondere Rolle – als einzige genannte Sonderorganisation – bei dem Ziel, an der Schwelle des 3. Jahrtausends durch die Institutionalisierung eines konstruktiven Dialogs Feindseligkeit durch Diskurs zu ersetzen, und das nicht nur deshalb, weil das so in ihrem Namen und ihrer

Verfassung steht. Die UNESCO hat nämlich Erfahrungen gesammelt mit zwei vorausgegangenen Weltkommissionen und deren Ergebnissen in Form von Berichten sowie der Diskussion darüber in den Regionen, in den Gesellschaften dieser Regionen, mit Experten und NGOs, sowie schließlich den Berichten über die regionalen Ergebnisse und ihrer Zusammenführung bis hin zur Verabschiedung eines normativen Instruments auf multilateraler Ebene auf der 31. Generalkonferenz im November 2001. Ich spreche hier von der Allgemeinen Erklärung zur kulturellen Vielfalt. Sie setzt den vorläufigen Schlusspunkt hinter den Aufbruch auf der ersten zwischenstaatlichen Kulturkonferenz 1970 in Venedig, insbesondere aber der zweiten Weltkonferenz über Kulturpolitik 1982 in Mexiko, also vor genau 20 Jahren.

Sie erinnern sich, dass nach dem erweiterten Kulturbegriff die Kultur in ihrem weitesten Sinne als die Gesamtheit der einzig-



Dr. Verena Metz-Mangold

tigen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte angesehen werden kann, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen. Dies schließt nicht nur Kunst und Literatur ein, sondern auch Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertsysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen.

Von Mexiko ging es zur Weltdekade der kulturellen Entwicklung (1988 - 1997), in der vier Überlegungen in den Mitgliedstaaten der UNESCO erprobt wurden, u.a. der Zusammenhang von Kultur und Entwicklung – eine Dimension, die schließlich auch akzentuiert wurde in dem Bericht der „Weltkommission Kultur und Entwicklung“ unter dem Vorsitz des ehemaligen Generalsekretärs der VN, Pérez de Cuéllar 1995. Die Weltkommission formulierte die Konsequenzen, auf die sich die Regierungsvertreter 14 Jahren zuvor in Mexiko noch nicht hatten einigen können.

Ideologischen Ballast wirft der Bericht ab mit der Feststellung, dass Kulturen ebenso das Handeln des Einzelnen und ganzer Gesellschaften – auch in ihren Spielräumen und Entwicklungen, wie sie ständig von ihnen neu geschaffen und verändert werden – prägen. Zu diesen internen Faktoren kommen externe hinzu: die Vermischung und der Austausch zwischen Kulturen. „Kultur“ eben nicht als Käfig, sondern so lebendig wie das Geschehen in der Welt. Insofern ist auch nur konsequent, dass der Bericht sich abwendet von der Idee einer „Nationalkultur“ oder „ethnischen Kultur“. Die Kommission wendet sich auch gegen den Missbrauch des Begriffs „kulturelle Identität“ als Mauer, innerhalb deren Zwang zur Solidarität gegen die Außenwelt geübt wird. Kulturelle Abgrenzung sei seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation zum Motor zahlreicher bewaffneter Konflikte geworden auf Grund des „Narzissmus der kleinen Unterschiede“. Der erweiterte Kulturbegriff lässt den Streit um eine „multikulturelle Gesellschaft“ ebenso wie die Fixierung auf einen „Nationalstaat“ hinter sich, denn das Bemühen um

eine monokulturelle, „ethnisch reine“ Gesellschaft tut der faktischen Vielfalt des Lebens Gewalt an.

Diese kulturpolitische Neuorientierung kann nicht ohne Einigung auf ein Minimum an Werten und Zielen gelingen, nicht ohne – so sieht es der Bericht – eine „globale Ethik“, orientiert an den internationalen Standards für Menschenrechte, Demokratie und Minderheitenschutz. Programmatisch in dieser Hinsicht ist der Titel des zweiten Kapitels, „Pluralismus als Verpflichtung“. Hier findet sich eine Schlüsselformulierung: „In einer Welt, die bereits vom Relativismus geprägt ist, gibt es keinen Raum für das Einfordern von Relativismus. Relativismus des Denkens ist Unsinn, moralischer Relativismus wäre tragisch. Ohne das Beharren auf absoluten Standards wäre keine Empfehlung dieser Kommission möglich, und es ließe sich auch kein vernünftiger Dialog führen. Lasst uns Freude an der Vielfalt haben, aber gleichzeitig absolute Maßstäbe festhalten für das, was recht, gut und wahr ist.“

Mit dieser pragmatisch-ethnischen Orientierung leistet die Weltkommission ein Stück Aufklärung. Wenn Sie so wollen, eine Aufklärung im Streit zwischen Universalismus und Kulturrelativismus, der die Sozialwissenschaften seit ihren Anfängen begleitet. „Globale Ethik“ ist das Ergebnis kultureller Entwicklung im Weltmaßstab ebenso wie die Grundlage der Erhaltung kultureller Vielfalt. Die Ideale des Universalismus sind nicht zu haben ohne Anerkennung des kulturellen Pluralismus, der ebenso wie die Meinungsvielfalt zu den demokratischen Grundwerten gehört.

Die im letzten November, 20 Jahre nach Mexiko, verabschiedete Allgemeine Erklärung zur kulturellen Vielfalt bringt schließlich nach vielen Diskursen in den Regionen der Welt zusammen, was in zahllosen Konflikten unserer Zeit immer wieder künstlich getrennt wird: Identität, Vielfalt und Pluralismus, Menschenrechte und internationale

Solidarität. Die Erklärung spricht von „Menschen und sozialen Gruppen mit mehrfachen, vielfältigen und dynamischen kulturellen Identitäten“ und eben nicht vom *clash of civilizations*.

Die Entwicklung in diesen 20 Jahren beschreibt unsere Möglichkeiten zu internationalem Konsens und zur Verständigung über Maximen. Und er beschreibt auch unsere Möglichkeiten des gemeinsamen Lernens und des Einübens von Maximen durch Konsensbildung und kommunikatives Handeln, das sich mehr und mehr materialisiert in normativen Instrumenten und politischen Strukturen.

Diese Entwicklung könnte ich Ihnen in gleicher Weise vorstellen am Beispiel des Delors-Berichts von 1996, „Lernfähigkeit: Unser verborgener Reichtum“, dem UNESCO-Bericht zur Bildung für das 21. Jahrhundert. Der endet mit dem schönen Satz: Wir müssen lernen zu lernen, lernen zu wissen, lernen zu leben und lernen, zusammenzuleben. Wann und wie das mit dem Lernen anzufangen hätte, damit will ich Sie im Land des Pisa-Schocks nicht malträtiert. Mir kommt es auf etwas anderes an. Wir sind gleichberechtigt und unterschiedlich. In der durch Fukuyama und Huntington geprägten und polarisierten Zivilisations- und Wertedebatte zeigen beide Weltkommissionen Flagge: Das humanistische Gleichheitspostulat ist möglich, weil Menschen, Gesellschaften, Kulturen verschiedenen sind.

Das Dilemma liegt woanders. Die weltpolitische Situation mit ihren bekannten Doppelstandards – Stützung diktatorischer Regime, Hinnahme menschenverachtender Praktiken, von Rüstungsexporten, Geldwäsche und unzureichenden Bildungssystemen – hat dieses gedanklich mögliche universalistisch-humane Niveau noch lange nicht erreicht. Jungen Menschen kann globale Solidarität vermittelt werden, nicht jedoch, dass die Welt nicht friedlicher, toleranter und gerechter sein kann, als es der

Fall ist. Ich erspare Ihnen die Zahlen der UNDP. Entscheidend ist die Frage, wie Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Freiheit zwischen Nationen, Gesellschaften und Kulturen schrittweise Wirklichkeit werden können. Dies ist nicht zuletzt eine Frage der Verbindungen zwischen Kultur, Bildung und Sozialpolitik. Kulturelle Vielfalt und nachhaltige Entwicklung lassen sich nicht deklamatorisch als verbindende und verbindliche Werte der Weltgesellschaft verordnen. Sie müssen erfahren werden.

Wenn Bildung dem Individuum seine Wurzeln bewusst macht, um zur eigenen Ortsbestimmung einen Rahmen zu liefern, und den Respekt vor anderen Kulturen lehrt, so ist es nach Jacques Delors und seinem Weltbericht eine ihrer wichtigsten Aufgaben, eine real existierende, gegenseitige Abhängigkeit in ein Bewusstsein von freiwilliger Solidarität umzuwandeln. Hier hapert es nach meinem Eindruck am meisten. Ich hoffe auf begründeten Widerspruch.

Diskussion

Ingrid Spiller, Heinrich-Böll-Stiftung

Wie Sie, Herr Vizeaußenminister, und vielleicht auch einige Anwesende im Saal wissen, hat die Heinrich-Böll-Stiftung ja vor einigen Monaten eine Dialogveranstaltung zum und mit dem Iran durchgeführt, wozu wir auch etliche angesehene Persönlichkeiten aus der iranischen Zivilgesellschaft eingeladen hatten. Diese Veranstaltung hier in Berlin ist dann leider von Exiliranern oppositioneller Gruppen gestört worden, was nicht in der Verantwortung unserer iranischen Gäste lag. Diese sind aber nach Rückkehr in den Iran verhaftet worden, etliche von ihnen sind zu langen Freiheitsstrafen verurteilt worden wegen Verunglimpfung des iranischen Staates oder Beleidigung des iranischen Staates. Auf dem Hintergrund auch dessen, was Sie gerade noch mal über die Bedeutung des Dialogs gesagt haben, Herr Vizeaußenminister, fällt es mir besonders schwer, das zu verstehen. Vielleicht könnten Sie das in diesem Licht auch

noch mal kommentieren. Und ich würde Sie auch herzlich bitten, nach Ihrer Rückkehr dieses Urteil oder diese Urteile noch mal zu überdenken und zu sehen, ob es wirklich notwendig ist, dass diese Menschen so lange dafür im Gefängnis sitzen müssen, dass sie eigentlich das wahrgenommen haben, worüber wir hier auch gerade reden.

Christian Hoffmann, Deutsch-islamisches Institut

Meine Frage richtet sich primär an Frau Griefhahn. Es geht mir um die begriffliche Klärung. Wir sind uns einig, dass wir im Zeitalter der Globalisierung einen Fixpunkt haben, von dem aus wir uns bewegen. Und auch für einen Dialog brauchen wir einen Fixpunkt. Nun hat Bundesaußenminister Fischer mehrfach von Identität gesprochen, Sie, Frau Griefhahn, von Wurzeln, und Frau Metze-Mangold hat auch noch mal von Wurzeln gesprochen. Und meine Frage an Sie ist: Sehen Sie „Wurzeln“ jetzt mehr ethnisch-regional oder durchaus in einem geis-

tigen Konzept als Identität? Denn das muss ja nicht das Gleiche sein. Meine Wurzeln sind ganz eindeutig deutsch, meine Identität ist ganz eindeutig islamisch, und das ist durchaus nicht das Gleiche. Und ich versuche, mir eine Brücke für meinen eigenen Dialog zu bilden, indem ich sage: Die deutschen Wurzeln und europäischen Wurzeln sind ja nicht nur römisch-griechisch, wie man immer so sagt, christlich-jüdisch, sondern es gibt auch eine arabisch-islamische Wurzel, über die in den Schulbüchern viel zu wenig gesagt wird. Aber es ist ja nicht immer möglich, dass man Wurzeln und Identität in dieser Art und Weise geistig zusammenbringt. Und deswegen wäre ich für eine Klarstellung von Ihnen sehr dankbar, wie Sie „Wurzeln“ definieren im Verhältnis zu Identität.

Sabine Grund, Society for International Development

Prof. Tu Weiming hat uns vorhin daran erinnert, dass es weitere *essentials* der Globali-



v. li.: Zarif, Metze-Mangold, Grieffahn, Tu Weiming, von Weizsäcker

sierung gibt, die oft vernachlässigt werde, nämlich *responsibility* und *sense of community*. Wenn vorhin der Gedanke, dass man die Menschenrechte erweitern oder modernisieren könnte, so untergegangen ist, dann sind das ja vielleicht zwei Begriffe, an denen wir die Erweiterung des Menschenrechtsgedankens erarbeiten könnten. Ich wäre einfach dankbar für Kommentare dazu.

Dr. Richard von Weizsäcker

Darf ich nur sagen, dass ich von den guten, positiven und reinen Absichten der Böll-Stiftung für die Tagung, die sie hier abgehalten hat, vollkommen überzeugt bin. Das ändert aber alles nichts daran, dass wir bei den Gesprächen, die wir suchen, und den Dialogen, an denen wir uns beteiligen, ja nicht an den Realitäten der Welt im Allgemeinen und auch der Länder im Besonderen vorbeisehen können, denen wir mit unseren allerbesten Absichten helfen wollen. Ich wollte nur sagen, gerade Herr Minister Zarif, der nun hier unser Gast ist und dessen Einstellung zu der Notwendigkeit des Dialogs der Zivilisationen ich wirklich Stunden um Stunden erlebt und respektieren gelernt habe, er wird mit Sicherheit mit offenen Ohren Ihren Beitrag gehört haben, den Sie gerade geleistet haben. Ich denke, wir müssen mit offenen Ohren darauf achten, dass es eben Entwicklungen gibt, die einer gewissen Behutsamkeit bedürfen, zu der wir aufgrund unseres idealistischen Temperaments nicht immer ganz leicht in der Lage sind.

Dr. Javad Zarif

Well, I would rather talk about other things, but since the issue was raised, let me address that and make a couple of other comments as I had intended to make with regard to the main theme of our discussion.

Let me just make a couple of points that probably most of you have heard already. The judiciary in Iran is independent and, therefore, I am not in a position to decide, whether I like it or not, on decisions that they have made. And the government in gen-

eral, the administration, the executive branch of the government in general, is not in that position to commute, reduce or address otherwise any change in the decisions of the judiciary. There are decisions in the judiciary that we in the government do not agree with. There are decisions in the judiciary that have been based on circumstances other than those that have been publicly declared, and these are the ingredients of a process which is painstaking and long in order to establish the rule of law. In the process to establish the rule of law all countries have faced difficulties, all countries have faced hurdles, and we in Iran are certainly not immune from the difficulties and hurdles that are involved in the process of establishment of the rule of law. What is important for us as Iranians is the fact that the process of reforming Iran in the process of the respect for the rule of law has been institutionalized. There are maybe references to the law which are not properly placed. But that is a process which will inevitably correct itself in the long term.

As I said, dialogue is going to be very difficult. Dialogue would require a real interest in, and readiness to understand, the other side. And the Berlin case was an unfortunate situation where the lack of understanding was in fact mutual. Neither the Iranian side in fact understood what happened here, nor, I believe, have my German friends understood what has happened there. We need to bridge this gap. And this is what dialogue is all about.

If we want to bridge the gap, and let me use a concept that was developed by a group in the United States that works on dialogue as a process in management, the first step that we need to take in order to establish dialogue is to at least understand our own assumptions. We cannot set aside our assumptions. This is very difficult. As human beings all of us come to a situation with a number of preconceived assumptions that are there, a part of us. But we need to understand those assumptions and then

address them. I believe both sides, both the Iranian side as well as our German friends, have not really looked at those assumptions and tried to address those assumptions. That may be not a clear response to your question, but I wanted to simply address that in order to start a dialogue on a very difficult issue that all of us need to address.

Let me just make a point, maybe a somewhat controversial point, about the issue of universality. As somebody who teaches human rights, I have pondered on the question of universality for a great deal of time. The issue of universality has been raised by people who wanted to find a premise for violation of human rights. The issue of lack of universality has certainly been raised by governments who wanted to find an excuse for violation of human rights. And that is why my friends in amnesty international, my friends here in the West have found it very difficult to address the issue of universality, not from this assumption that those who want to violate human rights raise the issue of universality, but from the assumption of the need to address the issue of universality against its historical background, its cultural background, and to see whether we can further enrich the Universal Declaration on Human Rights. There are basic human rights values because human rights is a concept that is intrinsic in us as human beings, because it is an inherent right of every human being, regardless of the time and place and space in which he or she lives. But the fact that different cultures provide different interpretations to various rights and freedoms, and that these interpretations become the subject of a debate, is something that we can talk about. We should not be afraid of this discussion.

Mary Robinson, a couple of years ago, had the courage – and I believe she was indeed courageous – to have the first seminar in Geneva in the Centre for Human Rights on enriching the universality of human rights, where she provided an opportunity for scholars coming from the Islamic world to

present their views. And as a participant in that discussion I found more commonality, more areas of convergence than possible areas of diversion. But fear to address this problem, its simple rejection – I remember when I wanted to participate in the 1993 Vienna Conference on human rights, the then US Secretary of State Christopher said: „If the issue of universality is ever going to be raised, I will boycott the conference“ – is not the way to address this issue. We may at the end of the day find that there are ways of enriching the general principles of human rights, not of reducing them, but of further enriching them. Rights, responsibilities, a responsibility approach to human rights – various issues that have been raised here, including by distinguished German philosophers, are important issues that can be addressed through dialogue. I would guarantee that they could certainly enrich human rights and would broaden their legitimacy and participatory base.

Prof. Tu Wei Ming

As to the question of human rights, I guess is possible to conceive and to develop a rich notion of human rights without the idea of a person as an isolated individual. It is possible for us to imagine a person as a center of relationships interconnected with other persons. That notion of the person is also a resource for the development of human rights. We have been exploring that on a number of occasions. If you look at the human rights discourse in terms of the three generations – political rights first generation, then social, cultural and economic rights, second generation, and the question of development rights and group rights as third generation – it is possible to derive a very rich notion about human rights from a sense of responsibility. In other words, those who are more powerful, more influential, who have more access to information, ideas and goods, ought to feel more obligated for the well-being of the community as a whole. That sense of responsibility especially of the political and cultural elite may also provide a very rich resource for the development of

human rights. And to argue that human rights are intrinsic to one's nature is not simply to argue that a person is always an isolated individual, but that a person can be a center of relationships. So in that context the communal contribution to the idea of the human rights always derived from the sense of responsibility. In that sense nations, too, ought to feel more obligated and responsible. You can have a very rich discussion on human rights from that particular angle. And in that context human rights as an international instrument to bring about human flourishing all over the world can be much more empowered by the various kinds of cultural resources than if we simply consider human rights from a totally faceless universalistic point of view.

Monika Griefahn, MdB

Ich bin direkt angesprochen worden, deswegen muss ich auch was sagen zu der Frage der Wurzeln. Ich kann dazu sagen, dass ich sehr früh in einer internationalen

Organisation gearbeitet habe und mich immer als Kosmopolit gefühlt habe. Aber die Tatsache, dass ich in Deutschland geboren bin, in Deutschland sozialisiert bin, die deutsche Sprache als meine Muttersprache habe, dass ich eine christliche Sozialisation habe, kommt natürlich immer wieder als Identität bei mir vor, auch wenn ich mich international mit Menschen verständige, wenn ich mich auseinander setze. Und ich glaube, das ist auch wichtig, damit wir sozusagen mit unseren Wurzeln dann anderen gegenüber sagen können, das ist meine Identität und du hast eine andere, und trotzdem können wir uns verständigen, können den Dialog überhaupt hinbekommen. Und ich merke bei Menschen, denen das nicht so bewusst ist, dass sie einfach nur Angst vor der notwendigen Flexibilität haben, die man heute haben muss. Sie sind auf einmal in einer internationalen Kooperation, sind in einer Firma, deren Hauptsprache Englisch ist, wo sie aber auch gar nicht wissen, wo sie hingehören. Diese Menschen brauchen wieder



MdB Monika Griefahn, Prof. Tu Weiming

ihre Rückbesinnung auf das, was sie zu Hause haben. Deswegen werden nationale Gruppen oder auch regionale Gruppen oder eben auch sprachliche Gruppen in anderen Ländern dann wieder eine Wurzel.

Wo man aber den Dialog übt und den Kontakt mit anderen hat – wie wir es z. B. durch die Goethe-Institute versuchen oder mit den Auslandsschulen, wo die Begegnung stattfinden und man beide Kulturen oder mehrere Kulturen kennen lernen und sie wirklich durchdringen soll – kann man sich dann eben auch damit auseinander setzen. Das ist das, was notwendig ist und von dem wir versuchen müssen, es in der ganzen Debatte zur Nachhaltigkeit als kulturelle Diversität auch zu erhalten: Nicht zu versuchen, alle über einen Kamm zu scheren, sondern genau zu wissen, wo man herkommt, damit man sich mit dem anderen auch angstfrei auseinander setzen kann.

Dr. Verena Metzke-Mangold

Ich kann auch etwas autobiographisch ergänzen. Frau Limbach hat das neulich sehr schön in ihrem Interview in der „Zeit“ auf den Begriff gebracht: „Der Dialog setzt ja geradezu voraus, dass wir uns auch mit uns auseinander gesetzt haben, mit uns beschäftigt haben“. Das gilt in Zweierbeziehungen, und das gilt in der Kommunikation zwischen Vertretern unterschiedlicher Kulturen ganz genauso. Ich kann mir vorstellen – weil Sie das als Ihren Weg beschrieben haben –, dass es auch andere Entwicklungen gibt. An den verschiedenen Schichten von Zugehörigkeiten, die wir ja in uns selber auch schon kennen – wenn wir unsere Nachbarschaften betrachten, wenn wir unsere historischen regionalen Wurzeln betrachten, aber auch wenn wir die Gefühle und Beziehungen, die wir zu Europa gerade anfangen zu entwickeln, betrachten; oder unsere internationalen Beziehungen, Freundschaften, die wir kennen und haben – erfahren wir uns selber doch immer wieder in unterschiedlichen Bindungen und Beziehungen. Ich kann mir vorstellen, dass das, was Sie durchgemacht haben als Biographie, auch ein Weg ist. Ich

weiß nicht, wie der geht, wäre auch neugierig, darüber mehr zu erfahren, wie man sozusagen aus einer Kultur in eine andere wandert. Und dagegen hätte ich auch überhaupt nichts einzuwenden, solange man das wirklich als einen bewussten Weg beschreibt, auch in dem Bewusstsein, dass beide Kulturen ihre jeweiligen Begründungen haben.

Jörg Elwert, Freie Universität Berlin

Herr von Weizsäcker, Sie hatten eben für Behutsamkeit plädiert. Das fand viel Beifall. Ich zweifle aber daran, dass das tatsächlich das richtige Wort ist. Ich denke, Differenzierung ist das, was angebracht ist. Herr Zarif hat uns eine brillante Analyse vorgetragen, die entlarvte, was für Ideologien hinter einer bestimmten Praxis der Kaperung von Justiz stehen. Er hat uns faszinierend auseinander gelegt, wie die Vorstellung, dass der Konflikt immer ein Nullsummenspiel sein müsste, dazu führt, dass man den anderen vernichten möchte. Das ist eine sehr gute Analyse, und das gilt es zu differenzieren von jenen, die – vielleicht sogar im gleichen Land – Justiz durch eine sektiererische Religionsinterpretation kapern. Aber Behutsamkeit, denke ich, ist der klassische Fehler der europäischen Politik der letzten Jahrzehnte. Wir haben behutsam Politik gemacht gegenüber den Politikern von Ruanda. Wir haben mit ihnen Dialoge geführt, die Entwicklungshilfe erhöht bis zum großen Krach. Wir haben das in Angola gemacht, Hauptförderländer unserer Hilfe waren Somalia, Afghanistan. Wir haben immer mit dieser klassischen Behutsamkeit, auf die wir so ungeheuer stolz sind, darüber hinweggesehen, dass hier gute Gesetze formuliert worden waren in diesen Ländern, dass aber die Polizei in einem polizeistaatlichen Verständnis ihrer Rolle etwas völlig anderes gemacht hat als in diesen Gesetzen stand, dass die Justiz völlig marginalisiert war. Ich denke, die Konsequenzen dieser Behutsamkeit – nicht nur gegenüber armen Ländern, sondern auch gegenüber Ländern wie Saudi-Arabien, die ihre Minderheiten in einer kaum vorstellbaren Weise marginalisiert haben – lernen wir jetzt ken-

nen. Wer tatsächlich hier den Dialog führen will, muss darauf drängen, dass die, die Differenz ausdrücken in ihren Ländern, nicht kujoniert werden.

Marion Lieser, Impact on Health

In gewisser Weise schließt das, was ich kurz fragen wollte, an meinen Vorredner an. Während der verschiedenen Vorträge ist mir so in den Sinn gekommen, wie elitär eigentlich so ein Dialog der Kulturen ist. Auf wie vielen Ebenen müsste sich das eigentlich abspielen, dass die Menschen diesen Dialog, über den ja auf sehr intellektuelle Art und Weise gesprochen wird, auch wirklich leben können und das mitbekommen, was wir hier diskutieren. Und da ist für mich einfach die Frage: Wie sind die Mechanismen eigentlich entwickelt, die dazu beitragen können, dass den Menschen an der Basis das mitleben, von dem wir meinen, dass es wichtig ist.

Angelika Pohlenz, Internationale Handelskammer (ICC)

Meine Frage zielt auf die Instrumente oder die Umsetzung des Dialogs - bisher haben wir ja zunächst mal nur berichtet, wie wichtig dieser Dialog ist. Aber es klang ja dann doch schon an, dass hier Instrumente gefunden werden sollen und wie das so ungefähr aussehen soll. Das Einzige, was dabei nicht vorkam – bzw. nur in einem Nebensatz von Herrn Bundespräsident von Weizsäcker, nämlich als negatives Moment, „die wirtschaftliche Mach“ – das war die Wirtschaft. Ein globalisiertes Unternehmen muss den Dialog der Kulturen in seinem eigenen Laden führen, und zwar die Menschen, die dort arbeiten, quer durch die Landschaft. Gehen sie zu Ford nach Köln mit Türken, Italienern, Griechen, Deutschen, wem auch immer – dort wird der Kulturdialog geführt. Da ist er auch nach dem 11. 9. geführt worden: zwischen den Menschen. Und dazu kann auch meines Erachtens die Wirtschaft sehr wohl beitragen, denn die müssen gucken, dass sie ein System, ein sustainable development-System über die ganze Welt einrichten, und da muss man natürlich die kul-

turellen Unterschiede berücksichtigen und auch mit den Menschen darüber sprechen. Das alles kam mir ein bisschen zu kurz.

Monika Griefahn, MdB

Wenn ich da mal einwerfen darf: Einige *mergers* funktionieren deshalb nicht, weil das eben offensichtlich noch nicht mit einer Strategie wirklich verbunden ist, nicht wahr?

Angelika Pohlenz, ICC

Ich muss dazu sagen, ich halte es auch nicht für richtig – das ist jetzt meine persönliche Meinung – bei einem *merger* in unterschiedlichen Kulturen zu sagen, wir brauchen nun für beide *eine* Kultur. Man muss das Verständnis haben, von dem hier immer gesprochen wurde: Wir brauchen gemeinsame Sprache, wir brauchen Dialog, aber deswegen muss der Amerikaner noch nicht so denken wie der Deutsche.

Renate Eisel, Initiative Qafilat as-Salam

Mein Ansatzpunkt ist auch die Frage, wie ist es möglich, den Dialog der Kulturen wirklich zu führen. Qafilat as-Salam ist das Projekt einer internationalen Künstlerkarawane. Geplant ist, dass 200 Künstler aus aller Welt ungefähr ein halbes Jahr lang gemeinsam durch vier afrikanische Länder wandern und während dieser Zeit den Dialog der Kulturen nicht nur diskutieren, sondern zum Teil auch praktisch leben und vor allen Dingen versuchen umzusetzen durch die Schaffung gemeinsamer Kunstwerke, die aus diesem Dialog der Kulturen erwachsen. Die Initiative Qafilat as-Salam ist eine Gruppe von Leuten, die auf eigene Kosten und eigenem Geldeinsatz seit langer Zeit versucht, dieses Projekt zu lancieren. Ich möchte da jetzt nicht allzu sehr ins Detail gehen. Unsere Erfahrung ist einfach, es ist wahnsinnig schwer, tatsächlich dann an die Kanäle heranzukommen, an die Medien heranzukommen, damit ernst genommen zu werden. Meine Frage an alle Podiumsteilnehmer ist: Wo sehen Sie, wie sehen Sie die Möglichkeit, die Lücke zu überbrücken zwischen dem Dialog *über* den Dialog der Kulturen,

den wir hier führen, zum tatsächlichen Dialog der Kulturen, d. h. zwischen den Trägern der Kulturen, also den Menschen?

Dr. Javad Zarif

In the materials available for participants there is an important work that was done on the governmental side. The book was done on the consultant side for the Secretary General, but the governments also passed a global agenda on dialogue among civilizations (*abgedruckt im Anhang, d. Red.*). I believe that you will find a number of ideas for practical steps in it that can be taken in various fields in order to bring various cultures and civilizations closer to each other in addressing common problems. There is certainly more than one solution to problems, and it is important to listen to the other side with the preparedness to be convinced. I think we need to exercise this imperative of dialogue, at least as a process, within ourselves to be prepared not to judge before we listen. And I see in a number of comments that are being made here as well as elsewhere that judgements have been made before listening. And I think that is the antithesis to dialogue. We cannot start a dialogue through having judgements. We can have our own values. Nobody is asked to abandon their values. But let us hold on judgement until we engage in dialogue. If we start the dialogue with pre-established judgements, then we won't be able to listen, we won't be able to communicate. We are only prepared to respond. And I think with that we cannot establish dialogue.

Dr. Richard von Weizsäcker

Darf ich zunächst zu dem ersten Herrn, der in der Diskussion gesprochen hat, sagen, dass ich seinen Einwand gegen die Behutsamkeit vollkommen legitim finde. Ich finde ihn auch deswegen wichtig, weil er zum Ausdruck bringt, in welcher Konfliktsituation wir uns ja z. B. auch in den Vereinten Nationen befinden, wenn wir dort sagen, es sollen nicht bloß die Regierungschefs zu Wort kommen, sondern auch die Zivilgesellschaft. Ein Dialog, wenn man ihn so

nennen darf, zwischen Regierungschefs und Zivilgesellschaft wird von Seiten letzterer auf absehbare Zeit stets unter dem Vorwurf an die Adresse der Regierungschefs leiden, dass diese zu behutsam seien. Darf ich vorschlagen, sich doch daran zu erinnern, dass es wir nicht nur damit zu tun haben, wie wir aus unserer hiesigen, ja nun doch recht abgesicherten Rechtsstaatsituation heraus, Gespräche mit anderen Gesellschaften und Staaten führen können, in denen diese Rechtsstaatsituation aus welchen Gründen auch immer eben noch nicht etabliert ist. Erinnern wir uns denn gar nicht daran, dass es mal einen Kalten Krieg in Europa gab, wo wir unsererseits auch den Dialog gesucht haben mit der Seite jenseits des Eisernen Vorhangs? Wo es schwierig war, dort zu einem wirklich freien Gespräch zu kommen? Wo es uns, die wir aus dem Westen kamen, wirklich auf der Seele brannte zu sagen: Aber der freie Dialog darf doch nicht kujoniert werden? Und trotzdem mussten wir berücksichtigen, dass wir eben nur Schritt für Schritt vorangehen können. Und das ist eine Lage, die in der Welt immer wieder auftritt zwischen Gesellschaften, die so unterschiedlich positioniert sind im Hinblick auf ihre rechtsstaatliche Absicherung. In diesem Sinne meine ich, dass wir durchaus für jeden Versuch dankbar zu sein haben, den wir in der Weise auch suchen, wie es die Böll-Stiftung damals mit der Gruppe aus dem Iran gemacht hat. Und selbstverständlich wird kein denkender Mensch dagegen protestieren und erst recht kein fühlender, wenn gesagt wird, der Dialog darf nicht kujoniert werden. Und trotzdem werden wir bei dem *dialogue of civilizations* niemals darum herumkommen, uns diesem Konflikt auszusetzen, in dem ich mich in Ihrem legitimen Einwand mir gegenüber befinden habe.

Darf ich noch eine zweite Bemerkung machen, was die Wirtschaft betrifft. Ich finde es ganz richtig, dass darauf hingewiesen wird. Natürlich müssen Unternehmen ihrerseits in ihrem eigenen Interesse bei sich den Dialog der Kulturen suchen, damit sie

auch zu ihren Zielen kommen. Und das ist vielfach auch sehr hilfreich. Nur läuft das natürlich manchmal gut und manchmal weniger gut. Es hat natürlich auch wirtschaftliche Interessen, sagen wir mal in Südafrika, gegeben, die ihrerseits durchaus durch Unterstützung des damaligen Apartheidsystems zu ihren wirtschaftlichen Dividenden oder Erfolgen gekommen sind, ohne dass diese Wirtschaft immer gleich zum Dialog, zur Widerlegung der Unsinnigkeit der *Apartheid* beigetragen hätte. Also ich finde, der Hinweis darauf, dass die Wirtschaft hier vielfach etwas Gutes tut, ist ebenso richtig wie der Appell an die Wirtschaft, dass sie es gefälligst auch überall tun soll – was nicht immer geschehen ist.

Prof. Tu Weiming

I would like to underscore the possibility of dialogue between two sets of different yet equally valuable values. I teach an undergraduate course and ask my students to compare some of these great values which are different. For example, in terms of your moral reasoning you have to choose between rationality and sympathy. That, we think, is more important for your understanding of yourself and the understanding of the world. And these two values – great values – sometimes are not necessarily commensurable. And this is one issue that we need to address.

The question of rule of law and civility, the question of rights and responsibility, the whole question about the dignity of the individual as an isolated person or the idea of a person as a centre of relationships: these are different values. They are all great values. How can they be complemented, through a major dialogue not only between civilizations but among ourselves.

Just one final point concerning the question about sympathy that was raised. I once had a great opportunity of talking to Prof. Gadamer, and he said: Sympathy is too private, it's too personal. You need rationality, you need communicative rationality, as

Habermas pointed out. But sympathy as understood in Buddhism, Confucianism and so forth is not just a private feeling. It is publicly accountable, it is profoundly personal yet open to dialogue, discussion and debate. But normally we feel uneasy when we talk about sympathy. We are very very strong about instrumental rationality. But I think the dialogue among civilizations will help us sometimes to listen to the voice of sympathetic resonances that may not be totally compatible with our very strong rationalistic thinking.

Dr. Verena Metzke-Mangold

Das war so ein schönes Schlusswort! Ich versuche aber trotzdem, noch etwas zu sagen. Prof. Tu hat auf die Person als Einheit hingewiesen und die Möglichkeiten, sie doch in ihren verschiedenen Beziehungen zu betrachten. Ich finde, das ist ein sehr schönes Muster. Ich habe versucht, das noch mal institutionell auf die UNESCO anzuwenden, in der es als zwischenstaatlicher Organisation ja auch immer wieder die Ambivalenz gibt zwischen Kulturpolitik und Kultur – also zwischen Organisation und Zivilgesellschaft –, aber gerade das und dieser Dialog machen vielleicht die UNESCO ja so fruchtbar.

Ein zweiter Punkt: Wer das Buch gelesen hat, „Brückenschlag“, der hat vielleicht dasselbe Gefühl wie ich gehabt. Ich habe mich plötzlich in die siebziger Jahre zurückversetzt gefühlt, und ich denke, wir können uns gar nicht mehr vorstellen, ob wir uns damals hätten denken können, wie heute unser Bewusstsein ist. Das fängt ja erst an. Sie haben sehr zu Recht darauf hingewiesen, dass es viele Bereiche gibt – Wirtschaft, Zivilgesellschaft und andere –, die nicht alle schon wirklich eingebunden sind. Aber ich glaube, es gibt inzwischen tatsächlich ein sehr breites internationales Bewusstsein für wechselseitige Abhängigkeiten und notwendige Verantwortlichkeiten.

Und ein dritter Punkt: Der Dialog der Kulturen hat uns sehr deutlich gemacht – auch

in Deutschland, wie ich glaube –, was Böckenförde so schön gesagt hat: Der Staat, der Verfassungsstaat lebt von Voraussetzungen, die er selber nicht herstellen kann. Wir müssen uns auch um unsere Kultur kümmern.



Griefahn, von Weizsäcker, Limbach, Volmer

Panel 2: Kulturen unter dem Druck der Globalisierung

**Moderation: Dr. Hans-Georg Knopp,
Haus der Kulturen der Welt**

Dr. Hans-Georg Knopp

Der Dialog zwischen den Kulturen – oder der Dialog der Kulturen – ist das zentrale Thema des Hauses der Kulturen der Welt, und deshalb freue ich mich als der Leiter dieses Hauses natürlich ganz besonders, dass ich das zweite Panel unter dem Thema „Kulturen unter dem Druck der Globalisierung“ moderieren darf. Ich darf aber vielleicht noch vorher anmerken, weil am Schluss des ersten Panels diese Bemerkung gefallen ist, dass die Realisierung, die Umsetzung dieses Dialogs nicht einfach ist. Ich glaube, wir alle – zumindest im Kulturbereich – wissen nicht sehr genau, was das denn eigentlich ist, wie wir diesen Dialog umsetzen sollen in praktische Programme. Gerade habe ich zu Tomás Ybarra-Frausto gesagt: „*We all do not know the language, we don't know the vocabulary, we don't know the grammar and we do not know the syntax.*“ Und er hat sehr interessant geantwortet: „*I think this insecurity all connects us. It binds us together.*“ Ich glaube, das ist eine sehr kluge Antwort darauf, dass wir zumindest beginnen müssen, diesen Dialog zu führen, so unsicher wir auch noch sein mögen.

Erlauben Sie mir, dass ich ganz kurz in das Thema einführe. Kulturen unter dem Druck der Globalisierung – darunter kann man vor allem die mögliche Verweigerung oder Bedrohung gleichberechtigter Teilhabe und gleichberechtigter Anerkennung aller Kulturen verstehen. Die Bedrohung einer solchen gleichberechtigten Teilhabe können wir dann erkennen, wenn etwa in Nationalstaaten periphere Kulturen durch eine Zentrumkultur bedrängt werden, etwa bei Minderheiten, bei indigenen Völkern oder Migranten. Eine Verdrängung anderer Kulturen sehen wir auch durch die Aufstellung von Kulturhierarchien oder etwa durch die Verneinung einer Mitwirkung an der Moderne, wie

das Europa im Kolonialismus versuchte, dessen Auswirkungen bis heute reichen. Solche Verdrängungen und Homogenisierungstendenzen von Kulturen verschichten sich heute mit den Auswirkungen der Globalisierung. Unter Globalisierung verstehen wir vor allem die Tatsache, dass Dinge, Ideen, Menschen, Finanzen Grenzen überschreiten, als ob es diese nicht gebe. Daraus resultiert die Gefahr, dass eine oder mehrere zentrale Kulturen aus ihren wirtschaftlichen oder politischen Möglichkeiten heraus andere Kulturen ins Abseits drängen. Andererseits haben globale *Player* längst gelernt, dass sie ohne lokale Bindungen nicht erfolgreich sein können, und noch nie war die Möglichkeit aktiver Information und Einmischung in kulturelle Strömungen gerade für lokale Kulturen besser als heute.

Die Frage ist: Wie können alle Kulturen in gleicher Anerkennung und gleicher Teilhabe an modernen Gesellschaften mitwirken? Die Frage ist: Wie können wir Identität, die Differenz mit einschließt, bewahren, ohne dass wir die Notwendigkeit von Veränderung oder etwa die Möglichkeit der Wahl einer Identität ausschließen? Die Verweigerung einer gleichberechtigten Teilhabe von Kulturen ist nach den Worten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen eine Gefahr für den Weltfrieden. Heute sehen wir eine solche Teilhabe als ein Recht an, das aber erst noch verwirklicht werden muss, und zwar *de facto*, nicht nur *de jure*. Kofi Annan fordert deshalb, dass wir steuernd eingreifen. Er sieht die Möglichkeit eines Paradigmenwechsels durch einen Dialog zwischen den Kulturen und einen Dialog innerhalb von Kulturen. Das wird uns aber nicht gelingen, wenn wir nicht auch kritisch unseren eigenen Kulturbegriff wie auch die realen Umsetzungen, beispielsweise die Programme von Kultureinrichtungen oder etwa die Förderungsmöglichkeiten auf diese Ziele hin überprüfen, also schlicht und einfach die Frage beantworten: Wie erreichen wir ganz

praktisch diesen Dialog, an dem sich Menschen beteiligen?

Prof. Ackbar Abbas, University of Hong Kong

It is a real pleasure to be part of such a stimulating discussion. One of the advantages and problems of speaking at a later session is that some of the issues I wanted to talk about already have been touched upon in earlier sessions. I was particularly impressed by Dr. Zarif's characterization of dialogue as a kind of listening, as a mode of attention, and I was also very interested in Prof. Tu Weiming's arguments about sympathy and the sort of the material importance of affect.

What I want to deal with very briefly are the cultural and affective implications of globalization, particularly in Asia. I will focus less on the facts than on the effects of globalization, effects which show themselves symptomatically in cultural phenomena. Though similarities can be found with older forms of

internationalism, it is sometimes said that there is really nothing new in globalization. It is important, I believe, to recognize globalization as something that is in many ways historically unprecedented, with distinctive spacial and temporal coordinates, and to address it as such. Thus unlike internationalism, globalization is not just the extension of cultural and economic activities outside national boundaries. It is also, and I think this is the important point, the systematic integration of such activities into functional networks. And as we know, the metaphor of the network is very much with us in this discourse on globalization. Today the agents of such systematic integration include many organizations besides the nation-state, even though the nation-state is still with us. But - perhaps even more significantly - these agents of power are not entirely or clearly accountable for their actions, because even the procedures of accountability may themselves be part of the system, as the case of Enron so blatantly showed us recently. The



Professor Ackbar Abbas

result then is often a dangerous discrepancy between agency and accountability, which produces in turn a situation of power without responsibility, that is to say without the need to answer to any community. Globalization, therefore, does not result simply in the creation of new forms of connectedness that technologies of speed and flexible forms of capitalism have made possible. It also implies the introduction of new kinds of disconnections, like the mismatch between power and responsibility referred to that are harder to discern and criticize and that produce as a backlash all kinds of violent and confused reactions, the most violent and confused of course being the terrorist attack on the World Trade Center and the Pentagon. Whereas all the logic of terrorism and globalization are in no way the same thing, and while terrorism must be unambiguously condemned, there is nevertheless a hint of a kind of fearful symmetry between them. Both have an amorphous spectro-quality to them that make them hard to pin down. The crucial difference – we hope – is that globalization is still open to discussion and dialogue, and dialogue is of course the theme of this conference.

In this dialogue there are a number of desirable positions we all want to work towards, and some of these positions have been outlined already in the earlier panel. For example the recognition of diversity, the importance of tolerance, the respect for difference. These are, I think, some of the main themes that we talked about earlier on. But dialogue, it seems to me, must also address another and very disturbing question. Why is it that all our very valid concerns for tolerance, diversity and difference have so far resulted only in paranoid reactions and the production of cultural stereotypes on all sides? And we might even put this a bit more strongly: Why is it that the more we speak about tolerance and diversity and difference, the more these paranoid reactions appear, and whether that will continue to be the case in the foreseeable future.

This brings me to the important but ambiguous role that culture plays today. Because it is at least partly in the light of this disturbing question that the relation between culture, dialogue and globalization can be framed. Some answers have been given earlier about why dialogue is unfortunately still coexisting with paranoia, but let me try to offer yet another kind of explanation. It is often said that one effect of globalization is a kind of cultural homogenization. I myself do not entirely agree with such a formulation. But there are nevertheless many examples of how the perceived threat of homogenization has resulted in an assertion of cultural identity. It doesn't matter in other words whether globalization is truly homogenizing or not. What matters is that it is seen to be, and what also matters is that this perception of globalization as well as homogenization produces some panic reactions and a kind of concern for cultural identity, particularly for a so-called local identity.

The Hong Kong case which I am familiar with – because that's where I am from – is a good example. It was the threat of the 1997 handover that produced, in the 15 years or so preceding it, a self-conscious discourse of Hongkong culture. It is a discourse that was not there before. I am not saying that there was no Hongkong culture before the 1980s, there probably was, but no one talked about it. It is only at the moment when Hongkong was about to disappear that you had this concern for cultural identity. And this is an example which I think is generalizable. I am giving you a specific example, but I think that it is an example that might apply to other situations. Such a reactive use of culture has the unfortunate effect of rarefying it. Because in the desperate and hasty search for cultural identity as defence against homogenization we clutch at clichés of identity. We go for „instant identity“, and identity becomes simply a number of clichés.

We assert for example the importance of the local. This is something that I hear about in all conferences on globalization, but without

asking the question how under global conditions the local can be localized. For like so many other things the local, too, has been dislocated by globalization. What looks the same seemingly unchanged may no longer be the same. The local in other words now is a kind of „x-factor“, a question mark, like the x-files – you don't know what it is or where it is. What cultures under the pressure of globalization have to respond to is, or so it seems to me, this „x-factor“. It is a response we have to make at the level of theory and at the level of experience. Such a response requires us to rethink our historical and cultural experience. It requires us to get rid of kitschy and potentially dangerous ideas like „East and West“ (the geographies are no longer of that kind), to resist the temptation to identify the first with tradition and the second with modernity (this is a pure fantasy), and to avoid simplistic solutions like hybridity as a simple solution to an extremely complicated problem. It involves seeing very clearly how a „dislocated localism“ has nothing in common either with parochial-

ism or with nativism. What the pressure of globalization should produce then is the introduction of these radical questions. And let me just very quickly conclude by citing one example of how this has been done, namely the Hongkong cinema of the eighties and the nineties. It was this cinema's interrogation of its historical experience and of the local as a kind of x-factor, rather than its emulation of the latest technologies or its attempt to catch up with Hollywood, that turned this cinema into a global cinema. You know of course the Hong Kong cinema has in the past twenty years been one of the great cinemas in the world. And the reason why this has been so is not because it has technologically caught up with Western cinemas, but exactly because it was able to address certain questions at the level in which they needed to be addressed. And this, I think, is one positive example of how cultures under the pressure of globalization can exist, rather than resting – as I said earlier – on clichés of identity.



Dr. Hans-Georg Knopp, Tomás Ybarra-Frausto

Tomás Ybarra-Frausto, Rockefeller Foundation, New York

My remarks are focused on the Americas, but hopefully they will have resonance in other latitudes. Transnational mobility is one of the salient features of the 21st century. Millions of individuals are either directly engaged in transnational migrations, or profoundly affected by it. Transnational migration in North America involves the movement of poor people back and forth across US borders in search of work and higher quality of life. This can mean Jamaican contract labourers moving into New England for six months every year to work in local hotels, or it can refer to Mexicans from various states in Mexico migrating to California at regular intervals to harvest various crops. Increasingly more and more North Americans will lead lives with feet in two countries, perhaps even more than two countries. Transnational mobility changes our lives and livelihoods of people and families in fundamental ways. How they work, how they educate their children, how they attend to their health needs, even how they construct and maintain their social and cultural identities. In Honduras, in Nicaragua farmers head North because their lands have been exhausted by outdated farming practices or washed away by floods. Diseases like tuberculosis and AIDS follow the movement of people across borders. Culture and art is transformed at both ends of the journey and all along the way.

In this new organization of a human family moving across increasingly porous borders, one task is to envision and validate the human agency and culture of emerging transnational and diasporic communities. Literary theorist Mary Louise Pratt has provided one paradigm useful for analysing this new space for cultural production. She calls it „*the contact zone*“. Pratt describes contact zones as spaces where cultures meet, clash and grapple with each other, often in the context of highly asymmetrical relations of power, such as colonialism, slavery and their aftermaths. Many of our communities

and cities can be seen as multiethnic contact zones. Pratt makes clear: Contact zones are not merely places of contention, but are sites of creative interactions between communities and catalysts for new understandings of identity, belonging and culture. The idea of contact zone moves us beyond binary opposition, „us and them“, „minority/majority“, „subordinate/hegemonic“. In contact zones throughout the world artists and cultural workers are constructing new definitions of community and creating new forms of art. In an emergent typology we can articulate three foundational sources for cultural reclamation and invention. I call them the *archive*, *embodied knowledge systems* and the *image bank*.

The archive: If culture is composed of the stories we tell ourselves about ourselves, a necessary first step is to collect and preserve local chronicles of cultural interaction among groups. These documents, written and oral, encode alternative structures of feeling and unincorporated narratives of resilience and survival. They become building blocks for rewriting a new national narrative that is more diverse and inclusive. The archive preserves tales of sustained cultural interaction, how ordinary people affirm difference and negotiate common ground. The archive serves as a real or virtual data base for intergenerational storytelling. The stories of the archive are local stories of endurance and cultural maintenance. They negate the homogenizing impulse of the global, but as has been mentioned before, the local can also be oppressive and stifling. Daily life practices are complex and cross-hatched, a sort of global-local – or *glocal* – intersection. The archive nurtures and sustains the counter-memories of proliferant and subjugated members of our communities. These newly heard stories remain as sources and resources for new visions of self and society.

Embodied knowledge systems: Many immigrant and diasporic communities are rich in embodied knowledge systems. These mil-

lennial ways of knowing and doing are cultural practices in which the text is transferred through physical bodily repetition and performance. This category includes singing, dancing, healing, cooking, oratory and witnessing. Embodied knowledge systems resist commodification and are practised in parallel circuits to the official cultural apparatus. Contemporary artists consistently fuse, integrate and interrogate mainstream and local embodied knowledge systems, signalling that tradition can be simultaneously affirmed, transformed and invented.

The image bank: Intellectual goods flow along multiple cultural quarters in transnational contact zones. As visual art travels from here to there and back again, artists activate hybrid encounters. They are able to go back and forth between different landscapes or symbols, values, traditions, and/or operate within a landscape that encompasses both concurrently. The image bank visualizes processes of racial, cultural transculturation, spaces where the rational and historical coexists with the mystical and the mythical, where the real encodes the marvellous.

The archive, embodied knowledge systems, and the image bank constitute a wide continuum of cultural knowledge and cultural practice retained by creators in world wide contact zones. Memory, tradition and agency are inscribed in multiple texts from the spoken to the written and the enacted. These are powerful forms of cultural capital. The distinguished American sociologist Robert Putnam distinguishes between two forms of social capital: *bonding* social capital that unites individuals and groups that share specific trades, and *bridging* social capital, that is the arduous process of negotiation between unlike groups. Bridging social capital is the building block as we struggle to envision a society that is diverse, just and caring. Noted anthropologist Clifford Geertz articulates this challenge very well, and I quote: „The necessary thing, or

so it seems to me, is neither the construction of a universal Esperanto-like culture, the culture of airports and modern hotels, nor the invention of some vast vocabulary of human management. It is to enlarge the possibility of intelligent discourse between people quite different from one another in interest, outlook, wealth and power, and yet contained in a world where, tumbled as we are into endless connection, it is increasingly difficult to get out of each other's way.“

This dialogic imperative – enlarging the possibility of intelligent discourse among diverse stakeholders – is a dominant challenge for contemporary cultural policy. Entrenched popular attitude, scholarly paradigms and methodologies and conventions of policy and practice die hard. As a phenomena, transnationalism, with its components – example: migration – and its products – example: transnational communities – is poorly understood and often feared, precisely because it calls into question fundamental national beliefs and practices. Voters around the United States approve „English only“- or „English first“ – initiatives, and educators devise a curriculum for the schools out of fears that immigrants are undermining and are balkanizing the national culture. Little attention is given either in public discourse or policy to the growing body of research that demonstrates that conventional notions of simulation are largely irrelevant.

What typically occurs in transnational communities is that as divergent cultures come into contact they transform and frequently revitalize each other. Government officials enact policies based on traditional notions of national autonomy rather than on the realities of transnational migration and living. Schools, social service organizations and other institutions are not keeping pace with the social, economic and cultural changes brought by transnational flows of people and ideas. In fact, transnationalism is rendering many institutions and socio-economic policies obsolete. In the global present,

communication technologies and flows of people, economics and imaginations are configuring what Arjun Appadurai calls „new communities of sentiment across borders“. Groups that began to imagine and feel things together are new *communitas* of shared aspirations. Societies must activate new democratic cultural projects of inclusion and participation. In all areas we must continue to expand the intellectual commons and the creation of spaces for intercultural encounters. Museums, libraries, and cultural institutions of all types can become safe spaces to encourage new coalitions, forms of interaction, co-operation and mutuality. The goal is to maintain and enlarge public spheres of shared control, complex translation, honest disagreement and shared common ground. The creation of a new civic culture that encourages amiable contact with one another while also acknowledging boundaries and mutual respect.

Prof. Dr. Michael Bohnet, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Meine Damen und Herren, unser Panel befasst sich mit der Frage „Kulturen unter dem Druck der Globalisierung“, und deshalb möchte ich erstens betonen, dass die Globalisierung definiert wird als ein Prozess zunehmender Verflechtung, oder wie Herr Abbas gerade gesagt hat, ein Prozess auch zunehmender Integration. Es scheint mir sinnvoll, drei Arten von Globalisierung zu unterscheiden: Zum einen die ökonomische Globalisierung, die sich stufenweise dokumentiert in den Warenströmen, in den Dienstleistungsströmen und in den Finanzströmen, wobei die Finanzströme die höchste Geschwindigkeit aufweisen; zum anderen aber auch die *ökologische* Globalisierung, die im Zentrum der Johannesburg-Konferenz stehen wird, und dort wiederum die Frage des weltweiten CO₂-Anstieges und der Konsequenzen, die dieses hat für das Überleben von Inselstaaten und von



Prof. Dr. Michael Bohnet

Staaten, die von der Desertifikation betroffen sind. Und als Drittes schließlich die *kulturelle* Globalisierung, über die wir sehr intensiv gesprochen haben, die darin besteht, dass sich die westlichen Konsummuster ausbreiten und wir gleichzeitig einen Rückgriff auf traditionelle kulturelle Werte haben, ein Trend der manchmal zusammengefasst wird, unter dem Stichwort der „Lokalisierung“.

Wenn nun gefragt wird, welche Folgen diese Art der Globalisierung auf die Kulturen oder Gesellschaften insbesondere in Entwicklungsländern haben, möchte ich nicht die positiven Elemente hervorheben, die unsere Diskussion beherrschen, sondern mich lediglich konzentrieren auf ein paar negative Auswirkungen dieser Globalisierung. Erstens steigen die Ungleichgewichte der internationalen Ordnung; zweitens stellen wir in unserer praktischen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit ein Anwachsen der Ohnmachtsgefühle, der Marginalisierung und der mangelnden politischen Teilhabe fest. Wir stellen eine Verarmung von Mittelschichten in Entwicklungsländern fest, die ökonomisch und politisch an Einfluss verlieren. Wir stellen fest, dass die Ökonomisierung der internationalen Beziehungen zu einem Werteverlust und zu einem Verlust metaökonomischer Werte führen.

Wir stellen auch fest, was Bundesaußenminister Fischer heute Morgen den „Zerfall von Staaten“ und gescheiterte Entwicklung genannt hat. Und wir stellen auch ein Anwachsen der Gewaltökonomien fest, und die Landkarte der Gewalt ist in den letzten Jahren nicht leerer geworden. Ich nenne nur die Stichworte Nepal, Sierra Leone, Liberia, Kongo, Madagaskar, Sudan, Kolumbien oder Angola. Diese Gewaltökonomien sind eben auch charakterisiert durch eine zunehmende Privatisierung der Gewalt. Durch die wachsende Armut stellen wir Polarisierungstendenzen in multireligiösen und multiethnischen Gesellschaften fest. Ich denke nur an die neueren Entwicklungen in Paki-

stan, Sri Lanka, Nigeria, in Niger oder im Tschad. Seit dem 11. September sind durch Globalisierung und durch die nachlassende Weltkonjunktur etwa weitere 15 Millionen Menschen unter die Armutsgrenze gerutscht.

Welches sind nun die Konsequenzen? Zu den Konsequenzen muss gehören ein kritisches Nachfragen hinsichtlich des Entwicklungsmodells, denn nirgendwo steht geschrieben, dass die Welt sich nach dem Muster neoliberaler Globalisierung entwickeln sollte. Nirgendwo steht geschrieben, dass die nicht zukunftsfähigen Konsum- und Lebensgewohnheiten andauern müssten, und dieses wird eine große politische Diskussion in Johannesburg sein. Welches sind nun die Antworten auf der globalen Ebene? Die Antwort auf der globalen Ebene heißt *global governance*, oder auf Deutsch ausgedrückt, die Frage globaler Ordnungspolitik, denn wenn sich die Probleme globalisieren, muss sich auch die Politik globalisieren. Diese Strukturen von *global governance* zeigen sich in zwei neuen Elementen, nämlich in der Herausbildung von Normen, insbesondere bei den großen Weltkonferenzen, und auch in der Herausbildung von Regimen und völkerrechtlichen Konventionen. Wir haben ein System geteilter Souveränität und ein Hin auswachsen von Strukturen über den Nationalstaat hinaus, aber diese Lücke internationaler sich bildender demokratischer Strukturen wird derzeit interessanterweise gefüllt von den Nichtregierungsorganisationen. Sie werden letztlich eine – zeitlich befristete – Lückenfüllfunktion ausmachen, bis die demokratischen Strukturen sich eben auch auf internationaler Ebene herausgebildet haben. Und deshalb haben wir eben auch die interessante Diskussion über die Frage der öffentlichen Güter, der globalen öffentlichen Güter – wozu wir nicht nur das Klima und die Biodiversität zählen, sondern vielleicht auch das, was Herr Ybarra-Frausto hier als *social capital* bezeichnet hat – und eine intensive Diskussion darüber, wie wir nun globale öffentliche Güter finanzieren.

Aber letztlich reicht *global governance* nicht aus, sondern es zeigen sich derzeit zaghafte Ansätze in Form eines Weltethos, die sich als sinnstiftende Klammer herausbilden. Hans Küng hat ja in dem Dialog der Weltreligionen bei dem Parlament der Weltreligionen letztlich vier unverrückbare ethische Werte identifiziert, die global gelten. Ich will sie einfach noch mal kurz nennen: die Verpflichtung auf eine Kultur der Solidarität, die Verpflichtung auf eine Kultur der Gewaltlosigkeit, die Verpflichtung auf eine Kultur der Toleranz und des Lebens in Wahrhaftigkeit und die Verpflichtung auf eine Kultur der Gleichberechtigung, der Partnerschaft von Mann und Frau.

Welche Konsequenzen ergeben sich nun für die praktische Entwicklungspolitik? Ich will noch mal Habermas zitieren: „vom sprachlosen Zusammenstoß der Welten zur Herstellung internationaler Kommunikationsfähigkeit“. Das ist die Aufgabe, und die Entwicklungspolitik besitzt ja über vierzigjährige Kooperationserfahrungen durch unsere konkrete Arbeit in den Partnerländern, derzeit mit 70 Ländern. Hier haben sich Vertrauensbeziehungen gebildet und ein praktizierter interkultureller Dialog. Derzeit arbeiten etwa 10.000 Deutsche in diesen 70 Partnerländern. Und die Antwort, die daraus für die Frage nach den Inhalten dessen, was konkret getan wird, zu formulieren ist, lautet: Die Inhalte sind Stärkung insbesondere leistungsfähiger demokratischer und legitimer Staaten, Hilfe beim Aufbau der Zivilgesellschaft und Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen, aber auch Hilfe bei der Förderung regionaler Kooperationen. Und wenn Herr Ybarra-Frausto gerade von *transnational communities* sprach und von der Notwendigkeit, diese zu fördern, will ich nur einmal beispielhaft die so genannte Kaukasus-Initiative nennen, wo wir versuchen, die Sprachlosigkeit zwischen den Bevölkerungen oder einzelnen in Armenien, in Georgien und Aserbaidschan mindern zu helfen. Wir kooperieren derzeit in der Entwicklungspolitik mit einer Vielzahl islamischer Länder.

30 % unserer konkreten Kooperationsprojekte vollziehen sich mit islamischen Ländern, insbesondere im Maghreb, im Nahen Osten, in Westafrika, in Pakistan, Bangladesch, Philippinen, Zentralasien und natürlich in Afghanistan. Zum Schluss kommandierte ich betonen, dass *global governance*, d. h. eine Art gestaltete Weltordnungspolitik, nur dann Erfolg haben wird, wenn sie sich in Verwobenheit und enger Verbindung mit *good governance* vollzieht.

Prof. Dr. Viola König, Ethnologisches Museum Berlin-Dahlem

Am Ende eines langen Nachmittags, an dem der Bundesaußenminister das erste Wort hatte, soll ich nun also das letzte haben. Es scheint eigentlich alles bereits gesagt, aber vieles ist natürlich doch nicht gesagt, und wir sollten das jetzt konstruktiv diskutieren und eigentlich Wege in die Praxis aufzeigen. Die sind zwar auch immer schon angeklungen, aber letztendlich – auch das ist bereits klar geworden – gibt es nicht den Weg in die Praxis, den einzigen gültigen, den einzig machbaren, den einzigen wichtigen. Und so wie wir aus einer Vielzahl von verschiedenen Ecken kommen, Politiker sind, Universitätsprofessoren sind, Praktizierende in der Arbeit in Übersee und in anderen europäischen Ländern sind, so stehe ich hier jetzt als jemand, der versucht, das vor Ort in Deutschland in der gesamten Bevölkerung zu vermitteln. Ich mache das jetzt schon relativ lange, so zwei Jahrzehnte, und möchte jetzt aus dem Negativen heraus erst mal was Positives zeigen.

Ich habe, seitdem ich als Volontärin im Völkerkunde-Museum angefangen habe, immer gegen die allmächtige Lobby der europäischen, deutschen Kunsthistoriker ankämpfen müssen. Sie hatten das Geld, sie hatten die Lobby, sie hatten die großen Ausstellungen, immer nur wieder Kunst, Kunst, Kunstgeschichte, dann nicht mehr so sehr das Mittelalter, auch nicht mehr so das 19. Jahrhundert, sondern vor allem das 20. Jahrhundert. Man hatte eigentlich mit außer-europäischen Kulturen überhaupt keine

Chance. Es wurde abgetan, man unterhielt die ethnologischen Museen so irgendwie, denn das musste wohl sein. Und dann – und das allerdings schon einige Zeit vor dem 11. September – vollzog sich ein Wechsel, eine Änderung. Ich kann gar nicht genau sagen, wann das war, ich vermute, in den 90er Jahren muss das gewesen sein, dass uns auf einmal ein enormes Interesse, auch eine enorme Neugier entgegenschlug. Ich habe dann in Führungsgesprächen mit Kindern, mit Jugendlichen, mit Erwachsenen gemerkt: Die sind ja viel besser vorbereitet, sie sind viel besser präpariert als noch vor 20 Jahren. Sie reisen natürlich auch. Man kann das Reisen negativ sehen, man kann es aber auch positiv sehen. Ich denke, wir haben eine ganze Menge gelernt seit den 70er Jahren im Umgang nicht mit der eigenen Kultur, sondern mit diesen so genannten „außereuropäischen Kulturen“. Das sei jetzt erst mal als Positives und auch als Chance berichtet.

Meine Befürchtung ist natürlich nun, besonders auch nach dem 11. September, dass es der gesamten Debatte so gehen könnte wie der BSE-Diskussion, die wahn-sinnig hoch aufflammte – keiner aß eigentlich mehr Fleisch, und Rindfleisch sowieso nicht – und heute hat man den Eindruck, es sei nichts gewesen. Und das darf natürlich genau nicht passieren. Wir im Museum zerbrechen uns schon den Kopf, wie wir dieses Interesse wach halten können, und zwar in beiden Richtungen, also sowohl die Probleme aufzeigend als auch die Chancen, die sich dadurch ergeben. Wir haben natürlich noch nicht die Mittel dafür, aber ich denke, wir dürfen dies jetzt auf keinen Fall quasi als eine Modewelle an uns vorbeiziehen lassen. Zum Punkt Nachhaltigkeit: Auch darüber sollten wir diskutieren. Wie kann man das lebendig halten?

Dann muss man natürlich darauf hinweisen, dass eine typische Aufgabe im Völkerkunde-Museum – die sich nie geändert hat und die



Prof. Dr. Viola König

auch anders ist als in den Museen, die sich mit zeitgenössischer nichteuropäischer Kunst beschäftigen – einfach die ist, die Globalisierung nicht als Generalisierung zu betrachten, sondern immer die *Einzelfälle* zu studieren, die Auswirkungen in den einzelnen Ländern, Ethnien, Gesellschaften, Kulturen aufzuspüren, zu sehen, wo Globalisierung wirklich als Druck empfunden wird, aber auch, wo sie Chance ist. Wir haben es eben schon gehört: Die transnationalen Beziehungen zwischen Mexiko und den USA zum Beispiel, die kann man nicht nur negativ sehen. Da entsteht auch ganz viel. Das Hin und Her bedeutet sicherlich, dass ganze Dörfer in Mexiko entvölkert werden, dort bleiben da nur die Großeltern und die Enkel zurück, weil die arbeitende Bevölkerung beiderlei Geschlechts in den USA lebt. Aber die USA ist auch zu einem großen Stück mexikanisiert worden, und ich denke, nicht nur zu ihrem Nachteil, sondern auch gerade zu ihrem Vorteil, was zum Beispiel eine bestimmte Gelassenheit angeht. So ist es also auch im Völkerkunde-Museum: Wir versuchen immer herauszubekommen, wie es der Einzelkultur geht; wir wollen nicht generalisieren. Und dabei haben wir auch den Vergleich über Zeit und Raum im Blickfeld. Wir bewegen uns ja, so weit es geht und so weit es nachweisbar ist, über tausende Jahre vor Christus zurück. Wir prüfen neuerdings auch – und das war nicht immer so selbstverständlich –, ob der Erhalt dieser Humandiversität überhaupt zwingend notwendig sein muss, denn das hat es ja eigentlich nie gegeben. Man kann das immer ganz schön zeigen am Aussterben von menschlichen Sprachen. Das muss ja keine Bedrohung sein – Sprachen kommen und gehen, Kulturen kommen und gehen, Sprachen ändern sich und neue Sprachen entstehen. Man muss einfach sehen, dass es das immer gegeben hat. Die Frage ist nur: Was haben wir davon, wenn wir es prüfen, wenn wir es vielleicht dokumentieren, wenn wir es festhalten, um eben Rezepte, Handlungsanweisungen für unsere eigene Zukunft zu entwickeln?

Andererseits ist die Globalisierung natürlich überall. Bei uns wird aber der Westen viel zu leicht mit der Moderne grundsätzlich gleichgesetzt und auch fetischisiert, wenn ich dieses Wort mal verwenden darf. Die westliche Moderne ist *nicht* identisch mit der Globalisierung. Die Globalisierung ist was eigenes, sie ist einfach da, bei allen Menschen auf dieser Erde. Alle modernisierten und modernisierenden Gesellschaften sind bereits ein Teil dieses Prozesses globalökonomischer Beziehungen, also eben der Globalisierung – das ist ja eben auch immer wieder gesagt worden. Auch die sogenannten Peripherien – und was eine Peripherie ist, ist natürlich auch immer eine Frage des Blickwinkels des Betrachters; für uns liegt Hong Kong an der Peripherie, aber ich denke, für Hong Kong liegt eher Deutschland an der Peripherie – gehören dazu. Ich will das hier nicht so diskutieren, aber ich glaube, was ich sagen will, ist klar. Die Peripherien sind genauso intrasystemisch wie etwa Minderheiten. Die Globalisierung an sich ist zwar eigentlich ein universalistischer Prozess – das kann gar nicht anders sein –, aber eben einer, der schon immer auf Ungleichheiten gestoßen ist und dabei vorhandene Ungleichheit durchaus auch bestärkt, sie aber auch verschiebt. Das ist das Problem der Ungleichheiten, die wir dokumentieren und analysieren müssen und an denen wir uns abarbeiten müssen. Auch da fand ich wieder dieses Beispiel der transnationalen *communities* in Mexiko und den USA sehr gut, wo sich sehr viel die ganze Zeit hin und her verschiebt. Und die neugierige Frage ist natürlich: Wie wird das in hundert Jahren aussehen? Wie wird der amerikanische Doppelkontinent in hundert Jahren aussehen? Ich sage das einfach mal, weil wir im Moment ja doch einen Hang dazu haben, die islamische Welt in den Vordergrund unserer Diskussion zu stellen. Aber es gibt andere Stellen auf der Welt, ich nenne auch mal die Karibik. Was wird, wenn Fidel Castro nicht mehr da ist? Lernen wir irgendwas aus der Zeit, aus Kuba, wenn es vielleicht das Kuba des Fidel Castro gar nicht mehr gibt? Es ist genug dokumentiert.

Was kann man daraus für Schlüsse ziehen? All dieses ist hoffentlich wenigstens in Museen dann noch mal nachzuvollziehen. Wer mal in Havanna war wie ich, der ist da vielleicht ein bisschen pessimistisch, was das angeht. Im Grunde sind wir aber alle, gleichermaßen betroffen.

Wir spüren die Machtlosigkeit gegenüber scheinbar unkontrollierbaren Marktkräften, denen wir uns einfach nicht entziehen können und die wir anscheinend auch nicht steuern können, im so genannten Westen genauso wie in der islamischen Welt, wie in Lateinamerika, wie in Argentinien, egal wo. Jemand hat mal gesagt: „Internationalisierung ist eine über die Grenzen hinwegschwappende Flut, in der Technologien und unwiderstehliche Marktkräfte das globale System selbst zwingen, Wege zu beschreiten jenseits der Möglichkeiten des Eingriffs und der Änderung.“ Und ich glaube, das gilt eben nicht nur für den Einzelnen, sondern für alle Gruppierungen. Wenn dem so ist, dann kommt wieder die Kultur ins Spiel, die ja offensichtlich etwas anderes sein soll. Für mich – wir haben schon diverse Kulturdefinitionen vorhin gehört – ist sie das System, durch das u. a. eine soziale Ordnung kommuniziert, reproduziert, erlebt und erforscht wird. Sie ist „Abbildung von Wahrheit und Werten“. Und sie hat unmittelbare Auswirkung auf unser aller Leben. Kultur ist nicht reflektiv, sondern konstitutiv. Sie ist nicht passive Wiedergabe, sondern aktive Umsetzung von Ideen, Konzepten, Überzeugungen und daraus resultierenden Aktionen, Handlungen. Kultur wird gelebt und erfahren, und was wir heute Nachmittag tun, ist Kultur zu praktizieren. Die Welt befindet sich schon lange – Jahrhunderte, Jahrtausende – miteinander in Kontakt, in Austausch, in Wechselbeziehungen, direkten und indirekten, West und Ost, Nord und Süd, *vice versa*. Kulturen standen und stehen immer unter Druck. Das gehört dazu, und das muss so sein, solange es mehr als eine Kultur gibt.

Das gilt übrigens gleichermaßen für Tradi-

tionen. Habermas hat gesagt: „Nur wer eine eigene Tradition hat, kann andere Traditionen recht hassen.“ Kulturelle Vielfalt ist nicht statisch, sondern sie ist immer ein Prozess. Und das Problem ist, dass es innerhalb dieses Prozesses zu Aggressionen kommen kann. Eine Kultur oder mehrere Kulturen als Komplex können aggressiv auf andere wirken. Das muss man aber nicht so hinnehmen. Daran kann man arbeiten. Und darum geht es, glaube ich, auch in der Diskussion nach dem 11. September. Wer provoziert im Moment Aggressionen bei anderen, und warum ist das so? Und wie kann man dann eben in dem berühmten Dialog an der Sache arbeiten und die Aggression wieder zurückfahren? Im Museum sehen wir allein an dem materiellen Kulturgut, was wir einhüten, dass Kultur ständig in Bewegung war, immer in Bewegung war. Handel und Wandel, *terms of cultural trade*: Es ist unglaublich, wie kurz eine Kultur ist und bleibt wie sie ist – und sich eigentlich auch schon wieder geändert hat und etwas anderes geworden ist. Doch heute ist eben die Gefahr so groß, weil wir uns im Rahmen der Globalisierung eben oft machtlos fühlen. Man hat das Problem, doch eigentlich danebenzustehen. Was mir dabei vor allen Dingen Sorgen macht, ist die Geschwindigkeit. Was uns heute Lebende in der modernen Welt von allen früheren Gesellschaftstypen und vorhergehenden Geschichtsepochen *unterscheidet*, ist tiefergehend als die Kontinuität, die uns mit ihnen *verbindet*. Und das ist bei der bestehenden Ungleichheit einfach ein Problem. Zu schnell ist es sowieso, aber die Schnelligkeit des Wandels trifft eben die menschlichen Kulturen sehr unterschiedlich, je nachdem, auf welchem Stand sie gerade von der Globalisierung „erwischt“ wurden.

Zum Abschluss vielleicht noch einen Diskussionspunkt: Da wir heute unter uns keinen nach 1980 Geborenen haben, möchte ich einfach Joschka Fischer widersprechen in dem Punkt, dass das alles gar nicht so schlimm ist mit der Religionslosigkeit. Das stimmt nicht. Unsere Kinder wachsen heute

ohne Religion auf. Unsere Kinder kennen den Inhalt der Bibel nicht mehr, die abendländische Geschichte wird nicht mehr so vermittelt. Sie wissen das alles nicht mehr so. Und die große Frage ist auch, wie sollen unsere Kinder in der Zukunft mit Religion umgehen können? In Amerika ist das schon wieder ganz anders. Da wird Religion praktiziert. Also wie sollen unsere Kinder mit Religionen und dem Phänomen einer Religion umgehen, wenn sie das selber gar nicht mehr gelernt haben?

Angelika Pohlenz, ICC

Also Frau König, da muss ich Ihnen ganz vehement widersprechen. Ich habe eine Tochter und einen Sohn, die beide nach 1980 geboren sind. Die haben beide Religionsunterricht gehabt, allerdings nicht mehr in dem klassischen Stil, also nicht nur wie ich – oder Joschka Fischer wahrscheinlich auch – rein katholisch, sondern erstens protestantisch und zweitens über die Kulturen hinweg. Da wurde Religionsunterricht als „lass uns mal gucken, was die anderen machen“ betrieben. Das ist es – und da gebe ich Ihnen Recht – was uns heute unsicher macht: die Geschwindigkeit, mit der wir heute mit neuen Dingen konfrontiert werden, und vor allen Dingen die Vielzahl. Wenn wir heute nicht mehr bis zum Abitur nur katholisch sind und erst dann anfangen darüber nachzudenken, was es denn noch so gibt, sondern wenn wir heute bereits mit sechs Jahren damit konfrontiert werden, dass es nicht nur eine Religion gibt, sondern auch noch die und die und die und die, dann wird man unsicher, weil man zu viel auf einen Schlag verarbeiten muss. Und nachdem wir ja jetzt durch die ganze Welt geschossen werden durch die Medien und permanent neue Dinge präsentiert bekommen, dann, glaube ich, ist das eher der Punkt, wo wir unsicher werden und wo wir nicht mehr wissen, wo wir eigentlich selber stehen. Und das gilt eben nicht nur für die Deutschen und die Europäer. Das gilt auch für die Asiaten, das gilt für die Amerikaner, die Afrikaner oder wen auch immer.

Prof. Dr. Nikolaus Werz, Universität Rostock

Ich habe eine Frage an Herrn Bohnet. Sie haben *global governance* mit „Weltordnungspolitik“ übersetzt. Meine Nachfrage ist: Suggestiert das nicht zu viel? Wir verbinden ja im Deutschen mit Ordnungspolitik einen geordneten Rahmen. Ist *global governance* schon so weit? Und der zweite Punkt ist eigentlich mehr eine Bekräftigung von Frau König. Ich möchte zunächst auch noch mal in Bezug auf die Religion zwar keine persönlichen Beispiele bringen, die sind ja unerschöpflich, aber in den neuen Ländern stellt es sich noch mal anders dar. Und da sind die Fakten ganz klar, das kann man statistisch ablesen, dass wir auch hier in Deutschland zwei ganz unterschiedliche Öffentlichkeiten haben. Aber was ich noch mal unterstreichen wollte ist, dass es in den einzelnen Regionen schon lange vor dem 11. September eine intensive Diskussion über das gibt, was wir jetzt erst Globalisierung nennen. In Lateinamerika, das hat ja Herr Ybarra Frausto dankenswerterweise hier dargestellt, fing das schon in den 80er Jahren an, und wir wären gut beraten, diese Diskussion stärker zu berücksichtigen und auch bei der Formulierung unserer Außenpolitik zur Kenntnis zu nehmen.

Berend Hartnagel, Global Partnership-Verein, Hannover

Ich würde auch gerne Frau Prof. König zur Seite treten und sagen, ich freue mich sehr, dass es dem Forum zum guten Teil durch Sie ganz schnell gelungen ist, zu den richtigen Punkten zu kommen, und das auch in sehr illustrativer Form. Mich treibt auch um, wie wir es denn hinbekommen, dass etwas wie BSE vor zwei Jahren sich nicht jetzt ähnlich wiederholt bei der Frage, über die wir uns heute unterhalten. Ich glaube, wir sind jetzt an dem richtigen Punkt, nämlich nicht zu sagen, ist es notwendig, den Dialog der Kulturen zu führen? Das tun ja Sie und viele andere schon seit vielen Jahren und auch seit Jahrzehnten. Aber wie bekommen wir es hin, dass die *Kulturen* miteinander den Dialog führen? Die Weltausstellung in Hanno-

ver, wo ich viele Jahre tätig gewesen bin, hat in den fünf Jahren zehn internationale Veranstaltungen organisiert unter dem Thema „Global Dialogue“. Und ich weiß, dass hier viele sitzen, deren Institutionen zumindest daran beteiligt waren, dass diese zehn *global dialogues* durchgeführt wurden. Ich kann mich sehr gut erinnern, dass wir bei der Planung dieser zehn großen internationalen Konferenzen, die letzten Endes *global dialogues* der Kulturen sein sollten, von vielen kritisiert wurden, das sei nur eine Summe von Monologen gewesen, vielleicht auch nicht ganz zu Unrecht. In den Planungen sind wir immer bei der Frage hängen geblieben: Wie macht man denn eigentlich „Dialog von Kulturen“? Wie lernt man das eigentlich? Und ich glaube, daran ist diese große Konferenzserie vielleicht nicht gerade gescheitert, aber es scheint mir doch der zentrale Punkt zu sein, über den auch dieses Forum mehr sprechen sollte, nämlich die Notwendigkeit, sehr schnell praktisch zu werden.

Was muss man und kann man praktisch tun? Ich glaube auch nicht, dass zweihundert Künstler, die durch Westafrika marschieren, die Welt ändern werden. Aber ich finde das einen prima Beitrag. Das ist ein Punkt, so kann man was tun. So kann man konkret Kulturen miteinander in den Dialog bringen. Ich möchte der Reihe von Grundprinzipien, die Prof. Bohnet noch mal aufgeführt hat, einen Teilaspekt hinzufügen, den alle, die an den *global dialogues* der Weltausstellung in irgendeiner Form beteiligt waren, gelernt haben und den ich auch nach wie vor außerordentlich wichtig halte, weil er in der Tat das Prinzip der Universalität ein bisschen durchbricht. Denn er betrifft eigentlich im Wesentlichen uns, ich meine mich, und ich glaube viele von denen, die hier sind. Das ist *Bescheidenheit*. Es wäre gut, wenn viele von uns, die sich an Dialogen zwischen den Kulturen beteiligen - aus einer Position heraus, in der wir nun einmal sind: als Intellektuelle, als Manager, als was auch immer - und sich dabei einlassen auf das Gespräch mit anderen Kulturen, mit Menschen, die nie Gelegenheit gehabt haben,

solche Dialoge zu führen, außer an Gerechtigkeit und an Toleranz und an ähnliche Prinzipien auch daran denken würden, dass wir als Erste in diesem Dialog bescheiden sein sollten. Dann kommen wir auch ein gutes Stück weiter.

Herr (Name unverständlich)

Ich möchte nur eine kleine provokative Frage stellen. Wird nicht dieser Dialog der Kulturen nicht von der ökonomischen Überlegenheit der einen Seite überschattet? Ist das nicht etwas, das die einen zum Untertanen macht, wenn wir davon ausgehen, dass die Kluft in der ökonomischen Situation so unterschiedlich ist, dass sie eigentlich dem Stärkeren das Gefühl gibt, dass genauso stark wie seine Ökonomie auch seine Kultur ist? Deshalb erscheinen manchmal in den Massenmedien die anderen Kulturen nicht als gleichberechtigte Kulturen, sondern als Folklore und Subkultur. Deshalb habe ich Angst, dass wir vielleicht nicht ehrlich sind, solange es solche Unterschiede und solche Diskriminierung gibt. Auf dem Gebiet der Wirtschaft glaube ich nicht an die Echtheit des Dialogs der Kulturen.

Eva Quistorp, Attac

Ich möchte gerne anschließen, weil es sich gut ergänzt mit meinem Vorredner. Ich fand es sehr gut, dass das Motto „Druck der Globalisierung“ ist, und Herr Prof. Bohnet hat als Einziger gewagt, von einer neoliberalen Globalisierung zu sprechen, also sie zu charakterisieren als eine, die nicht notwendig sein muss, und die eventuell regulierbar oder anders gestaltbar ist. Er ist ein sehr erfahrener Mann; in den großen UNO-Konferenzen hat er substanzielle Arbeit geleistet für Entwicklungen globaler Minimalstandards im ökologischen und sozialen und Menschenrechtsbereich und in internationalen Umweltabkommen. Ich möchte doch sagen als Vertreterin von Attac, dass ich den Druck der Globalisierung teilweise zu wenig systematisch beschrieben fand, leider auch vor allem von Ihnen, Herr Frausto, obwohl ja Lateinamerika sehr lange Erfahrung dazu hat und auch eine mindestens zwanzigjähri-

ge Geschichte der intellektuellen Kritik an der neoliberalen Globalisierung in ihren verschiedenen Stufen, der Kritik auch an der Dominanz durch globale, zum großen Teil eben US-amerikanische Massenmedien, die den Markt zu 80 bis 90 Prozent dominieren. Und zu Ihnen, Frau König, da denke ich könnte man einen Bogen zu Herrn Bohnet schlagen, und auch zu dem, was Herr Abbas zum Hong-Kong-Kino sagte, womit er wohl nicht unbedingt Kung Fu gemeint hat. Was wären also Formen der *Entschleunigung*, die dringend nötig sind, damit überhaupt Dialog vonstatten gehen kann. Von der Geschichte her braucht Dialog Zeit, musse und Reflektionsfähigkeit, und er ist mit einer weiteren Beschleunigung durch Massenmedien und Finanzmärkte überhaupt nicht möglich. Man kann es nur in Minielten, die Zeit haben, stattfinden lassen. Es muss Entschleunigung im Bereich der Finanzmärkte stattfinden. Deshalb treten wir ja für die Tobin-Steuer als einen kleinen Ansatz ein. Aber es muss z. B. auch Entschleunigung stattfinden in Bezug auf WTO-Verhandlungen. Die wirken sich eventuell ja auch auf Ihre Museen aus, Frau König, weil ja halt die WTO Bildungssysteme, Erziehungssysteme und alles, was man als Serviceleistungen beschreiben kann, kommerzialisieren und globalisieren will. Und ich denke, da ist noch ein Aufwachen, evtl. auch eine neue Zusammenarbeit von unterschiedlichen Sparten der Kultur mit dem, was man globalisierungskritische Bewegung nennt, die Reformvorschläge hat, vonnöten.

Sybille Fritsch-Oppermann, Evangelische Akademie Mülheim

Ich würde mich gern Herrn Hartnagel anschließen in seiner Aussage, dass es den Dialog schon lange gibt. Deswegen glaube ich auch - bei allem Pessimismus - wir müssen nicht die Bedenken wie bei BSE so groß werden lassen, denn der Dialog hat nicht mit dem 11. September und auch nicht mit dem Jahr des Dialogs der Kulturen begonnen. Allerdings glaube ich, es gibt nicht den Dialog der Kulturen, und ich bin auch über-

zeugt, dass es den nie geben wird, weil das, wenn man Sprache und damit Kultur sehr ernst nimmt, ein sprachliches Unding ist. Wer bitte schön soll denn da miteinander praktisch oder auch nicht kommunizieren? Die Kulturen – wer sind denn die Kulturen? Es hat ihn immer gegeben und es wird ihn immer geben – den Dialog lebendiger Personen, ob die nun das eher westliche Ich-Gefühl oder ein anderes Wir-Gefühl haben, sei dahingestellt. Also was müssen wir tun? Beobachten und zuhören und dann im Jahr, das dem 11. September folgt, vielleicht nicht immer ganz so schnell die Lösung finden. Viele kluge Menschen haben sie auch nach zwanzig Jahren noch nicht ganz gefunden.

Beobachten heißt, gucken wir doch einfach mal die Gruppen an, die Dialog treiben. Wie machen die das denn? Vielleicht können wir ja von ihnen lernen, auch wenn sie nicht so große Namen haben, wie hier vertreten sind. Es gibt Experten im Dialog, deren Namen wir nicht kennen. Und zuhören heißt einfach, die Sprache ein bisschen wichtiger zu nehmen, die ganz alte schöne Subjekt-Objekt-Differenzierung wieder einzuführen und mal zu schauen, wie wir von den anderen Menschen und damit auch von den anderen Kulturen sprechen. Wie machen wir sie zu Objekten unseres auch noch so guten Willens, den Dialog der Kulturen zu schaffen? Den gibt es längst.

Prof. Dr. Viola König

Ich denke, was ich jetzt sagen werde, würde Herr Knopp so oder mit etwas anderen Worten auch gesagt haben. Es sind nämlich mehrere Aspekte des Dialogs angesprochen worden, die tatsächlich, da kann ich Ihnen Recht geben, schon längere Zeit praktiziert werden und hoffentlich weiter ausgebaut werden. Es passiert sehr viel an kulturellem Dialog, gerade auch bei den nach 1980 Geborenen, zum Beispiel im Bereich des Films. Ein Beispiel wurde schon genannt. Der außereuropäische Film ist unglaublich beliebt auf allen Kontinenten und ist weiter im Aufmarsch. Ich habe auf der letzten Ber-

linale volle Filmsäle gesehen gerade mit asiatischen, ostasiatischen Filmen, aber auch Filmen aus dem islamischen Raum, und es waren vor allen Dingen junge Leute, die da saßen und kommentiert haben, mitgegangen sind und offensichtlich gut Bescheid wussten. Genauso ist es mit der Rap-Musik-Bewegung. Auch das ist ganz klar kultureller Dialog, musikalisch sprechender Dialog, und Herr Knopp führt es uns andauernd vor – also nicht, dass ich Werbung für Ihr Haus machen will, aber ich meine, das Haus hat schon ein paar Jahrzehnte auf dem Buckel und praktiziert kulturellen Dialog und ist weiterhin im Aufwind.

Dann wurde indirekt angesprochen, wenn ich es richtig verstanden habe, die *Documenta*. Ich sagte ja am Anfang, wir waren im Museum noch nie so im Aufwind, und auch die außereuropäischen Künstler waren noch nie so sehr im Aufwind, wie das jetzt der Fall ist. Die *Documenta* ist der Beweis. Sie hat als Thema „Kunst überall“, auf allen Kontinenten, jedenfalls nicht aus Deutschland in

Europa. Was mich schon interessiert, und das ist jetzt auch eine Frage an Herrn Ybarra-Frausto: Sie haben vielleicht mitbekommen, dass wir hier in Deutschland so ein Religionsproblem haben. Einerseits ist unsere Generation in Westdeutschland im Wesentlichen noch christlich erzogen worden, aber für Ostdeutschland – schönen Dank für den Hinweis – gilt das überhaupt nicht. Und da würde ich die Frage auch gerne an Sie weitergeben: Wie sieht das eigentlich aus mit den Mexikanern, die in den USA leben und arbeiten? Ändert sich da irgendwas an ihrer Religiosität? Wird sie stärker, wird sie weniger? Ich denke, da haben wir auch tatsächlich eine Vielfalt auf dieser Welt zu beobachten.

Dann das Wort von der Bescheidenheit. Das stimmt, es ist schon eine ganze Weile im Gespräch, dass es darum geht, Bescheidenheit zu zeigen und überzeugend darzustellen, dann wird der Dialog auch leichter. Wenn also die Überheblichkeit weg ist, ist auch das Problem mit dem Wort Toleranz weg. „Tol-



ranz“, da schwingt mit, dass da eben jemand ist, der es sich leisten kann, tolerant zu sein – also eine ganz zwiespältige Sache.

Zur Frage der langen Druckerfahrung in Lateinamerika. Das meinte ich vorhin auch mit dem Hinweis auch auf Kuba. Ich denke, das darf jetzt nicht einfach in Vergessenheit geraten. Wir haben besonders in den 80er Jahren sehr intensiv über die Entwicklung in Lateinamerika gesprochen, und sie kommt mir im Moment in der Diskussion ein bisschen zu kurz, obwohl sie doch sehr hilfreich sein kann. Ich hoffe, ich habe jetzt zu allen Dingen, die mich betrafen, so was wie eine Antwort geben können.

Prof. Dr. Michael Bohnet

Zur ersten Frage: Die Definition von *global governance*, ist die sozusagen identisch mit der Frage Weltordnungspolitik? Meine Antwort: Sie ist nicht identisch. *Global governance* entwickelt sich – durch Normensetzung, sowohl durch die großen Weltkonferenzen wie auch durch die Millenniumserklärung. Sie bildet sich heraus auch durch völkerrechtliche Verträge, wobei es interessant ist, dass im Umweltbereich die internationale Verrechtlichung weiter fortgeschritten ist – wenn wir an die Klima-Rahmenkonvention oder an die Artenvielfalt-Konvention oder an die Wüsten-Konvention denken –, während sie im ökonomischen Bereich noch sehr hinterherhinkt. Und insofern ist sicherlich die Endstufe einer Weltordnungspolitik noch nicht erreicht, aber um es ein wenig überhöht zu formulieren, dies würde ja dann auch einen föderalen Weltstaat als Vision schon voraussetzen. Also will ich Ihre Frage so beantworten: Es ist der Weg dorthin, aber es ist sicherlich etwas, was sich in diesem Jahrhundert möglicherweise noch herausbilden wird; meine Prognose wäre so in den nächsten 50 Jahren.

Was den *global dialogue* und die EXPO anbetrifft, so will ich doch noch mal kurz darauf reagieren, weil ich auch sehr involviert war. Es gab einen interessanten *global dialogue* über die Zukunft des Dorfes. Und hier

haben wir einfach mal Bürgermeister aus dem Schwarzwald, Bürgermeister aus dem Südsudan und aus Indien zusammengebracht. Insbesondere der Bürgermeister vom Schwarzwald war noch nie außerhalb der deutschen Grenze. Und ich kann Ihnen nur sagen, das war die interessanteste Art des praktischen Dialoges, den ich erlebt habe auf der EXPO. Insofern gibt es also durchaus Versuche, Leute miteinander an den Tisch zu bringen, die noch nie über globale Fragen geredet haben.

Was die Frage der Relativierung des neoliberalen Modells anbetrifft, sollten wir das klar aussprechen. Und ich nenne hier nur noch mal die Rede des Bundespräsidenten. Es kommt eben darauf an, die Ökonomisierung sozial und ökologisch gerecht und verträglich zu gestalten. Und deshalb gibt es eben so viele konkrete Beispiele in kontroversen Diskussionen: Wie können wir soziale Mindeststandards einführen? Wie können wir ökologische Mindeststandards einführen? Es ist einfache Illusion, davon auszugehen, dass wir das endgültige Wirtschaftsmodell gefunden haben, sondern nach Popper: Es wird sich iterativ weiterentwickeln. In welche Richtung, wissen wir aber nicht. Es wird sich nach dem Falsifizierbarkeitskriterium das Gute sozusagen weiter fortsetzen und das, was negative Wirkungen hat, wird im dem Popper'schen Sinne eben scheitern.

Was die Entschleunigung anbetrifft, so würde ich mir die wünschen, aber ich bin sehr pessimistisch, dass es in der Globalisierung – weder in der kulturellen noch in der ökologischen noch in der politischen noch in der ökonomischen – Tendenzen zur Entschleunigung gibt. Deshalb kommt es darauf an, präventiv zu handeln. Sie haben die WTO genannt. Ich will ein konkretes Beispiel nennen. Marokko wird 2006, 2007 eben das Assoziierungsfreihandelsabkommen mit Europa geschlossen haben. Wir können jetzt schon einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit in Marokko, in allen Maghrebstaaten, voraussehen. Und des-

halb versuchen wir eben jetzt, die Marokkaner zu unterstützen in ihren konkreten Verhandlungen, um die marokkanischen und die Maghreb-Interessen auch in der Diskussion mit den Europäern und mit der WTO sozusagen durchsetzen zu helfen. Das ist die einzige Möglichkeit, wo wir den Beschleunigungsprozess eben sinnvoll auch sozial abzufedern versuchen.

Tomás Ybarra-Frausto

As to the question about speed and time, I would like to talk about the intergenerational aspect. In the United States for example, with all these communities, in particular Latino communities: they are very young. The medium age is maybe 18. So what I am talking about is a process where we have intergenerational dialogue. The third age, as they call it in Mexico, the elderly, have to talk with the young. That's where we balance this overwhelming speed and time compression. In the United States, memory lasts as long as the last computer chip, which is mainly a couple of months. So we need to have a dialogue in which the *longue duree* – the people who remember, the people who made utopias that were long-lasting – talk with the young who have speeded up, and find out the meaning of that. We need to engage in intergenerational dialogue on both sides, because I think the young are the ones that can manipulate the virtual, which opens up all kinds of possibilities. But it also makes us think of everything as a movie – witness September 11. We could not believe that it was reality. So everything in many ways for some of the young has become the *simulacrum*.

Memory and those who remember the reality and the struggles and the resilience are part of that kind of conversation, that storytelling. Culture is the stories we tell ourselves about ourselves. That's one point. The second point is that in the world that we live, we live simultaneously. And I think that is very appealing. There are those who never leave and those who travel, and I would like to point out that their simultaneity is very dif-

ferent. Those that are cosmopolitans and travel from Mexico City to Berlin, to Paris – that's one kind of migratory existence. The people that go underneath the barriers, swimming through borders, live another kind of life or live another kind of transnationality and globalization. At the very same time that most nation states are trying to create a culture that is more inclusive, more varied, with multiple languages, multiple traditions, many people are moving beyond the nation state in transnational kind of realities. So there is a simultaneity of multiple spaces and multiple ways of being. I am very optimistic. Everywhere I go I see human beings from their own initiative negotiating all these multiplicities and creating ideas in which they borrow, change, exchange, revert, reconvert, because culture is always a process, it's always an open category that we are always making.

Prof. Ackbar Abbas

I'll just make three very brief comments. The first one concerns a question of universal values again that we talked about earlier on. And here I would like to quote a famous analysis by Levi Strauss on cannibalism. We ask the question, can cannibalism ever be justified? We might think no, but the way I think Levi Strauss analyses the issue is as follows: That if you compare cannibalism with the present system in our society then you can see that both of these systems are in fact ways of dealing with the socially dangerous individual. The difference, of course, is that with cannibalism you assimilate, quite literally, the socially dangerous individual to yourself. But in the present system you isolate him or her. And the question then is: Which is the more atrocious, assimilation or isolation? The point I am making here is that on the issue of universal values, an important starting point would have to be a kind of comparative approach.

The second comment I want to make involves this whole question of inclusions and exclusions in globalization. But there is, of course, a third possibility, the way in which

there are forms of inclusion which are in fact exclusionary. And here I am thinking for example of the whole system of tokenism, where certain things are included as a token like for example ethnological museums: they are there because they have to be a token part of the whole system. But you include them as a way of basically ignoring them. So there are many gaps which things would fall through. One last point which is along the same lines involves the question of modesty. Whenever that word is raised I think of the word a Roman emperor who once said: „Modesty is a virtue, and I have it.“

Dr. Ulrike von Pilar, Ärzte ohne Grenzen

Ich muss doch noch mal ganz kurz zurückkommen auf die erste Runde mit zwei kurzen Beobachtungen und einem Protest. Ich dachte ja eigentlich, dass nach dem ersten Beitrag von Herrn Bohnet sich hier lauter Protest breit machen würde – das war aber nicht der Fall. Also vielleicht habe ich da etwas falsch verstanden. Ich habe verstanden, dass Sie gesagt haben, dass ja hoffentlich eines Tages die NGOs, die jetzt als Lückenfüller tätig seien, überflüssig werden, sobald die Entwicklung zu demokratischen Staaten vollendet sei. Dagegen möchte ich heftigst protestieren. Ich bin zwar sicher auch der Meinung, dass vieles, was die NGOs tun, hoffentlich eines Tages überflüssig wird, also in Sinne von Kriegstote bergen und Hungertote begraben. Aber solange es Macht gibt auf dieser Welt, werden wir NGOs in irgendeiner Form brauchen. Ich hoffe also, dass Sie in dem, was Sie gesagt haben, wenn ich richtig verstanden habe, nicht Ihrem Haus und diesem Haus aus dem Herzen gesprochen haben. Das war der Protest.

Dann noch zwei kurze Beobachtungen. Wir haben zwei Listen von Grundwerten, die „Küng-Liste“ und die „Brücken-Liste“ will ich sie mal nennen, heute kurz behandelt. Mir ist aufgefallen, dass in der einen, nämlich in der Küng-Liste, die Freiheit fehlt, und dass in der anderen, also in der hier behandelten Liste des Brücken-Projektes,

die Gewaltlosigkeit fehlt. Ich habe keine Antwort darauf, was das bedeutet, aber ich fand es sehr interessant.

Und in diesem Zusammenhang dann meine letzte Bemerkung. Als Mitarbeiterin einer humanitären Organisation – wir sind in ungefähr der Hälfte aller Länder der Welt in irgendeiner Form präsent – ist es immer wieder bemerkenswert für mich, dass es keinen grundlegenden Streit über diese humanitären Grundwerte gibt. Die sind im Prinzip überall anerkannt. Sonst könnten wir überhaupt nicht, wie andere Organisationen übrigens auch, überall in diesen Ländern mehr oder weniger gut arbeiten. Aber das Problem stellt sich doch immer dann, wenn diese humanitären Rechte, also das Recht auf Überleben – und das ist vielleicht das elementarste aller Rechte überhaupt – den Machtinteressen und politischen Interessen der beteiligten Akteure im Wege steht. Und das gilt für die Bundesregierung in ähnlicher Weise wie für die Rebellen im Südsudan. Meine Frage also: Wie weit können Sie Ihren Optimismus auch begründen, dass man wirklich so weit kommen kann, diese Machtinteressen – zumindest da, wo es um Überlebensrechte geht – so zu zähmen, dass man sich darauf einigen kann, dass zumindest *diese* garantiert sein müssen.

Prof. Dr. Michael Bohnet

Ich bin froh, dass Sie die Frage gestellt haben, denn ich wollte ja provozieren. Ich wollte aber noch mal deutlich machen, dass die internationalen NROs, die wir ja auch mit Steuermitteln fördern, ja zwei Funktionen haben: Sie haben die erste Funktion, praktische humanitäre und Nothilfe überall auf der Welt zu leisten, wo der Staat keinen Zugang hat. Und deshalb sind sie unabdingbar. Die internationalen und die nationalen NROs haben aber noch eine zweite Funktion. Sie begleiten internationale Verhandlungen und Prozesse und nehmen eine Rolle wahr, die letztlich in 20, 30, 40 Jahren mal ein Weltparlament, ein legitimes Weltparlament wahrnehmen wird. Das heißt also, die Frage der Legitimation habe ich angespro-

chen in Bezug auf die Rolle der internationalen NRO bei der Mitgestaltung von Entscheidungen in den internationalen Konferenzen. Wir haben ja die internationalen NROs immer eingeladen, auch an unseren Verhandlungen nicht nur teilzunehmen, sondern fast mitzuverhandeln, und darauf bezog sich meine Bemerkung, nicht auf die Rolle der internationalen NROs zur Mitlösung von humanitären Katastrophen. Und da werden die internationalen NROs auch noch in 50 Jahren gebraucht und gefordert sein.

Panel 3: Menschenrechte als Wertgrundlage für den Dialog der Kulturen?

Einführung: Irene Khan, Secretary-General, amnesty international

The issue of human rights as universal values has become more topical today than ever before. In a world marked by contradictory trends of globalization and fragmentation, of multiculturalism and xenophobia, of human rights and security, many of us believe that human rights provide a universal framework for dialogue and reconciliation between peoples and nations. The concept of human rights is very simple and appealing: that all human beings by virtue of their humanity are entitled to certain rights without distinction of race, religion, gender, language or national origin. This principle has been affirmed and reaffirmed and codified in numerous declarations, international conventions and treaties. What could be more unifying and global than that? Yet, more than 53 years after the adop-

tion of Universal Declaration of Human Rights the universality of human rights continues to be challenged in different ways in different parts of the world. What I would like to do very briefly is to outline why some people and why some governments still argue that human rights are not universal and what are the problems with those arguments and why we need to understand those arguments but confront them at the same time. Because unless we do that it would be difficult to build a meaningful dialogue.

The arguments are of course at different levels. At the cultural level many governments, many countries say that human rights are essentially a Western concept and contradict the cultural, religious and social traditions of other societies. A number of Asian governments for instance argue about Asian values which they say are based on the



Irene Khan, Margaret Sekaggya

duties of an individual to his community and to his society rather than his rights. In Muslim countries religion and tradition are sighted particularly in the context of the rights of women. And in many other, particularly poor societies, governments claim that human rights are a luxury and an obstacle to economic progress, that they are only relevant to a small number of westernized elite rather than to the needs of the masses.

The first point, are human rights a Western concept? Of course one has to recognize that western philosophy and tradition have contributed to the development of international human rights. But at the same time one should not forget that the notion of human dignity is common to all societies. Justice and fair treatment are consistent and recurring themes in all philosophical and religious traditions. Therefore, to reject human rights as only being a Western concept is wrong. In fact, I believe it was Aung San Su Chi who said, that if ideas and values were restricted only to one part of the world today Buddhism would be limited to India, Islam would be limited to Saudi Arabia, and Judaism and Christianity would be limited to a small part of the Middle East. Ideas do spread, and ideas do become indigenized. The other argument, of course, is that when the Universal Declaration of Human Rights was adopted in 1948, there were very few developing countries in the United Nations. That is true. But at the same time what is also true is that those countries that were there, countries like India, China, Chile, Cuba, Lebanon, Panama, played a very important role in the adoption of Universal Declaration of Human Rights. Since then every country in the world, including developing and Islamic countries, has adopted one or more of the international human rights treaties and conventions, underlining the universal appeal of human rights.

It is not correct to say that human rights are overly individualistic, detrimental and adversarial to the community. What human rights do is that they represent the quest for

a just society in which all members are treated with dignity and respect. The standards that they represent are the needs of an ordered society, not of unbridled individualism. Those who speak of Asian values or African traditions tend to gloss the diversity of cultures that Asia or Africa represent. There is very little in common between an urban worker in Japan and a peasant farmer in Bangladesh, between a South African miner or a Nigerian worker, be it in language, religion or social norms. Even the Islamic world offers a great diversity in theological interpretation and social models, from the secularism of Indonesia or Turkey to the theocracy of Iran, of Saudi Arabia. Within these societies there are huge variations, and the truth is that even in the strictest of Islamic societies Muslims do not live by all the strictures of the Sharia.

Cultures are not static. They are constantly evolving in response to interaction with other cultures to the needs of the society and to the demands of modern age. Serfdom and slavery were acceptable in Germany some years ago. Widows were burnt on the funeral pyres in India hundred years ago, today they are not. This proves that culture is not sacrosanct and that culture need not be the context or justification for human rights violations. Also, it proves that Pakistan need not allow a man to kill a woman in the name of honour, that Mali need not allow a young girl to suffer genital mutilation in the name of religion, that Saudi Arabia need not allow a woman to be stoned to death for adultery. These are practices that could be changed because other practices have changed. Of course, arguments about culture and tradition are often used to clog political and economic interests of governments, because many of these same governments do not hesitate to trample culture when it is in their interests. It is also true that there are bodies of public opinion, there are peoples in these countries themselves that challenge some of these traditions. While Asian governments were meeting to talk about Asian values at the World Conference on Human Rights,

Asian NGOs were meeting to adopt a different kind of declaration in which they claim that human rights are of universal concern and universal value. And in fact, if I can quote Michael Ignatieff, the American professor who said that human rights have gone global by going local. It is through these local indigenous groups that human rights are being made indigenous. By saying this I do not mean to reduce the value and importance of cultural diversity. On the contrary, I believe the rich variety of cultures can add to interpretation and understanding of human rights, because just as culture is evolving, so are human rights. Notions have developed since the Fifties. The whole area of women's human rights for example is a relatively recent development in the area of human rights. And so each can feed the other, neither is static.

There is, however, another great threat to human rights and universality of human rights that in my view is probably a much more dangerous threat, and that is the selectivity and hypocrisy of governments, including Western governments, which in the name of human rights actually are promoting double standards. That creates a much greater cynicism on human rights. And we can see that very clearly now after September 11. Governments are sacrificing human rights in the name of security although we know from experience that there can be no peace and security without human rights. It is very disturbing to see established democracies based on the rule of law jump on the bandwagon of antiterrorism and in the name of security to curtail fundamental freedoms. And these antiterrorist laws are not only draconian, they are often discriminatory, targeting the foreigner, the outsider among us. Refugees and asylum seekers for instance are increasingly seen as a threat to security rather than fleeing from terror; they are portrayed as terrorists. And by feeding on people's fears that the threat comes from abroad, a climate of fear and suspicion is being created which is leading to racism, racist attacks and xenophobia.

It is ironic that we saw within days of the world conference against racism attacks against Arabs, Muslims, Asians or even people looking like Arabs, Muslims or Asians. We have seen now in Europe in recent weeks increasing incidents of antisemitism. How can the universal values of human rights be promoted across cultures when racism, racial discrimination and xenophobia continue to flourish within cultures? Let us look at the political expediency that marks the human rights debates very often. The same governments that denounce gross discrimination against women by the Taliban are less vocal about the rights of women in Saudi Arabia. In the name of their coalition against terrorism they are ready to brush under the carpet human rights violations when they are committed by their allies, and speak out when they are committed by those whom they do not like. They highlight the violations of Iraq, but ignore those of Russia. They are demanding investigation into the killings by the Taliban in Djallalabad but do not press to engage into investigation into the killings of Djenin. These are precisely the double standards that undermine the universality of human rights. The governments who wish to promote human rights must live and promote abroad what they seek to practise at home. Human rights protection is for the best of us and for the worst of us, and only when you are ready to recognize that can we hope to have a meaningful dialogue.

My final point would be that a meaningful dialogue on human rights as universal values would be meaningless if they do not apply to all human rights equally, in particular if economic, social and cultural rights are not put on the same plane as civil and political rights. A few months ago when I was in Pakistan I met Afghan refugee women, and I asked them what could be done to improve their human rights. And their answer to me was very, very simple. They said: education and employment. Their message was very clear. We must struggle not only against torture, arbitrary detention and unfair trials, but also against poverty, illiteracy and discrim-

ination if human rights are to be meaningful globally. And an ethical approach to globalization in today's world can mean nothing less than a rights-based approach to development. There are too many people today who still believe that the right to education is somehow less of a human right than freedom of expression. And that barrier, that ghettoization of human rights must be broken if we want to have a proper universal dialogue.

Let me end by a quotation from the Dalai Lama who said that it is in the inherent nature of all human beings to yearn for freedom, equality and dignity. It was not only the right of the global family to protest when our brothers and sisters are being mistreated, but it is also a duty to do whatever we can to help them. So I think it is only when we understand the cultural differences, when we recognize them, when we work together to educate, to understand, to evolve and overcome them, it is only when we stand up and acknowledge our own hypocrisy and selec-

tivity in discussing human rights issues, and it is only when we can realize that human rights is not just the right to life but also the right to food and education and health, that we can really talk about human rights as a global language reaching out to all cultures.

Reaktionen der Panelisten

Margaret Sekaggya, Uganda Human Rights Commission

It looks like most of the issues which were raised yesterday are still coming out this morning. My views are not so different from what Ms. Khan is raising. I want to say that human rights and culture on one hand blend with each other, but on the other hand are limited by each other, and that's the reason for some tension and conflicts in the application of either. In this presentation I want to propose that on the wider front human rights and culture complement each other, and that the tensions and conflicts that necessarily arise are healthy for providing checks and bal-



Margaret Sekaggya

ances that assure that the human rights principles and cultures always remain relevant for given societies. That this discussion of the two in juxtaposition should therefore not lead to one blowing out the other, but to identifying those common values that are shared by both in order to strengthen each other, in order to build a peaceful and secure society that respects diversity of values, encourages tolerance, dialogue and cooperation through mutual trust and understanding.

The interrelation between culture and human rights: Culture and human rights can blend each other if it is clearly understood how different they are from each other. Understanding the nature of culture and human rights will therefore form a fundamental understanding of the spiritual nature that human rights should be accorded as basis for the dialogue on cultures. Whereas human rights represent the moral and ethical entitlement, or claims due to every human person by virtue of her or his being part of the human race, culture represents the distinctive features of a society or group that gives special identity to a people in their own state of life or environment. It is, therefore, obvious that this raises differences which are a likely cause of conflicts, not only to those people that do not subscribe to those particular cultures, but even from within that particular society or group. The fundamental differences between the characteristics of culture and human rights should be closely monitored in the dialogue of cultures in order to build a positive and constructive link between the two concepts. In this dialogue of cultures, we would be considering how the diversity and dynamic nature of culture could fit into the concept of human rights. This would be especially so in respect to their fundamental nature and their universality, their character of being invaluable and inalienable, the fact that they are inherent and interdependent. All the rights contained in the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (including the right to culture), as is stated in the preamble, derive from the inherent

dignity of the human person. In this way the dialogue on culture begins from the premise that every human person has the dignity and equality that enables him or her to freely participate in culture. Article 4 of the UNESCO Declaration on Cultural Diversity states that „the defence of cultural diversity is an ethical imperative, inseparable from respect for human dignity. It implies a commitment to human rights and fundamental freedoms“. No one may invoke cultural diversity to infringe upon human rights guaranteed by international law, nor to limit their scope. In this way human rights should only provide the yardstick upon which the dialogue on culture can remain focussed, in order to avoid any conflicts or abuse of human rights. In the enjoyment of culture, or the right to culture, therefore, international human rights instruments exclude all laws, cultural practices or traditions which discriminate, oppress, suppress any person or section of society, or which tend to undermine in any way human dignity and equality of everyone. Such would include practices or beliefs that discriminate and undermine the dignity of the women and the girl child, among others.

Let me talk about the need for dialogue. The background to the formation of the United Nations and the passing of the Universal Declaration of Human Rights lays down the ultimate purpose of all the peoples of the United Nations, which are peace and security through the promotion of tolerance. That dialogue on culture will therefore serve to assure continuity of the purpose that underlie the UDHR. Dialogue is about communication. Where there is no communication, there is no peace. It is important, therefore, in the dialogue of cultures to promote communication among peoples of various cultures, starting from the family, and giving a platform to all members, including women and children, to contribute from their various perspectives. Dialogue promotes tolerance and appreciation of diversity. Human rights recognize the wealth that is in diversity. Although human rights are

universal, people are different. They can all stand and enjoy their rights from their perspective. Human rights serve to foster unity in diversity, as people of different cultures come to appreciate their differences and how they can be used for the benefit of all. It is, therefore, everyone's duty to promote communication that can assure that people live together harmoniously. In this respect, dialogue will help to eradicate intolerance, hatred, suspicion, confrontation, conflicts, antagonism and jealousy to assure that peace and stability transcend the national, familial and societal differences. Most of the cultures, especially African cultures, are not documented although in most cases they promote what is good for the people. Since human rights are documented, cultures should be subjected to the written standards contained in human rights instruments and in that way be modernized as appropriate to enable the two concepts to coexist. Dialogue in this respect should recognize the shared values which preserve and respect cultural diversity in the total framework of human dignity and equality. Human rights should offer a basis for dialogue, for the different perceptions of culture.

There is one part of society that looks at culture as static, immemorial and sacred. For them what was done in the past is being done in the present and will be done in the future. There is also a group that attempts to compromise culture and modernity. These people cherish to preserve their cultural identity and values but look to modernity to phase out those cultural practices that are no longer justifiable in a modern society. There is another perspective to understanding culture, however, which advocates everything new and easily embraces what is foreign. There is a lasting group of people that are undecided about the position to take on culture and human rights. They are torn between preserving their identity and abandoning it for modernity. The values advanced under the concept of human rights form a good basis for dialogue on cultures and can be read into several culture values

that have existed from time immemorial. The philosophy of the human being which confers the claims and entitlement in human rights necessitates that a human being accepts as such the centrality and sanctity of life, which requires that whatever protects, transmits, heals, serves an increases life is good and should be supported, while what does the opposite is bad and evil.

There is the justice principle, which Ms. Khan has also talked about, that the aim of justice is to reconcile the complainant with the offender and to restore justice. The sense of community was based on the understanding that the individual exists within the community, and that therefore it is for the community to set the norms and for the individual to follow them. The centrality of relationship necessitates that individuals respect the rights of others and carry out their civic obligations. This is in line with the position that in the enjoyment of his or her rights an individual should respect the rights of others. There are several more factors that govern given societies. Although not expressed, they govern peoples' behaviour and advance such values as peace, justice, respect and truth, which underlie the human rights concept. Division of labour and demarcation of roles was inspired by the environment, the experience and the wisdom of the elders of ethnic groups. These may be need to be adapted to the principles of the equality that lie in human rights. In certain cultural settings the consensus method of administration is a higher value than the modern method of majority decisions. While the former considered the opinion of all to reach the decision, the latter excluded the opinion of the minority. The cultural values of solidarity, respect, hospitality and generosity should be encouraged in the dialogue. In this dialogue of cultures human rights and culture should not be dealt with as exclusive concepts but as *complementary*, since they all add to the value that is to be found in human life. I always tell people that the promotion and protection of human rights is the concerted effort of everyone to

ensure that human rights are promoted and protected by the individual, by the community, by society, and by all nations worldwide.

Prof. Dr. Dr. Sabine von Schorlemer, TU Dresden

Als Völkerrechtlerin möchte ich mich gerne auf einige normative, eher rechtliche Aspekte des Vortrags von Frau Khan konzentrieren. Ich stimme Frau Khan in ihrer zentralen These, dass die Menschenrechte geeignet sind für den Dialog der Kulturen, in vollem Umfang zu. Ich würde sogar hinzufügen, dass die universale Achtung der Menschenrechte, so wie sie von der UNO während der letzten Jahrzehnte geprägt worden ist, eine Grundbedingung für diesen Dialog darstellt. An welchem Punkt sind wir? Ich denke, wir sind an einem Punkt, wo wir uns bemühen müssen, eine Begründung der Menschenrechte zu finden, die diese möglichst interkulturell vermittelbar machen sollte. Dieser Prozess muss nach meiner

Ansicht von den allen Menschen gemeinsamen Erfahrungen ausgehen. Da ist das von Ihnen erwähnte Konzept der menschlichen Würde sicherlich ein zentraler Ansatzpunkt. Die menschliche Würde, so sagten Sie, ist tatsächlich ein *recurring theme* in allen Traditionen, Kulturen, Gesellschaften. Das ist für uns ein wichtiger Ansatzpunkt in normativer Hinsicht. Die Abwendung staatlicher Willkür, die Sicherung individueller Autonomie, die Wahrung der Menschenwürde als zentraler, allen Menschen gemeinsamer Topos. Soweit zum Ersten.

Zum Zweiten wiesen Sie darauf hin - und auch da stimme ich Ihnen zu -, dass ja alle Regierungen weltweit die wichtigsten großen Menschenrechtspakte unterzeichnet haben: Im UN-System sind das ca. 60, und es gibt darüber hinaus noch zahlreiche Deklarationen - daran haben tatsächlich alle Regierungen mitgewirkt. Ich möchte hinzufügen, dass sie nicht nur diese Deklarationen unterzeichnet und diese Konventionen unter-



MdB Christa Nickels, Prof. Sabine von Schorlemer

zeichnet und ratifiziert haben – sie halten sogar auch dann noch an diesen Konventionen fest, wenn sie im Einzelfall selbst massive Menschenrechtsverletzungen begehen. Das ist für mich ein wichtiges Indiz dafür, dass hier eine Bestätigung des vorhandenen verbindlichen Menschenrechtskanons vorgenommen wird, und immer wieder vorgenommen wird. Das ist für mich ein Indiz dafür, dass Menschenrechte für die Regierungen ein im übergeordneten Interesse liegendes wichtiges Instrument sind und als solches immer wieder bejaht werden. Das ist, denke ich, ein wichtiger Baustein in diesem Dialog der Kulturen, auf den wir rekurren können.

Auf was können wir noch rekurren? Im Folgenden möchte ich die Frage aufgreifen, wie man Menschenrechte auch als Grundlage für diesen Dialog der Kulturen weiterentwickeln kann. Zunächst einmal haben wir heute eine reelle Chance für diese Weiterentwicklung. Ich persönlich halte die Chance heute sogar für größer als noch zu Anfang der 90er Jahre. Sie erinnern sich, dass im Vorfeld der Wiener Weltmenschentserklärung dieser gemeinsame Konsens über die „Universalität der Menschenrechte“ gesprengt zu werden drohte, insbesondere durch die Regionaltreffen im Vorfeld der Wiener Weltmenschentserklärung im Juni 1993. Es kam aber zur Annahme der Wiener Weltmenschentserklärung. Sie ist auch heute noch gültig, und Ziffer 5 dieser Menschenrechtserklärung sagt uns: Menschenrechte sind unteilbar, sie sind allgemeingültig, sie bedingen einander und sie stehen in einem Sinnzusammenhang. Das ist ein Baustein, der gültig ist und auf den wir aufbauen können.

Was ist aber nötig zur Weiterentwicklung der Menschenrechte als Wertegrundlage für den Dialog der Kulturen? Ich meine, es ist nicht notwendig, diese Menschenrechte „eins zu eins“ auf andere Gesellschaften, auch islamische Gesellschaften zu übertragen. Wenn wir uns das Konzept der interkulturellen Philosophie ansehen, vertreten

etwa von Alex Suter, Jean Claude Wolf und anderen, so sehen wir, dass man jedenfalls in diesem Bereich davon ausgeht, dass nicht die völlige Übereinstimmung von Normen und Werten erforderlich ist, um eine interkulturelle Verständigung zu finden, sondern dass es schon reicht, eine Analogie und Ähnlichkeit als Basis vorzufinden. Das nennt man in diesem Diskussionszusammenhang auch das Konzept „analogischer Überlappungen kultureller Merkmale“. Wenn es uns gelänge, das fruchtbar zu machen, dann könnte das zum Beispiel heißen, dass die Herrschaft des Rechts ein solches wichtiges gemeinsames Merkmal ist. Die Herrschaft des Rechts, das hat auch Joschka Fischer in seinem Beitrag zum Humboldt-Kosmos gesagt, ist nicht gebunden an einen bestimmten kulturellen Hintergrund. In der Tat, dies ist schon in der Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert. Es ist Konsens, dass die Herrschaft des Rechts nicht vor einem kulturell verschiedenen Hintergrund zu sehen ist. Aber auch Mord, Folter, Vergewaltigung ist in keinem Kulturkreis als rechtmäßig anerkannt. Auch hier ein Baustein für die Anknüpfung an dieses Konzept der Überlappungen, der ausgebaut werden müsste. Hier anzuknüpfen, könnte ein wichtiger Schritt sein in diesem weitergeführten Dialog in der Kultur.

Drittens: Eine wichtige, zentrale Hypothek für einen vertrauensvollen Dialog der Kulturen, um den wir uns hier bemühen, ist die Frage, wie wir mit den unterschiedlichen Kategorien von Menschenrechten umgehen. Die Sachlage ist bekannt: Der Westen hat traditionell die erste Gruppe klassischer Menschenrechte favorisiert, die bürgerlichen oder politischen Rechte; der Süden fühlt sich traditionell mehr den wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Rechten verpflichtet, auch mit dem Argument, man müsse diese Entwicklung ja auch in der Zeitschiene sehen, man könne die bürgerlichen und politischen Rechte erst dann verwirklichen, wenn wirtschaftliche Entwicklung gewährleistet sei. Der Süden jedenfalls hat

eher eine Präferenz für diese wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Rechte. Formal gelten beide Kategorien gleichberechtigt. Beide Pakte sind unterzeichnet, und die Wiener Weltmenschenerklärung hat ja auch noch mal ausdrücklich festgelegt, dass beide Kategorien unteilbar sind. Dennoch meine ich, dass wir uns um einen Diskurs bemühen sollten, der einen Konsens zur Gewährleistung von Menschenrechten in ihrer Gesamtheit ermöglicht: Also als These: Entwicklung – stärker als wir das bisher getan haben – eines Gesamt-menschenrechtsverständnisses.

Dies auch deswegen, weil es für den Süden wichtig ist, in seinen Bemühungen um wirtschaftliche Entwicklung, soziale Entwicklung ernst genommen zu werden. Und man muss auch sehen, dass beispielsweise die Bestrebungen um die Ausprägung eines eigenständigen Entwicklungsvölkerrechts ja scheitern, das stagniert. Da gibt es eine große Frustration, und deswegen ist es umso wichtiger, dass wir diesen Diskurs zur Gewährleistung von Menschenrechten in ihrer Gesamtheit, aber auch bezogen auf diese so genannte zweite Kategorie von wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Rechten, explizit führen. Und da sind auch wir im Westen gefordert, diesen Anstoß zu geben für diesen Gesamt-menschenrechtsentwicklung.

Abschließend, meine ich, sind nicht neue Völkerrechtsnormen gefragt, keine neuen Verträge, auch keine Umformulierung der Menschenrechte. Ich bitte Sie, meine Ausführungen nicht so zu verstehen. Gefragt sind nicht neue Völkerrechtsnormen, gefragt ist zuvörderst Menschenrechtserziehung, Aufklärung. Ich denke, da ist die Resolution 56/6 vom 21. November 2001 sehr wichtig in ihrem Aktionsprogramm (Teil B der Resolution, Ziff. 1, die ersten 14 Punkte; *abgedruckt im Anhang, d. Red.*). Die sind sehr wichtig, denn sie wurden als Anregungen formuliert. Ich denke, wenn wir weiter nachdenken wollen, dann sollten wir diese Punkte auch einmal durchgehen. Da hat sich schon jemand gute Gedanken

gemacht. Das ist in meinen Augen wichtig: Menschenrechtserziehung und eine Verbreiterung der Menschenrechtskultur. Denn – und das ist meine tiefe Überzeugung – Menschenrechte als Wertegrundlage für den Dialog der Kulturen werden überhaupt nur dann erfolgreich sein, wenn die Menschen in aller Welt erstens um sie wissen, aber zweitens sie auch emotional befürworten. Und an der Stelle übergebe ich dann auch gerne wieder zu den Nichtjuristen.

Botschafter Dr. Gunther Mulack, Islam-Beauftragter des Auswärtigen Amts

Ich stimme den Ausführungen aller Vortragenden zu; ich bin zwar auch Jurist, werde mich jetzt aber bemühen, nicht als Jurist zu reden, sondern als Islam-Wissenschaftler und aus der Sicht des Praktikers, des Menschen, der viele Jahre in der islamischen Welt gelebt hat und in der Dritten Welt allgemein und dort die Praxis des Dialogs erlebt hat. Für mich ist es klar: Die Frage, die gestellt wurde, „Gehören die Menschenrechte zum Dialog?“, kann und muss man uneingeschränkt mit „ja“ beantworten. Wir können den Dialog nicht nur über weiche Themen führen, über die kulturellen Leistungen der unterschiedlichen Kulturen, über die Freude der kulturellen Diversität, über die Toleranz, sondern wir müssen auch diese harten, letztlich politischen Themen mit einschließen: Wir müssen also auch über Menschenrechte, über Demokratie sprechen, und zwar zwischen beiden auf einer partnerschaftlichen Ebene, denn es gibt auch bei uns, wie ausgeführt wurde, gerade nach dem 11. September erschreckende Diskrepanzen in der Anwendung der Menschenrechtsstandards.

Der Partner in einem Dialog muss vorbereitet sein und er muss bereit sein. Vorbereitet sein heißt schon mal, dass man im Orient niemals mit der Tür ins Haus fällt. Man muss erst einmal für die richtige Atmosphäre sorgen, um über diese doch schwierigen Themen zu sprechen. Leider sind nur wenige in der islamischen Welt bereit, über diese harten Themen zu sprechen. Viele sind bereit,

über die Kultur zu sprechen und über kulturellen Austausch, Tanz, Theater, islamische Kunst und anderes. Aber das bringt uns nicht sehr viel weiter, glaube ich. Wir müssen einfach auch diesen schwierigen Weg gehen, auch im Interesse des Partners; und wir müssen unserem Partner auch sagen, dass das auch in seinem Interesse ist, nicht nur in unserem. Natürlich dürfen wir auch unser eigenes Interesse nicht einfach zurückstellen und so tun, als würden wir jetzt nur aus Menschenfreundlichkeit und aus grundsätzlichen Erwägungen diesen schwierigen Weg beschreiten.

Wer ist bereit zu dem Dialog? Ich habe festgestellt, dass dies an sich nur die Gesellschaften und die Länder sind, die einen Dialog in der eigenen Gesellschaft kennen, und das sind sehr wenige. Eine gute Ausnahme ist der Iran, in dem es durchaus einen sehr lebendigen Dialog in der Gesellschaft gibt. Es gibt andere Länder, da gibt es das nicht, da wird vorgebetet von oben, bestimmte

Weisheiten werden verkündet, und die Bevölkerung betet das dann nach. Das Denken, das freie Denken, der Widerspruch sind verboten. Die Menschenrechte sind dem Anspruch nach universal, das haben wir gesagt, und ich glaube, darüber gibt es auch heute keinen Streit mehr, auch nicht im Islam. Wir haben die Kairoer Erklärung über Menschenrechte im Islam von 1990, davor schon die Allgemeine Erklärung über islamische Menschenrechte 1981. Und ich meine auch, dass es bei aller kulturellen Unterschiedlichkeit ein Mindestmaß an Menschenrechtsstandard, Freiheitsrechten, Ethik gibt, die überall auf der Welt einzuhalten sind. Menschenrechte gehören für mich zum harten Kern interkultureller Gemeinsamkeiten und sind unabdingbare Voraussetzung auch für interkulturelle Toleranz.

Es gibt Unterschiede, natürlich in erster Linie aus der Sicht der Herrschenden, aber nicht beim Volk. Wenn Sie mit den Menschen in Teheran, in Damaskus oder in den



Botschafter Dr. Gunther Mulack

palästinensischen Gebieten sprechen, so wollen alle in Würde, in Freiheit leben; sie wollen Chancengleichheit haben, Rechte auf eine wirtschaftliche Entfaltung und auf eine bessere Zukunft. Das ist die Wahrheit, und das sieht man überall. Es gibt überall zivilgesellschaftliche Bewegungen für die Menschenrechte. Sie sind oft verboten und finden dann nur im Ausland statt, aber es gibt sie. Der Dialog über die Menschenrechte ist in unserem und im Partnerinteresse, denn die Negierung der Freiheits- und Menschenrechte führt für die Staaten, die diesen harten Kurs verfolgen, zu einem Wettbewerbsnachteil in der globalisierten Welt, in der wir nun einmal leben. Für die notwendige Modernisierung der Volkswirtschaften und der Staatensysteme brauchen sie den mitdenkenden und mitwirkenden Bürger. Und wenn sie das Denken verbieten, dann werden sie auch keine innovativen Schübe haben, dann werden sie auch wirtschaftlich keinen Erfolg haben. Deswegen liegt es im Interesse beider.

Was wir natürlich wollen ist, den Migrationsdruck abzusenken. Wir wollen diesen *brain drain* zum Ende bringen und nicht immer wieder erleben müssen, dass die wachen Geister in der islamischen Welt ihre Länder verlassen und ins Ausland gehen und dann natürlich dem Land für die Aufbauleistung fehlen. Das ist, glaube ich, im Interesse beider Seiten. Wir wollen auch weniger Zulauf zu extremistischen Bewegungen erreichen. Das ist ganz klar. In einem System, wo es keine offenen Türen gibt, wo Sie Ihre Meinung nicht ausdrücken können, nicht ausdrücken dürfen, weil Sie sonst Repressionen ausgesetzt sind, gibt es oft nur eine offene Tür, und das ist die Tür der Religion. Denn kein Regime in der islamischen Welt wagt es, diese Tür zuzuschließen. Und hinter dieser Tür verbergen sich oft auch extremistische Bewegungen, die dann die allgemeine hohe Frustration der Menschen ausnutzen, um sie unter Missbrauch des Islam - das möchte ich ganz ausdrücklich noch einmal sagen - für ihre politischen Zwecke zu manipulieren. Wenn wir für

mehr Freiheit sorgen können in diesen Ländern und die Herrscher überzeugen können, mehr Freiheit Raum zu geben, handeln wir im Interesse beider Partner im Dialog und nicht nur in unserem.

Sie müssen sehen, in der islamischen Welt oder in der Dritten Welt ist der Großteil der Bevölkerung unter 18 Jahren. Das sind Menschen, die noch eine Zukunft vor sich haben und die ebenso das Recht haben auf eine glückliche Zukunft, wie wir das haben. Warum soll man ihnen dieses nehmen? Die Frustrationsschwelle muss gesenkt werden, wir müssen Hoffnung für bessere Zukunft für die Bevölkerung auch in den Ländern selbst erreichen. Also eintreten für die Menschenrechte, aber auch keine Doppelstandards. Wir müssen überall für Menschenrechte eintreten und Verletzungen überall kritisieren. Wir können jetzt nicht zweierlei Maß aus wirtschaftlichen oder politischen Gesichtspunkten einsetzen. Wir können nicht ein Land ausklammern, weil es wichtig ist als Wirtschaftspartner, und dann die kleinen kritisieren, weil man es da ja tun kann. Wir können auch nicht aufgrund von tabuisierten Beziehungen oder Rücksichtnahmen deutliche Menschenrechtsverletzungen einfach unter den Teppich kehren. Die letzten Monate haben uns sehr viel an Glaubwürdigkeit gekostet. Wir haben sehr viel Glaubwürdigkeit eingebüßt in der islamischen Welt, das kann ich nur sagen aus meinen vielen Gesprächen dort. Wir müssen das Vertrauen wiederherstellen, den Glauben in die Gerechtigkeit des Westens und in die Allgemeingültigkeit universeller Rechte.

Es gibt keine kulturellrelativistische Rechtfertigung für Folter, Verstümmelung oder den weitgehenden Ausschluss der Frau aus dem öffentlichen Leben. Auch das muss man einmal laut und deutlich sagen. Vergessen Sie nicht, dass Sinn für die Herrschaft des Rechts, Sinn für Gerechtigkeit, sehr stark ausgeprägt ist, gerade in der islamischen Welt. Wenn Sie mit den Leuten dort sprechen, hören Sie, dass viele daran zweifeln, dass dieser Grundsatz für den Westen

oder für sie auch gilt angesichts der jetzigen Geschehen oder des Schweigens des Westens zu bestimmten Dingen. Wir müssen diesen Glauben an die Herrschaft des Rechts, an den Sinn für Gerechtigkeit wieder stärken durch unsere Arbeit. Ich weiß, dieser Weg ist schwierig, und er wird uns nur gelingen, wenn die Partner bereit sind. Wir können das nicht erzwingen. Wir können ein Gespräch anbieten, und es gibt eben, auch im Islam, unterschiedliche Strömungen. Der Islam ist kein monolithischer Block.

Es gibt natürlich Leute, die von der Unvereinbarkeit ausgehen, die Fundamentalisten, die Wahabiten, mit denen können sie nicht darüber reden. Ich habe mit Leuten gesprochen, die sagten, wir haben den Koran, wir haben die Scharia, was brauchen wir euer Gerede. Wir sind glücklich. Mit diesen Leuten können Sie keinen Dialog führen. Es gibt die anderen, die auch die Menschenrechte aus dem Koran herleiten können, wenn ich an Al Afrani, Mohamed Abdu oder Chatami denke – mit diesen Menschen kann man reden. Es gibt auch die, die meinen, wir brauchen eine Revision, Aufgabe der Scharia, Entwicklung eines menschenrechts- und demokratiekonformen Euro-Islam. Ich meine, dass wir das natürlich den Betreffenden überlassen sollten – aber wir können sie dabei encouragieren. In diesem Sinne habe ich wohl eine schwierige Aufgabe vor mir hier als Beauftragter für den Islam-Dialog, aber wie Sie sehen, will ich mich dem mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit voller Kraft widmen.

Diskussion

Moderation: Christa Nickels, Mitglied des Deutschen Bundestages, Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Christa Nickels, MdB

Ich glaube, es hat uns nicht wirklich überrascht, dass wir hier ein sehr hohes Maß an Übereinstimmung feststellen können. Ich möchte, um ins Gespräch zu kommen, fünf

Punkte herausgreifen: Erstens erscheint mir die Aussage von Frau von Schorlemer sehr wichtig, dass wir eigentlich ein Grundgerüst haben, ein sehr valides Grundgerüst von international gültigen Menschenrechtskodizes und Vereinbarungen, auf die sich fast alle Staaten der Erde verständigt haben. Und sie hat auch noch mal pointiert darauf hingewiesen, dass selbst Menschenrechtsverletzterstaaten in aller Regel nicht in Frage stellen, dass die Menschenrechte ins Zentrum gehören. Ich glaube, das ist eine sehr wichtige Grundaussage.

Daran anknüpfend möchte ich auf eine Aussage von Herrn Mulack hinweisen, der gesagt hat, es erscheine ihm so, dass wir im Augenblick die Probleme eher nicht bei der breiten Bevölkerung haben. Ganz gleich in welcher Kultur, die Menschen möchten alle nicht gequält werden, nicht leiden, in Frieden und in gutem Austausch mit Nachbarn leben; wir haben also – ich will es jetzt mal zuspitzen – heute eher ein Elitenproblem in bestimmten Staaten, oder vielleicht auch weltweit. Und dann bin ich nämlich bei dem nächsten Punkt, den auch Frau Khan schon angesprochen hat: Diese Mentalität der *double standards*, die wir ja auch sehr stark in den westlichen Demokratien der Welt haben. Gerade nach dem 11. September neigen doch auch die westlichen Demokratien vielfach dazu, *double standards* anzulegen und auch instrumentell mit den Menschenrechten umzugehen aus vermeintlich oder auch tatsächlich guten Erwägungen heraus – aber ich möchte doch sehr deutlich fragen, ob das richtig ist. Ich bin der Meinung, es ist grundfalsch, und das führt dann eben dazu, dass man im Grunde genommen Wasser auf die Mühlen der Erodierung der Menschenrechte gießt. Und dann möchte ich auch noch mal ganz stark auf das hinweisen, was Frau Sekaggya gesagt hat: Der Dialog hängt von der Kommunikation auf allen Ebenen ab, von der kleinen Ebene der Familien, der Nachbarschaften bis hin zur Politik und zu allen gesellschaftlichen Gruppierungen, und zwar nicht nur national, sondern eben dann auch im Rahmen der Globalisierung

international. Und wenn ich den Bogen jetzt ziehe, dann komme ich zu dem Grundproblem, das auch Herr Mulack genannt hat, dass man nämlich mit den ganz harten Menschenrechtsverletzern keinen Dialog führen kann. Aber in diesen Staaten leiden die Menschen am meisten, und Menschenrechtsschutz bedeutet vor allen Dingen, die Leidenden in die Mitte zu stellen. Und ich erlaube mir zu sagen, man muss auch die Frauen in die Mitte stellen, weil sie oft auf die Realisierung ihrer Rechten am allermeisten warten müssen, gerade in Zeiten von Umbrüchen. Bei bestimmten, die Frauen massivst beeinträchtigenden Praktiken werden sie auch keine analogischen Überlappungen finden. Daher möchte ich sagen, die Leidenden gehören in die Mitte, die Frauen gehören in die Mitte. Das heißt, wir müssen da anfangen, wo am schlimmsten verletzt wird. Und dann sind wir nämlich bei der Kernfrage: Wie ermöglichen wir das? Und das würde ich jetzt gerne von Ihnen einfach noch mal wissen, ehe ich ans Publikum gebe.

Prof. Dr. Dr. von Schorlemer

Ich kann bestimmt nicht auf alles antworten. Zur zentralen Frage nach dem Dialog – an welchem Punkt sind wir da? Wollen wir uns weiter unterhalten mit denen, die uns verstehen in unserem Anliegen des Eintretens für die Universalität der Menschenrechte? Oder müssen wir auch unbequeme Dialoge führen? Und ich möchte dann an Herrn Mulack anknüpfen und sagen, dass wir auch mit denen versuchen müssen zu reden und weiter einen Dialog zu führen, die zu den harten Menschenrechtsverletzern gehören. Unser Problem war ja in den letzten Jahren, dass wir Dialoge geführt haben mit Fachwissenschaftlern, mit Menschen, die summa summarum mit uns einverstanden waren, mit unserer Linie des westlichen Konzepts. Mit den Kritikern unterhalten wir uns sehr viel weniger. Und da war die Frage, ob es überhaupt eine Chance gibt, mit denen zu reden. Sie haben gesagt, wenn ich Sie richtig verstanden habe, es gibt praktisch keine Chance, mit denen kann man nicht reden. Ich

meine, wir sollten überlegen, ob man es nicht doch kann. Und wenn ich jetzt mal eine eher institutionentheoretische Linie aufbauen darf: Sollten wir im Vertrauen auf die Wirksamkeit von Institutionen – darauf, dass sie unparteiisch arbeiten, dass sie auf der Grundlage eines bestimmten Mandats arbeiten, welches konsentiert sein muss von den Gründungsmitgliedern – nicht vielleicht doch überlegen, ob wir neue Gremien – interkulturelle Gremien, interreligiöse Gremien, was auch immer – schaffen, in denen ein solcher unbequemer Dialog dann auch stattfinden kann? Denn da ist die Möglichkeit, sich zu entziehen, natürlich sehr viel weniger gegeben. Wenn der Dialog unbequem ist und man sich aber in einer – ggf. neu gegründeten – Institution trifft, dann wird die Teilnahmebereitschaft der Parteien größer sein, als wenn man sich nur formlos auf einem Panel trifft und dann wieder auseinandergeht. Der Gedanke sollte also verfolgt werden, wie wir vielleicht solche interkulturellen Gremien schaffen können, um auch unbequeme Dialoge zu führen. Diese Frage kann ich nur weitergeben. Es ist dann wiederum die Aufgabe der Politik zu schauen, was kann man sich leisten, was will man sich leisten, und in welchem Maßstab brauchen wir erst mal Probelaufe für so etwas? Müssen wir die Religionsgemeinschaften von vorneherein einbeziehen oder erst später? Aber ich denke, das Vertrauen auf Institutionen, das uns ja auch auf der Basis unseres Menschenrechtsverständnisses zu eigen ist, sollten wir auch in diesem Bereich nutzen.

Irene Khan, amnesty international

I think first of all we need to start with humility. I think we need to recognize that the issues that we are talking about have not suddenly emerged after September 11. As a Muslim I have constantly struggled in my life with my views on human rights and with my beliefs as a Muslim. So I find it somewhat ironic that this big discussion is reaching the public view as though it was something that has just emerged. I think we need to recognize that the issues we are talking about have long roots, long traditions, and will take a long

time to be addressed.

Secondly, I think we need to look at the realities. And the realities are not as straightforward as at the time when the 1948 Universal Declaration was put in place. At that time theory had it that it was a matter between the states and the citizens. Today we have a whole range of non-state actors who are emerging, whether they be community leaders, whether they be religious leaders, or whether they be chief executive officers of large multinational corporations. And I think we need to recognize the diversity of actors that are emerging on the human rights scene if we want to have a dialogue. So it's not to be seen as between government and government, but one has to bring in all the various private sectors. Furthermore, I think we need to bring in the social and political context. You mentioned the issue about women. At *amnesty international* we are preparing to launch a global campaign against violence on women next year. The more I work on that subject the more I realize that the roots of violence against women is not just a question of stopping a woman from being raped or stopping a man from beating his wife at home. It is very closely linked with economic and social and political status issues. So you have to get to the heart of economic and social issues if you really want to address human rights globally.

And finally I would say that change can only come from within. I do not think we should aspire to bring change from outside. And this is why I think reaching out to people and allowing people to decide how they want to deal with their own human rights – and here I'm talking about the local civil society institutions – is so important. Amnesty International has an interesting concept created 40 years ago in the West, but today, with a million members in over a hundred countries, it is the local members who are engaged in the discussion with the local community and who, in the end, will bring about change. It is not me going out to Morocco or to Nepal or to Colombia – it is the local Amnesty members in those countries who are engag-

ing with the local human rights communities there, with the people there, who are creating space for a human rights dialogue within those communities. The outsiders can support it, but I think we need to be very humble about how to bring about change.

Botschafter Dr. Mulack

I can only fully agree with what you have said. Ich glaube, der Wechsel oder die Änderungen müssen innerhalb der Gesellschaft erfolgen, und wir können dazu nur beitragen, indem wir natürlich die *non-state actors* unterstützen, indem wir den Aufbau einer Dialogfähigkeit in den verschiedenen Gesellschaften unterstützen. Alle Gruppen, die das machen wollen, müssen unsere volle Unterstützung finden, das ist ganz klar. Mit der Regierung kann man und soll man auch sprechen. Man muss auch denen vor Augen führen, dass es in ihrem eigenen Interesse ist, wenn sie die Menschenrechtslage, die Mitwirkung des Menschen auch am politischen Entscheidungsprozess in ihren Ländern verbessern. Wir müssen eben auch einen Elite-Dialog führen, auch wenn das schwierig ist, auch wenn wir da Defizite haben bei der Elite. Denn ich habe festgestellt, dass man auch mit *hardlinern* dann sprechen kann, wenn ein Vertrauensverhältnis da ist und wenn Sie im kleinen Raum zusammensitzen und wirklich mal über die Wirklichkeit sprechen. Viele haben Schwierigkeiten dann, wenn es in der Öffentlichkeit darum geht, sich manche Sachen anzuhören und hinzunehmen oder auch selbst Stellung zu nehmen. Wir brauchen daher beides: Wir brauchen den Dialog mit der Elite, und wir brauchen die Unterstützung für die *non-state actors* in den jeweiligen Gesellschaften. Ich glaube, das ergänzt sich sehr gut.

Margaret Sekaggya

I just have one issue to mention. When we promote dialogue we must first of all ensure that we are on an equal footing, that we all understand the standards and the issues. The question that arises is why have we come to this stage? Have people understood the

international human rights standards in the same way? Why, when we come to encounter all these problems, do we *have* these problems? We should be able to promote dialogue once we do understand the international human rights standards in the same way. And what we need to do is to promote dialogue. We should also promote education and understanding between peoples so that they are talking about the same thing. Who is promoting this dialogue? We should be able to rid ourselves of suspicion. If you are promoting dialogue, but other people are not convinced that you can really act the way you are talking, then they are suspicious. We should be on the same footing and able to understand each other, and we should have players who are actually able to dialogue.

Dr. Shungu Tundanonga, Initiative pro Afrika, Kulturpolitische Gesellschaft

Frau Khan, wenn ich Sie richtig verstanden habe, akzeptieren Sie die Geschlechtsumwandlung, sind aber gegen die Schmerzen, die den jungen Mädchen zugefügt werden. Die Praxis der Genitalienbeschneidung lehnen Sie aber nicht ab. Vielleicht können Sie mir Ihre Position dazu sagen.

Zweite Frage: Ich komme aus der Demokratischen Republik Kongo – vor vier Jahren hat dort eine Nichtregierungsorganisation die Menschenrechtserklärung in verschiedene Sprachen übersetzt und in den ländlichen Gebieten in Dorfgemeinden verteilt. Die Leute sollten darüber diskutieren und ihre Meinung sagen. Ich gebe Ihnen zwei Ergebnisse: Die Leute waren gegen die Eheschließung zwischen ihren Mädchen und Westafrikanern. Begründung: Es gab vorher eine Sendung im Rundfunk, wonach in Gambia die Genitalienbeschneidung der Frauen zugelassen wurde, und ältere Leute waren gegen die Eheschließung zwischen Männern aus Gambia und ihren Töchtern, weil sie keine Enkeltöchter wollten, die dieser Praxis unterworfen sind. Zweites Ergebnis betreffend die Bewegungsfreiheit. Sie waren dagegen, vor allem bei alleinstehen-

den Männern und Frauen, die von den Städten ihre Verwandten besuchen. Begründung: In den Städten gibt es Aids und die Leute aus den Städten haben schicke Klamotten und sind gut parfümiert, und wenn sie Besuch in den Dörfern machen, können sie junge Frauen oder Männer verführen. Aber sie können unter der Bedingung kommen, dass sie akzeptieren, dass mindestens drei Frauen rund um die Uhr eine Frau überall begleiten oder fünf Männer rund um die Uhr den Mann begleiten, damit keine Möglichkeit besteht, eine Dorfbewohnerin oder einen Dorfbewohner zu verführen. Und das ist ein Beispiel von unterschiedlicher Wahrnehmung der Universalität der Menschenrechte.

Dr. Jochen Donner, Deutsche Welthungerhilfe

„Menschenrechte und ihr Gebrauchswert“ fiel mir ein. Menschen glauben ja an etwas, was sie auch gebrauchen können. *The proof of the pudding is in the eating*, und damit bin ich beim Thema. Das Recht auf Nahrung beispielsweise. Wo sind diese Dinge denn justiziabel, und für wen sind sie das? Das ist sicherlich auch ein Elitenproblem, wenn der Dialog sich hier nicht auf die Praxis hin bewegt. Er bewegt sich momentan auf die Praxis. 1996 gab es in Rom den Welt-ernährungsgipfel mit einem sicherlich bemerkenswerten Ergebnis, das sich auch im Plan niederschlug, nämlich der Aufgabe an die Staatengemeinschaft und die entsprechenden Gremien, das Recht auf Nahrung weiter zu untersuchen und ein bisschen im Hinblick auf seine Verwirklichung voranzukommen. Es gibt also auch die Aufgabe, Menschenrechte auf ihren Gebrauchswert und ihre Justiziabilität hin weiterzuentwickeln. Nächste Woche wird hier in Berlin am 22./23. Mai ein internationaler Workshop stattfinden, der von der Bundesregierung – in diesem Fall das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft – Norwegen und Italien insbesondere unterstützt wird, dort werden auch NGOs sein, um diese Sache kurz vor dem nächsten Welt-

ernährungsgipfel vom 10. bis zum 13. Juni in Rom etwas weiter zu bringen. Es gibt seit Jahren einen Vorschlag von fast 1.000 NROs in der Welt, der in einem *Code of Conduct* zur weiteren Erklärung, Praktikabilisierung und Justizialisierung des Rechts auf Nahrung gefasst ist. Dies soll dort diskutiert werden und dann in den Gipfel eingebracht werden. Dies ist ein Beispiel dafür, wie ein Dialog nicht nur die Praktikabilität sieht, sondern auch konkrete Ziele des interkulturellen Dialogs im Auge behält, der ja immerhin auch durch die 2015-Ziele markiert ist, zu denen auch die Hungerreduktion, d.h. die Halbierung der Zahl der Hungernden gehört.

Dr. Ulrike von Pilar, Médecins Sans Frontières, Ärzte ohne Grenzen

Als Mitarbeiter einer humanitären Organisation habe ich verstärkt Schwierigkeiten mit der völligen Unteilbarkeit der Menschenrechte in folgendem Sinn: Wir als humanitäre Organisation haben ganz spezifisch zu tun mit dem, was man die humani-

tären Rechte nennen könnte, und das ist in gewisser Weise der harte Kern dessen, was wir sonst als die komplette Charta betrachten. Das ist in gewisser Weise sogar kodifiziert: In dem gemeinsamen Artikel 3 aller Genfer Konventionen, die so als die „Mini-Charta“ gelten, wird sinngemäß das „Recht auf Überleben“, *basic protection, basic assistance*, festgelegt. Ich will nicht unbedingt damit sagen, man sollte von der Unteilbarkeit der gesamten Menschenrechte abgehen. Ich frage mich nur umgekehrt, was es für die Menschenrechte bedeutet, wenn wir es nicht mal fertig bringen, diese Kernrechte, wie ich sie mal jetzt so etwas ungeschützt nennen möchte, wirklich zu garantieren. Es geht mir ja nicht um den Konsens bezüglich der normativen Fragen, da sind wir uns relativ einig. Aber die Frage ist doch: Wie sieht es in der Realität aus? Müsste man nicht doch vielleicht überlegen, dass man dazu kommen sollte, diese „Kernrechte“ qualitativ etwas anders zu sehen als die anderen, und zwar nicht unbedingt in jeder Situation, aber doch zumindest in den Extremsituationen,



von denen gestern nur ganz kurz die Rede war, aber in denen wir doch normalerweise arbeiten: Katastrophen, Kriege, *failed states* etc.

Und als letzten Punkt eben die umgekehrte Frage: Wenn unsere westlichen Regierungen trotz aller *good will*-Bezeugungen, trotz aller Lippenbekenntnisse nicht mal in der Lage sind, dieses Recht wirksam zu schützen, müsste man dann nicht gerade da ansetzen und auch wirklich diese hypocrisy, diese Scheinheiligkeit stärker angreifen? Ich erinnere an den Völkermord in Ruanda, den unsere Regierungen wissenlich und sehentlich haben passieren lassen. Was nützt es mir denn, dass die Bundesregierung sich dann sehr massiv für die Einrichtung des International Criminal Court einsetzt, wenn wir doch alle wissen, dass ein Völkermord dieser Art in einem strategisch unwichtigen Land jederzeit wieder passieren könnte?

Georg Elwert, Freie Universität Berlin

Die Reaktion der europäischen und, schlimmer noch, der amerikanischen Regierungen auf Menschenrechtsverletzungen haben etwas Zufälliges. Wir sind in hohem Maße abhängig von einem einzigen amerikanischen Fernsehsender – was der berichtet, kommt auf die politische Agenda. Da haben wir aber nicht nur ein Problem mit der Presse, sondern wir haben auch ein Problem mit der Beobachtung der Wirklichkeit. Unser Monitoring ist in hohem Maße abhängig davon, dass es überhaupt zugelassen wird und dass es auch genügend Freiwillige gibt in einem Land, die das beobachten. Bevor ein Oppositionsführer eingekerkert ist, sind schon Hunderte von Leuten in Polizeistationen totgeschlagen worden, haben schon Tausende von Kleinbäuerinnen ihre Parzelle verloren. Die Rechtswirklichkeit auf der untersten Ebene ist die gravierendste Form der Menschenrechtsverletzung, und es ist die, die uns vorwarnen könnte bezüglich der großen Ereignisse. Die europäische Politik versagt, das wird öfters beklagt, auch jetzt eben zu Recht, schon darin, dass sie sich nicht koordiniert und konzertiert, um Druck

auszuüben gegen die Regierungen, die schon den Monitoring-Prozess nicht zulassen, gegen die Regierungen, die nicht einmal Amnesty oder Transparency – auch eine nicht unwichtige Organisation, da sie den Diebstahl durch Mächtige kritisiert – Raum geben. Wir sehen aber andererseits, dass die Politik der großen europäischen Staaten in ihrer kleinen Entwicklungshilfe nicht das tut, was sie tun könnte. Es gibt kleine europäische Länder, die unabhängige Journalisten und den Aufbau eines unabhängigen Journalismus in Ländern unterstützen, in denen die Menschenrechte massiv verletzt werden. Die unterstützen systematische sozialwissenschaftliche Forschung und helfen, allein durch die Anwesenheit ihrer Diplomaten, dass diese systematisch arbeitenden Menschen, die die unterste Ebene beobachten, nicht eingekerkert werden. Die Bundesrepublik Deutschland ist hier vollständig abwesend.

Christa Nickels, MdB

Ich möchte da noch ein Stichwort anschließen, dass ich gestern von meiner Kollegin Uta Tieze-Stecher bekommen habe, die uns immer sehr geholfen hat, im Haushaltsausschuss die Mittel für den Menschenrechtsbereich freizumachen. Sie hat vorgeschlagen zu überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, ein Völkermord-Frühwarnsystem zu institutionalisieren. Ich weiß nicht, wie das gehen könnte, aber das ist ein Gedanke, der sich mit dem verknüpfen ließe, was Sie sagen.

Christian Hoffmann, Deutsch-Islamisches Institut

Dialog ist unsere Hauptaufgabe, und vor diesem Hintergrund ganz herzlichen Dank an Frau von Schorlemer, dass Sie das Wort von den „analogen Überlappungen“ gesagt haben. Das ist für mich das zentrale Hilfsmittel im Dialog. Denn was passiert? Der Westmensch sagt dem Muslim: „Du musst.“ Der Muslim sagt: „Kommt gar nicht in Frage,“ oder er sagt: „Haben wir alles schon immer im Koran gehabt.“ Das eine macht die Tür zu, das andere ist unglauwbürlich, und man fährt gegeneinander. Wenn man aber jede

Seite sich gegenüber stehen lässt und sagt: „es gibt Analogien“, dann ist das genau die Brücke, auf der man sich verständigen kann. Das Zweite ist eine kurze Äußerung zu Herrn Mulack, der den Blick auf die islamischen Länder gewendet hat. Ich möchte den Blick kurz lenken auf die muslimischen Minderheiten im Westen, denn die sind ja gerade diejenigen, die gefordert sind und die meistens auch im Voraus denken, z. B. der Council of American Islamic Relations oder der Zentralrat der Muslime in Deutschland. Die denken ja darüber nach, wie der Koran, *Sunna*, Demokratie und Menschenrechte zusammenkommen können. Nur, was ganz, ganz wichtig ist – und das sage ich insbesondere für unsere ausländischen Freunde: Wenn eine solche Organisation sich dann auch äußert, dann braucht man etwas, was Herr Mulack auch gesagt hat, nämlich Vertrauen. Der Zentralrat der Muslime hat vor einiger Zeit die islamische Charta veröffentlicht. Darunter ist auch folgender Satz: „Zwischen dem Kernbestand der Menschenrechte und dem Islam gibt es keinen Widerspruch.“ Bravo, haben manche gesagt, pfui, haben andere gesagt, das ist schon wieder der Rückzieher, das ist letzten Endes doch alles Heuchelei. Auf Nachfragen hat dann der Vorsitzende des Zentralrates, Dr. Elias, gesagt: Was wir damit sagen wollen, ist: Die Menschenrechte im westlichen Verständnis basieren auf dem souveränen Individuum. Für uns ist Gott der Souverän und der Mensch ist auch eingebunden in Gottes Willen; wir haben da andere Prämissen, aber alles andere, und das versichern wir in dieser Charta, können wir akzeptieren. Das belegt, dass im Westen vorgedacht wird, und ich denke, dass das auch als Modell später vielleicht für eine Übernahme in islamischen Ländern taugen könnte. Aber ich bitte auch einfach darum, dass das dann auch akzeptiert wird und dass darauf vertraut wird, dass das ehrlich gemeint ist, und dass man nicht sofort wieder gesagt bekommt, es sei ja doch alles Lüge und Heuchelei, wenn man klar macht, dass man von anderen Voraussetzungen zum gleichen Ergebnis kommt.

Irene Khan, amnesty international

Let me first start with the question about female genital mutilation. Amnesty International's position is that we consider it as a violation of the women's right to physical integrity, and we are opposed to it. But the key question is, what do we do if we oppose to it? It is the implementation that is very often a problem with cultural practices. And that is a question of not only governments outlawing the practice, but also of people becoming educated so that we don't do it in the community.

Implementation is the key issue when it comes to many, many human rights. They are on the books, but people don't have them in practice. So I think that is probably an area where one needs to focus on in the context of dialogue. It's not only the different concepts, but it is the practical problems on the ground and the reality that we have to deal with every day.

I think the „core rights“ that were pointed out by *médecins sans frontières* are an important issue here, because there is fundamental agreement, there is no disagreement about those core rights. Those core rights are reflected in international humanitarian law, where even in the worst conditions you are supposed to respect them. So I think it's a good starting point, as it reminds us that within those core rights you have both economic, social and cultural rights as well as civil and political rights protected in international humanitarian law; there is no divide.

There is a final point that I would like to make before I leave. In my business we are dealing with human rights situations every day, day in and day out, and many of you here are doing the same. It's very, very important in that situation not to lose hope, but also to look at progress. The picture that we have presented here naturally is a depressing picture of a lot of awful things happening. But the reality is that there are also good things happening, and good news usually don't make news. And we have to remember that

and keep working for it. Let us remember small things such as, yes, the death penalty. That is an issue against which Amnesty has worked for decades. Now more than a hundred countries don't apply the death penalty any more even if they have it on their books. And even more, there are very few countries that apply the death penalty to juveniles. I was in Pakistan in December when I met General Musharraf; I spoke about the whole range of human rights issues, and at the end of it – it was international human rights day – I said to him whether in favour of that day he would save the lives of 50 young boys who would be hanged in Pakistan for criminal acts. He said he would consider it. The next day I got a telephone call from the Ministry of Foreign Affairs to say they had found not fifty, but one hundred juveniles who were about to be hanged and he just signed a decree not only saving their lives but in fact prohibiting the hanging of juveniles. Now that's a very small progress, but I think it's a very important progress. We see those changes happening in many countries, and we need to listen to that good news as well because it gives hope to a situation, it helps us keep our own hope, and it encourages people to move on these issues – slowly but surely.

Botschafter Dr. Mulack, AA

Zur Frage des „Praktischen“: Wenn vorhin gesagt wurde, dass unabhängige Journalisten unterstützt werden müssen, dass Forschungen unterstützt werden müssen, dann ist das völlig richtig, und wenn das bisher vielleicht noch nicht so geschehen ist, so liegt das daran, dass dies in einzelnen Ländern manchmal schwierig ist. Aber Sie können davon ausgehen, dass der Arbeitsstab Islam und ich auch diesen Punkt aufnehmen werden. In der Tat ist die Förderung von unabhängigen Medien eine ganz wichtige Sache, der wir mehr Aufmerksamkeit schenken würden.

Zu dem Dialog mit dem Zentralrat der Muslime hier in Deutschland und der Charta: Wir müssen immer sehen, wen repräsentiert

der Zentralrat genau, für wen spricht er? Er spricht nicht für die Mehrheit der Moslems die hier leben, glaube ich, weil es da auch die schweigende Mehrheit gibt, die vielleicht andere Ansichten hat. Aber er ist ein wichtiger Gesprächspartner, und die Entwicklung eines menschenrechts- und demokratiekonformen Euro-Islam ist ein Gebiet, das in Frankreich, aber auch bei uns von Bassam Tibi, Edward Said und anderen sehr diskutiert wird und einfach notwendig ist. Auf diesem Gebiet sind wir auch natürlich dialog- und gesprächsbereit, aber die Anstöße und Entwicklungen müssen natürlich auch von den Betroffenen ausgehen. Aber wir können auch in diesem Rahmen einen Dialog führen und wollen das auch. Das ist sehr, sehr wichtig.

In den anderen Bereichen ist es richtig, dass es die positiven Entwicklungen gibt, und wir müssen auch jede Öffnung nutzen, die sich uns bietet, um den Dialog auch über Menschenrechtsthemen zu verstetigen. Steier Tropfen höhlt den Stein, und gerade wenn man den Staaten, unseren Dialogpartnern, auch klar machen kann, dass es auch in ihrem langfristigen Interesse ist, hier Verbesserungen durchzuführen, findet man oft auch eine größere Bereitschaft dazu. Aber es ist oft so, dass so ein Dialog dann zunächst mal vertraulich sein muss und nicht ein Dialog für die Öffentlichkeit und für die Zeitungen, der dann sehr schnell polemisch wird oder in zwei Monologen endet, in denen jeder nur seinen Standpunkt darbringt. Insoweit werden wir uns bemühen, hier wirklich einen sachbezogenen Dialog zu führen und immer die Möglichkeiten, die man hat, im Auge zu behalten und zu sehen, was wir konkret erreichen können. Und mit kleinen Fortschritten kann man auch schon zufrieden sein.

Margaret Sekaggya

The first question raised the issue of the different biases people have. I would admit that biases exist, but they are not „cultures“. People tend to confuse these things and say that where people are biased, or where there is

criminality, it is part of their culture. Some of these attitudes are biases, but some others are mere acts of criminal activities. And we should not take this as evidence to say that our culture as such is like this or like that. Cultural values go *against* murder and *against* criminality, but when something happens people blame „our culture“. It's not culture, it's pure criminality.

Then the other issue about people believing in things they need and the right to have food. How do we put it in law? Surely, when you need food you can still put it in law because you need obligation on the part of the state to make it possible for the people to have food. Certain steps need to be taken, either by the individuals themselves or by the government. Therefore, standards as to what people need can be put in regulation. How do you regulate the state? How do you compel the state to do what you want? By having these standards put into writing. These are things which people need, and it is the

government which has to be compelled and the individuals who have to be facilitated and encouraged.

And the last question about the media. It is true, even in our countries you have the media almost directing things, taking particular political views and dominating the scene. It is important that people should be correctly informed about the reality, about what is correct. If the media is not reporting correctly it must be discredited. But do we have the means and the power to really ensure that whatever the media is broadcasting is the reality, is what is true, is what is really going on? I think we should have a mechanism of checking these things.

Prof. Dr. Dr. von Schorlemer

Der Zuspruch von Herrn Hoffmann in Bezug auf dieses Konzept der interkulturellen Philosophie freut mich, und ich würde anregen, dass wir auch mit Vertretern dieser Richtung in der Philosophie ins Gespräch



Khan, Sekaggya, Nickels, von Schorlemer

kommen. Vielleicht gibt es Panels – sie müssen ja nicht immer hier stattfinden – wo man dann auch Vertreter dieser Denkrichtung einladen könnte, um diesen Ansatz auch im stärker rechtlichen Bereich fruchtbar zu machen. Es wäre schön, wenn wir das so mitnehmen könnten von heute.

Zum Zweiten bin ich aus zwei Gründen sehr dankbar für den Beitrag von Herrn Donner von der Welthungerhilfe und auch für den Beitrag von Frau Pilar. Sie lenken beide unseren Blick in einem zweiten Schritt auf die Durchsetzungsebene. Denn wir müssen schon Klarheit schaffen, dass wir hier über zwei verschiedene Dinge reden: Wenn wir den Dialog der Kulturen ins Auge fassen, dann sind wir auf der Begründungsebene. Wir sagen, die Menschenrechte müssen interkulturell vermittelbar sein etc. Es gibt aber auch die ganz harte Durchsetzungsebene, und hier brauchen wir einen gefestigten Konsens. Da gibt es kein Vertun mehr, Menschenrechte stehen auf dem Prüfstand, und wenn sie durchgesetzt werden müssen, dann brauchen wir auch die entsprechenden Mittel dazu.

Herr Donner fragte nach der Justiziabilität eines sehr wichtigen, die Menschen fundamental berührenden Rechtes, des Rechts auf Nahrung. Diese Justiziabilität ist in Ansätzen gegeben. Das Recht auf Nahrung – formuliert als Recht auf Ernährung – ist in Artikel 11 Absatz 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale, kulturelle Rechte erwähnt. Dieser Pakt existiert nicht nur, er hat auch ein Berichtprüfungsorgan, das regelmäßig in Genf zusammentritt und dessen Aufgabe es ist, Staatenberichte entgegenzunehmen und zu prüfen. Es hat dann auch in Bezug auf Artikel 11 das Recht, die Gewährung des Rechts auf Nahrung abzufragen, Rückfragen zu stellen; es kann auch kritisieren, und das tut es auch regelmäßig. Das machen diese Vertreter recht engagiert. Warum sind wir dann nicht weiter? Wir haben ja immerhin ein Recht in einem Vertrag, und wir haben ein gewisses Durchsetzungsinstrumentarium. Ich denke, das liegt

auch daran, dass mehrere Probleme mit diesem Vertragsausschuss bestehen. Zum einen geben die Regierungen Berichte nicht immer pünktlich ab, zum Teil antworten sie nur auf Nachfragen auf die konkreten Aspekte. Man muss aber auch sehen, dass diese Vertragsprüfungsausschüsse – es gibt ja noch andere – eigentlich unterausgestattet sind, sowohl finanziell wie von den Ressourcen her. Sie geben kluge Empfehlungen ab, weil die Experten natürlich sehr engagiert sind, aber es gibt kein Sanktionssystem für ihre Empfehlungen. Müsste man sich nicht überlegen, an dieser Stelle hinter den Kulissen – diese Tagungen finden öffentlich statt, sind aber immer schlecht besucht – bessere Ressourcen zur Verfügung zu stellen und auch dieses Empfehlungssystem sanktionsbewehrt zu machen? Was diese Experten nämlich feststellen, ist ja relevant, und es wurde auch in Zusammenarbeit mit NGOs erarbeitet. Die Kritik des Ausschusses ist fundiert. Wenn ein Staat auf der Grundlage des Vertragsprüfungsverfahrens kritisiert wurde, dann hat das Hand und Fuß. Eine Empfehlung bleibt auf dem Papier. Wie wird sie umgesetzt? Wir sind also auch schon gehalten, hier über einen Sanktionsmechanismus auf dieser vertraglichen, unspektakulären Ebene – es ist ja nicht die Menschenrechtskommission, wo alle Anteil nehmen – zu reflektieren. Das ist der erste Ansatz.

Zur Frage der Justiziabilität: Wir könnten ja auch einen allgemeinen Menschenrechtsgeschichtshof einrichten. Den haben wir aber nicht, das ist ferne Zukunftsmusik, und vielleicht werden wir ihn auch nie haben. Dann aber würden diese Rechte auch justiziabel gemacht – theoretisch immerhin eine Option.

Frau von Pilar sprach von etwas, was mich auch bewegt, nämlich Artikel 3 der vier Genfer Abkommen, das ist der so genannte Mindeststandard, der immer gilt, egal ob bewaffnete Konflikte nationaler oder internationaler Art stattfinden. Sie fragt, ob man diese zentralen Rechte – Recht auf Leben,

Folterverbot etc. – auf der Durchsetzungsebene nicht stärker sichern kann? Gibt es also jetzt eine Art Mindeststandard, der dann auch stärker gesichert wird? Ich kann mir vorstellen, dass Ihr Anliegen gerade in der Praxis berechtigt ist. Wenn man den Konsens beibehält, dass dieser Artikel 3, der inzwischen auch zu Völkergewohnheitsrecht erwachsen ist, Teil des gesamten Menschenrechtskanons ist, dann ist es den Regierungen unbenommen, auch stärkere Maßnahmen speziell zur Durchsetzung des Artikels 3 zu ergreifen. Denn es ist ja schon so, dass bei Menschenrechtsverletzungen massiver Art Regierungen handeln können. Es ist ihnen unbenommen, Sanktionen zu verhängen und politischen Druck auszuüben. Das heißt, gerade hier zeigt sich der politische Wille auch der Regierungen; hier kommt der Ball nämlich zurück von der Gesellschaft auf die Staatenebene. Es ist den Regierungen unbenommen, auf der Durchsetzungsebene zugunsten etwa von Artikel 3, der tatsächlich einen zentralen Mindestkanon formuliert, tätig zu werden. Es ist es dann wiederum an verschiedenen Organisationen, hier auch entsprechend politischen Druck auszuüben. Ich sehe da überhaupt kein Problem, auf eine stärkere Durchsetzung speziell auch dieses Artikels zu drängen, im Gegenteil, ich würde das auch sehr begrüßen.

Die Durchsetzungsebene ist parallel im Auge zu behalten. Das ist für mich ein wichtiger Aspekt, und ich denke, da haben wir durchaus noch Handlungsoptionen. Die können wir hier nicht diskutieren. Die bessere Auswertung der Vertragsorgane, vielleicht auch die Einsetzung neuer Vertragsorgane für bestimmte Menschenrechtsabkommen, die wir haben, wäre ein wichtiger Aspekt. Wir haben immer noch keine international einsetzbare Eingreiftruppe und werden diese vielleicht auch nie bekommen, aber es wäre im Hinblick darauf, wie man massive Menschenrechtsverletzungen schon im Vorfeld abwenden kann, vielleicht auch ein Aspekt.

Panel 4: „Deutsch-türkisches Miteinander“

Moderation: Hans-Heinrich Wrede, Leiter des Arbeitsstabs Globale Fragen im AA

Ich begrüße ganz herzlich Herrn Botschafter a. D. Privatdozent Dr. Eckhardt Eickhoff: Gestern war ich schon sehr befangen, als ich mit Herrn Fischer hier oben sitzen durfte – übrigens der Höhepunkt meiner Karriere, jetzt geht es wieder abwärts –, aber die Befangenheit wird nun noch stärker, weil nämlich Herr Eickhoff lange Jahre mein Chef war im KSZE-Prozess. Aber es ging gut mit ihm, und wir vertragen uns immer noch. Und deswegen war er so großzügig, heute bei uns zu sein. Über Herrn Eickhoff brauche ich in der Einführung nichts weiter zu sagen, möchte aber doch aus einem Standardwerk zur KSZE, in dem er genannt wird „ein im guten Sinne denkbar untypischer Diplomat. Eickhoff, von Natur aus auf Verständigung angelegt, vermochte mit seinem glücklichen, offenen Temperament die deutschen

Interessen wirkungsvoll zu artikulieren. Später ging er als Botschafter u. a. nach Ankara und war dort vielleicht einer der ersten hochrangigen Repräsentanten, der seine Rede bei der Überreichung des Beglaubigungsschreibens frei und in fließendem Türkisch hielt.“

Einführung: Botschafter a.D. Dr. Ekkehard Eickhoff

Das deutsch-türkische Verhältnis ist angesichts der räumlichen Entfernung und angesichts der kulturellen Unterschiede zwischen den beiden Partnern von einer einmaligen Intensität. Der historische Grund und Hintergrund dieses Verhältnisses ist die Wanderung des türkischen Volkes nach Westen. Sie ist seit mehr als einem Jahrtausend im Gange. Nach der Anverwandlung der arabischen Schriftkultur und der persischen und byzantinischen Formen städtischer



Botschafter Dr. Ekkehard Eickhoff

Kultur hat diese Bewegung Südosteuropa im 14. Jh. erreicht. Und seit dem 18. Jh. ist ihm eine deutsche Öffnung zum Nahen Orient entgegengekommen. Seit 1922 verfolgte der türkische Weg nach Westen eine bewusste gesellschaftlich-politische Zielsetzung. In den nur 16 Regierungsjahren Mustafa Kemal Atatürks gelang dem nach 11 Jahren Krieg verarmten und erschöpften türkischen Volk ein gigantischer Sprung. Die akademische Emigration aus Deutschland nach 1933 hatte daran einen Anteil. Heute ist Zentraleuropa der Schauplatz einer neuen Migration aus Zentral- und Ostanatolien, die den Großraum Istanbul, Izmir und Thrakien auffüllt und seit den 60er Jahren Südosteuropa übersprungen hat und uns erreicht hat. Seitdem neuerdings springen die Eliten über den Kontinent hinweg in die Vereinigten Staaten, wie das unsere jungen Eliten aus den so genannten neuen Ländern auch tun.

Diese Bewegung in die Moderne ist von rasanter Dynamik, auch demographisch (bei der ersten Volkszählung in der Türkei 1927 wurden 13 Millionen Einwohner gezählt, heute sind es 68) und wirtschaftlich: Aus einem Agrarland ist seit den 70er Jahren ein hocheffizienter, differenzierter, exportintensiver Industriestaat geworden. Gleichzeitig expandierte und expandiert das Bildungswesen. Anspruchsvolle Bildungsstätten zum Teil westlicher Orientierung sind geschaffen worden, darunter Dutzende von Hochschulen, darunter 15 Universitäten, die in englischer Sprache unterrichten. Auch die muslimische Tradition hat Anteil an dieser Entfaltung: Das Bildungswerk religiöser „Orden“ (die Nurcus, die Sulaimancis, die Nakschibendis) erschloss das Begabungsreservoir der Provinz. Und ein anderes Beispiel: In den Großstädten dieses dramatisch hochbegabten Volkes funkeln ganze Plejaden von Theater und Opern. Hier wird klassisches, vorklassisches, traditionelles, modernes, postmodernes Theater gespielt, immer originell und oft auf sehr hohem Niveau. Zugleich glänzt die türkische moderne Literatur bei uns mit Yasar

Kemal und Orhan Pamuk, und zwar im ganzen Westen, und arabische Kalligraphie und türkische Musik bereichern unsere Kulturszene. In den wissenschaftlichen und musischen Spitzenbereichen finden Sie überall in Deutschland prominente türkische Namen, und eine florierende türkische Mittelschicht teilt den für uns Deutsche so typischen kulturellen Lokal- und Regionalpatriotismus.

Seit 1950 übt das Land sich in die moderne Demokratie ein, und beschleunigt, seit es die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union anstrebt. Energische Ausgleichsschritte und Angleichungsschritte in Recht und Verfassung bringen die Beitrittspartnerschaft EU/Türkei in Schwung. Aber gerade in diesem Zusammenhang haben wir immer noch miteinander Probleme, obwohl die Mehrheit des türkischen Volkes diese Bewegung unterstützt. Eine Ursache für unsere Schwierigkeiten liegt in einer anderen Grundvorstellung über das Verhältnis zwischen Bürger und Staat: Aus der Frühzeit der Republik, dem Befreiungskampf nach dem Ersten Weltkrieg und nach dem Kalten Krieg, als die Türkei in Ost und Nord vom Warschauer Pakt umfasst war, ist dem Bürger die Vorstellung einer existentiellen Bedrohung seines Staates, seiner Gesellschaft bewusst geblieben, und eine starke Identifizierung mit dem republikanischen Staat wurde zur patriotischen Pflicht und ist trotz des gesunkenen Prestiges der politischen Klasse ungebrochen. Im Konflikt zwischen Staatsinteresse und *habeas corpus* tendiert der türkische Bürger instinktiv zum Interesse des Staates, und es gibt eine ähnliche Tendenz in der Rechtsprechung.

Nun war Atatürk ein charismatischer Staatsmann. Er hat seinem Lande Einheit, Frieden und die Grundlage künftigen Wohlstandes gebracht. Und dies wiederum hat die zwei von ihm geprägten Generationen oft dazu verleitet, seine Konzepte, die Konzepte seiner Zeit, zu dogmatisieren. Da die Einheit des Staates zu Atatürks Zeit existenziell bedroht war, verteidigte er sie durch eine konform-

stische Ausrichtung der Gesellschaft. Das führte zu einer Verdrängung der reaktionären geistlichen Kräfte, von Kurden und kleineren Minderheiten aus dem öffentlichen Leben. Und als 1950 der Religionsunterricht wieder auflebte, wurde er einheitlich sunnitisch gestaltet. Das heißt, die Existenz von Millionen von Alewis wurde ausgeblendet. Umso nachdrücklicher traten diese Gruppen dann bei uns als Migranten hervor. Und in ganz deutlicher Wechselwirkung mit den Entwicklungen hier zeigen heute Vereinigungen der Alewis in der Türkei ein höheres Profil.

Während wir Deutsche kaum noch stolz sind auf unseren Staat, im besten Fall das Grundgesetz und die erreichte innere Stabilität für lobenswert halten, ist der Türke stolz auf seinen Staat, seine Nation, seine Kultur und seine Geschichte. Seit den siebziger Jahren ist auch das Osmanische Reich im öffentlichen Leben, in der Presse wieder positiv besetzt und wird breit behandelt: Pracht und Vielfalt osmanischer Kultur und ihre Zeugnisse von Ungarn bis Algerien, von der glanzvollen Frühzeit in Bursa bis zur Blütezeit in Istanbul sind im öffentlichen Bewusstsein der Nation präsent. Und die Türken sind stolz auf ihre Armee. Atatürks militärischer Sieg im Befreiungskrieg vor Anfang und Grundlage seines Erneuerungswerks. Das Ansehen der Armee ist historisch tief verwurzelt und, wie ich meine, ungebrochen. So ist die Einberufung zum türkischen Wehrdienst für den jungen Bürger dort ein Fest- und Ehrentag. Das alles heißt für uns: Nur mit Respekt und mit wenigstens einer rudimentären Vorstellung von der türkischen und muslimischen Nachbarkultur – einschließlich ihres Nationalgefühls – können wir ein offenes, bereicherndes, harmonisches Zusammenleben erreichen.

Und nun zu Problemen vor unserer Haustür. Angehörige der dritten Generation in Deutschland betonen nachdrücklicher als früher ihre kulturelle Identität. Vielfach geht es mit der Integration zurück. In deutschen Großstädten wachsen die Gettos.

Die Gründe dafür sind die folgenden. Die Migranteneltern der zweiten Generation haben die Erwartung aufgegeben, mit ihrer Familie zu ihrer Lebenszeit zurückzukehren in die Türkei. Umso mehr dringen sie bei ihren Kindern auf die Bewahrung der eigenen Traditionen. Koran- und islamkundlicher Unterricht gewinnen Zuspruch. Die Moschee ist aus dem Hinterhofsdasein herausgetreten. Muslimische Ordensgemeinschaften mit reichem geistlichen Inhalt, hohem geistigen Niveau entfalten eine starke werbende Wirkung und verfügen dabei auch über ganz beträchtliche Mittel. Hier heißt die Parole zuweilen: Nebeneinander, nicht miteinander. Nun, wenn Ableger einer anderen Hochkultur auf Neonazismus, offenen oder unterschwelligem Rassismus in unsere Mitte stoßen, igeln sie sich zwangsläufig ein und setzen sich vor allem zur Wehr. Die Texte junger türkischer Rap-Musikgruppen in Deutschland bringen das sehr scharf und emotional zum Ausdruck. Schließlich ist die Betonung der eigenen kultureller Identität auch eine Form des Widerstandes gegen die Wucht der Globalisierung, die wir ja alle irgendwie empfinden. Und in diesen Zusammenhang gehört auch, dass das deutsche Bildungswesen an Prestige verloren hat. Das gilt für die sekundären wie für die Hochschulstufen, die bis in die frühen 70er Jahre von starker Anziehungskraft auf die türkische Jugend, den türkischen Nachwuchs waren. Und der Vormarsch des Englischen ist sicher nicht die einzige Erklärung dafür. Wenn heute 33 % unserer 25-jährigen türkischstämmigen Einwohner ohne Schulabschluss und ohne Ausbildung sind, ist das auch ein Zeichen der gesunkenen Anziehungs- und Integrationskraft unserer Kultur und unserer Schulen.

Können wir nun von der türkischstämmigen Jugend in Deutschland erwarten, diesen Stolz auf ihre Kultur, auf Atatürks Staat und sogar die osmanische Reichsvergangenheit hintanzustellen und dafür unsere Art von gesellschaftlichem Selbstbewusstsein, die bei uns vorherrschende Distanz zur eigenen Geschichte und zur eigenen klassischen

Überlieferung zu übernehmen? Der deutsche Normalbürger hält jede Art Nationalstolz für überholt. Aber das gilt nur bei uns. Auch bei unseren europäischen Nachbarn mag man die eigene Regierung und sogar Regierungsform zuweilen missbilligen – aber auf die eigene Kultur sind alle stolz, auf die eigene Geschichte genauso.

Für eine harmonische Integration reicht es nicht aus, jederlei rassistische Äußerungen hartnäckig zu bekämpfen und auf den türkischen Nachbarn zuzugehen. Das reicht nicht aus, wir müssen ihm vorleben, dass es lohnt, sich auch unsere Kultur anzueignen. Und davon müssten unsere jungen Menschen natürlich auch überzeugt sein. Dazu müsste sich vieles ändern. Viele Deutsche haben als Kinder von Goethe und Kleist nur durch französische Austauschschüler erfahren. Das gibt es auch heute noch. Die großen Werke der eigenen Sprache müssen wieder, wie in anderen Kulturnationen, Maßstäbe setzen und Gemeinsamkeit stiften. Man denke an die Diskussion um den Literaturkanon in deutschen Oberschulen. Aber auch das kann natürlich die Schule oder Marcel Reich-Ranicki allein nicht leisten. Das Thema: Das Scheitern der Weimarer Republik und die zwölf Jahre nazistischer Barbarei dürfen den Weg zu den Reichtümern unserer Geschichte davor nicht verrammeln. Nun sind aus gutem Grund gerade diese beiden Themen in den letzten Jahrzehnten zu einem gemeinschaftsstiftenden Element für den Staatsbürger der Bundesrepublik geworden, aber einschließlich der Bereitschaft, die Chronik des Holocaust so wie er war zu akzeptieren. Aber das können wir von unseren türkischen Mitbürgern natürlich nicht erwarten. Sie haben damit nichts zu tun. Wohl aber haben sie ein Anrecht darauf, aus den großen Leistungen in der deutschen Vergangenheit, von Zweifeln und Selbstprüfung unbelastet, Gewinn zu ziehen und in beiden Kulturen mit gegenseitiger Achtung zu leben.

All das aber läuft ins Leere, wenn der türkische Migrant selbst die Integration nicht anstrebt. In zu vielen Fällen wollen noch immer Männer die patriarchalische Rolle der heimischen Tradition in Deutschland nicht aufgeben. Das ist natürlich nicht nur der Gegensatz Deutschland–Türkei, sondern der Gegensatz Stadt–Land auch. Viele hier aufgewachsene Migranten holen sich deshalb ihre Ehefrauen wieder aus der Türkei und versuchen, sie gegen den Einfluss der neuen Umwelt abzuschirmen. Dazu gehört das Wohnen in einem ethnisch kongenialen Umfeld, in einer türkisch oder kurdisch bewohnten Straße. Und das Ergebnis ist: Die Mütter lernen wenig Deutsch, die Kinder werden fast ohne Deutschkenntnis eingeschult und die Familien geraten durch ihre traditionellen Sozialvorstellungen, ihrem für unser Empfinden brisanten Begriff von Familienehre und von der gesellschaftlichen Rolle der Frau in Konfrontation mit dem deutschen Umfeld. Wenn Schulen in Berlin-Wedding, in Tiergarten, Kreuzberg, Neukölln – um ein nahe liegendes großstädtisches Beispiel einmal zu nennen – 80 % der Grundschüler von Migrantenkinder bestritten sehen und dazu viele Schulanfänger auch deutsche Sprachanfänger sind, wenn der türkische Kindergarten und der Fußballverein – das ist natürlich kein Berliner, sondern ein gesamtdeutsches Phänomen – den gemischten ersetzt, dann kann die Schule Integration allein nicht leisten.

Wir stehen offensichtlich hier vor großen Aufgaben. Dafür reicht Toleranz für Kultur und Glauben des türkischen Nachbarn nicht aus. Gefordert sind Interesse, Sachkunde, Respekt und die Bereitschaft, die Mittel und die Geduld, praktische Lösungen anzugehen. Vor allem müssen wir dazu das große Potenzial von Menschen aus der Türkei, die wirtschaftlich erfolgreich, harmonisch und mit kultureller Offenheit in unserer Mitte wirken, zu Hilfe rufen. An Erfahrungen und Ideen dafür fehlt es nicht. Ich nenne als Beispiel die Handreichung für interkulturelle Erziehung des Berliner Senators für Schule,

Jugend und Sport, die ich gestern Abend mit Gewinn studiert habe. Und ich möchte sagen, wenn ich auf unsere deutschen Fehler und Unterlassungen in diesem Zusammenhang eingegangen wäre, dann hätten 15 Minuten ganz sicher nicht gereicht.

Reaktionen der Panelisten

Hans-Heinrich Wrede

Ganz herzlichen Dank. Das war eine sehr inhaltsreiche, vielseitige Einführung, und ich will das inhaltlich nicht weiter kommentieren und gleich das Wort geben an Herrn Okay. Er ist der stellvertretende Generalkonsul der Türkei und auch hauptsächlich zuständig für Kreuzberg. Dank Frau John, die eine wunderschöne Broschüre gefertigt hat über das türkische Berlin, weiß ich, dass schon 1763 erstmals ein osmanischer Gesandter, nämlich Achmed Rezni Effendi, nach Berlin kam. Herr Okay, Sie haben das Wort.

Iskender Okay, Stellv. Generalkonsul der Türkei in Berlin

Herrn Botschafter Eickhoff, der nicht nur als Diplomat, auch als Akademiker lange Jahre in Ankara gewirkt hat und sich in der Kultur und Geschichte der Türkei bestens auskennt, möchte ich aufrichtig danken für seine treffenden Worte und seine Sichtweise über die Problematik, die hier heute zur Debatte steht. Seine Feststellungen zeugen von reichen Erfahrungen und von einer fundierten Sachkenntnis über die Türkei, ja sogar von einer Liebe zu meinem Land. Seine These, dass es für eine harmonische Integration nicht ausreicht, jederlei rassistische Äußerungen hartnäckig zu bekämpfen und auf den türkischen Nachbarn zuzugehen, teile ich ganz und gar.

Zu zwei Punkten in seiner Einführung darf ich vielleicht ergänzend Folgendes hinzufügen: Die Wurzeln der so genannten Kurdenfrage, die in den letzten 20 Jahren durch den PKK-Terror in Südostanatolien 30.000 Menschenleben kostete, liegen tatsächlich



Iskender Okay, Hans-Heinrich Wrede

schon in der vorrepublikanischen Zeit. Es gab auch damals meistens religiös motivierte Aufstände in Südostanatolien. Die tatsächlichen Beweggründe waren ganz andere als die Ablehnung des neuen Staates oder ein ethnischer Separatismus. Denn die große Mehrheit der in dieser Region lebenden Menschen, ohne Unterschied einer türkischen oder kurdischen Abstammung, hatten gemeinsam den Befreiungskrieg geführt und den neuen Staat, die Republik Türkei gegründet, wie andere Volksgruppen in Anatolien, Tscherkessen, Lasen oder Alewiten, Sunniten, diese mosaikhafte Zusammensetzung ist charakteristisch für die Türkei und die türkische Nation.

Meine zweite Bemerkung betrifft den Vergleich zwischen Deutschen und Türken, ihr unterschiedliches Verhalten zum eigenen Staat. Ich erinnere mich sehr gut an eine „Spiegel“-Umfrage vom 26. März 2001, wonach genau 30 % der Deutschen stolz seien, Deutsche zu sein. Die Deutschen und Türken stehen sich einander im Verhalten zu ihrem eigenen Staat und eigener Nationalität erstaunlich nahe. Auch wenn sie ihre nähere Geschichte unterschiedlich aufarbeiten, würde ich die Meinung vertreten, dass bei beiden Völkern im Bereich des nationalen Bewusstseins und der Nationalgefühle eher Gemeinsamkeiten und Parallelitäten festzustellen sind. Ob die preußische Armeetradition oder die verspätete deutsche Einheit dabei eine Rolle gespielt haben, kann ich nicht beurteilen. Es ist überlegenswert, ob gerade diese Gemeinsamkeit der beiden Völker ein Hindernis für Integrationsbereitschaft auf beiden Seiten sein könnte. Die annähernd 2,5 Mio. Türken in Deutschland sehen sich heute einer Reihe von Problemen gegenüber: Arbeitslosigkeit, Bildungs- und Ausbildungsprobleme, Ausländergesetzgebung, soziale Integration und andere. Die Hauptursache sehe ich in der Haltung der beiden Staaten, Türkei und Deutschland, die die Problematik in ihrer Komplexität nicht früh genug erkannt und nicht richtig integriert interpretiert haben, und die nicht die notwendigen Maßnahmen

ergriffen und notwendige Investitionen getätigt haben. Seit den 70er Jahren wusste man schon, dass die große Mehrheit der türkischen Arbeitnehmer in Deutschland bleiben würde. Aber weder türkische noch deutsche Regierungen wollten dies wahrhaben, und man hat sogar durch entgegengesetzte Maßnahmen wie z. B. Rückkehrprämien wertvolle Jahre verloren. Heute versucht man, durch radikale Beschlüsse positive Ergebnisse zu ermöglichen. Dies führt jedoch häufig zu neuer Komplikation, so zum Beispiel die Ablehnung der Doppelstaatsangehörigkeit. Als Grund dafür wird angeführt, dass dies die Integration erschweren würde. Auch die türkische Seite strebt ständig nur vorübergehende und nicht grundsätzliche Lösungen an, die dann meistens mehr Schaden anrichten als nutzen.

Heute wird zwar nun öffentlich – zumindest verbal – von der Dauerhaftigkeit der türkischen Migration gesprochen: In der Praxis jedoch wird dies meistens nicht glaubhaft umgesetzt. Meiner Ansicht nach ist es hier wichtig, genau zu beschreiben, was man mit dem Begriff Integration meint. Denn die rasante Entwicklung der Kommunikationstechnologien und der Transportmöglichkeiten beeinflussen auch das soziale Leben. Für einen hier lebenden Türken bedeutet dies, dass er heute leicht – im Vergleich zu 15, 20 Jahren zuvor – mit der Türkei in Verbindung treten kann. Die Zahl der auch hier empfangenen Fernsehkanäle ist fast so hoch wie die der deutschen Kanäle. Sämtliche türkische Zeitungen und Zeitschriften kann man heute gedruckt und über Internet zeitgleich mit der Türkei beziehen. Mehrfache Flüge verbinden täglich z. B. Berlin mit Istanbul, Izmir oder Antalya zu billigeren Preisen als eine Zugfahrkarte von hier nach Frankfurt. Wenn in der 15. Minute eines Fußballspiels in der türkischen Liga ein Tor geschossen wird, dann wird es hier auf dem U-Bahnhof Kottbusser Tor per Handy erfahren und bejubelt. Diese und ähnliche Beispiele können wir aus allen Bereichen des täglichen Lebens anführen. Wenn in einer solchen Kommunikationsdichte eine Integra-

tion gemeint ist, wie sie für Hugenotten aus Frankreich hier in Berlin oder für Polen im Ruhrgebiet oder für Emigranten aus Irland in den USA im vorigen Jahrhundert verstanden wurde, habe ich starke Bedenken, dass eine solche Integration auch bei den türkischen Migranten je verwirklicht werden könnte.

Wie Herr Botschafter Eickhoff das deutsch-türkische Verhältnis zu Recht als eine Beziehung von singulärer Intensität beschreibt, plädiere ich dafür, dass auch die Integration der Türken in Deutschland auf singulärer Basis vorangetrieben werden sollte. Die in Deutschland lebenden Türken oder vielleicht die zukünftigen Deutschen türkischer Abstammung werden in absehbarer Zukunft die Verbindung zur Türkei nicht abbrechen, sondern eher intensivieren. Dies sollte man in keinem Fall als Widerstand gegen Integration, als Integrationsunfähigkeit oder gar als Abkapselung gegen Deutsche, deutsche Kultur und deutsche Lebensweise auffassen. Ganz im Gegenteil sollte es als eine auf Deutschland reflektierte Bereicherung verstanden werden. Deshalb sollte man sich vor klischeehaften Beschuldigungen und Verallgemeinerungen, aber auch vor allzu großen Erwartungen hüten. Auch wenn die hier lebenden Türken sich bewusst oder als Reaktion zu ihren Kernwerten, seien sie kultureller, religiöser oder politischer Natur, hinwenden, so heißt das lange nicht, dass sie nicht auch unter dem Einfluss der deutschen Gesellschaft, der deutschen Kultur und der deutschen Lebensweise, das heißt der deutschen Umwelt stehen. Deshalb wäre es falsch, wegen einer vermeintlichen Integration zu versuchen, sie von ihren Traditionen, ihrem Glauben, ihrer Kultur und ihrer Sprache zu entfernen. Eine erfolgreiche Integration hieße, all diese eigenen Werte zusammengefasst in die Erziehungsprogramme aufzunehmen und sie mit den in der deutschen Umwelt erlebten Kernwerten in Einklang zu bringen.

Ich bin der Ansicht, dass eine erfolgreiche Integration – zuerst vielleicht bis zur vier-

ten, fünften Generation –, eine bikulturelle Migrantengesellschaft mit zwei Orientierungsrichtungen zum Ziel haben sollte. Dieser Prozess würde schließlich eine neue eigenständige Persönlichkeit hervorbringen. Heute schon kann man zahlreiche Migrantenkinder und Kindeskiner treffen, die aufgrund einer soliden Kinderstube in der Familie und einer gelungenen schulischen Bildung und Ausbildung sich in zwei Kulturen ganz zu Hause fühlen und ihre individuelle Wahl bereits getroffen haben. Für die Heranbildung einer kulturell offenen und harmonischen Gesellschaft sollte auf dieses wertvolle Potenzial zurückgegriffen werden.

Hans-Heinrich Wrede

Ganz herzlichen Dank. Ich glaube, das war eine reiche Ergänzung, wobei aber auch leise Unterschiede in den Wertungen zu spüren waren. Ich habe gestern festgestellt, dass es in dem Zitatwettbewerb 4 : 2 für Habermas gegen Gadamer steht, und ich finde, Gadamer sollte aufschließen. Bundespräsident Rau hat ja vor ein paar Tagen gesagt, mit den Worten von Gadamer: „Wer in einen Dialog eintritt, der lässt sich darauf ein, dass der andere vielleicht Recht haben könnte.“ Und dieser Geist hat sich hier schon zwischen den beiden ersten Rednern entwickelt. Es steht jetzt also nur noch 4 : 3 für Habermas.

Ich freue mich sehr, dass jetzt Frau Barbara John zu uns spricht. Ihr habe ich viel zu verdanken, denn wir haben im Dezember 2000 ein erstes kleines Expertentreffen zum Thema „Dialog der Kulturen“ hier im Auswärtigen Amt veranstaltet. Es war eine Art *brain-storming*, um zu prüfen, ob wir nicht auch ein großes Forum dazu veranstalten sollten. Eigentlich sollte dies Forum mit fast derselben Besetzung, u. a. auch mit Herrn Vizeminister, bereits letztes Frühjahr stattfinden, konnte aber aus Termingründen nicht realisiert werden. Wir sind froh, dass es heute möglich ist. Frau John hat damals für mich den entscheidenden Punkt gemacht: Der Dialog der Kulturen ist – sinngemäß darf ich das wiederholen – nur Erfolg

versprechend, wenn er sich um die Lösung von konkreten Problemen kümmert. Frau John, wir freuen uns sehr auf Ihre Ausführungen.

Dr. Barbara John, Ausländerbeauftragte des Senats von Berlin

Ein türkisches Sprichwort lautet: Ein wahrer Freund wird in vierzig Jahren gewonnen. Und vierzig Jahre sind genau der Zeitraum, mit dem wir hier in Berlin mit den türkischen Zuwanderern, die wir längst Berliner türkischer Herkunft nennen, zusammenwohnen. Berlin ist nicht nur die deutsche Hauptstadt, sondern es ist gleichzeitig die größte türkische Stadt außerhalb der Türkei, und zwar weltweit. Deshalb darf man mit Fug und Recht fragen, wie das Zusammenleben in Berlin ist. Das ist ein Modell für deutsch-türkisches Zusammenleben, und in Berlin entscheidet sich eigentlich, ob es gelingt und wie es gelingt. Und dazu möchte ich drei Anmerkungen machen.

Aus meiner Sicht ist die Fremdheit und die Sprachlosigkeit, mit der dieses Verhältnis - oder Nicht-Verhältnis - vor 40 Jahren begon-

nen wurde, längst einer Normalität gewichen, die wir überall in der Stadt beobachten, nicht nur dort, wo die Deutschen gern bei „ihrem Türken“ Obst und Gemüse einkaufen, sondern einer Normalität, in der türkische Unternehmer Deutsche beschäftigen, und Deutsche selbstverständlich in größerer Zahl auch türkische Zuwanderer. Wir haben diese Normalität auch in den Nachbarschaften, wo es viele Fälle gibt von praktischer Bewährung. Man macht die Kinderbetreuung gemeinsam oder überantwortet sie der einen oder der anderen Familie. Es gibt viele Fälle von Hilfen für Alte, wo gerade die jüngere türkische Bevölkerung auch aufgrund ihrer anderen Einstellung zum Alter sich um ältere Deutsche kümmert. Das alles findet unspektakulär jeden Tag in dieser Stadt statt, und wird, weil es normal ist, nicht beachtet. Es ist aber ein Teil einer gewachsenen Beziehung, und es ist vor allem eine unumkehrbare Entwicklung, die wir in dieser Stadt genommen haben.

Bei Befragungen sagt die türkische Bevölkerung immer wieder, sie habe auch deutsche Freunde. Deutsche gehören zu ihrem Freun-



Barbara Jones

deskreis. Die Zahl dieser Antworten wächst. Dennoch beobachte ich in Schulen, in Jugend-Freizeitheimen und woanders, dass Jugendliche deutscher und türkischer Herkunft nicht so viel zusammen sind und sich in Gruppen zusammentun am Nachmittag oder am Abend, wie das vielleicht erwartet werden könnte. Das hängt mit vielen Dingen zusammen. Ich will ein paar, für mich ausschlaggebende Punkte nennen. Der Alltag und das Lebensgefühl dieser Jugendlichen deutscher und türkischer Herkunft unterscheidet sich doch sehr stark voneinander. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Es gibt für viele Jugendliche türkischer Herkunft täglich eine Wanderung zu leisten aus einem anatolischen Milieu in eine moderne Großstadt. Das betrifft nicht alle, aber doch einige. Und eine Wanderung auch aus einer muslimischen Welt in eine nichtmuslimische Gesellschaft. Sie erleben diese Gesellschaften als sehr unterschiedlich. Die eine sehr hedonistisch, das ist unsere, also doch eher spaß- und lustbetont; die andere ist eine Gesellschaft, in der auch die Geschlechter oft in zwei Welten zu leben scheinen, der Männerwelt und der Frauenwelt. Frauen haben es außerordentlich schwer, auch ihre Karrieren nach der Schule, in der sie sehr viel bessere Ergebnisse erzielen als die jungen Männer, fortzusetzen, auch aufgrund traditioneller Verhaltensweisen. Das betrifft nicht alle, aber vielleicht 30 bis 40 % der Türken. Die verschiedenen Welten prägen sie natürlich und bestimmen ihr Verhalten. Ich habe in meinen ganzen 20 Jahren Tätigkeit als Ausländerbeauftragte in Berlin nie einen verwehrten türkischen Jugendlichen gesehen, einen Punk, der mit heruntergerissenen Klamotten am Kottbusser Tor herumlungert und dann noch eine Sechserpackung Bier bei sich hat. So etwas existiert in der türkischen Gesellschaft nicht. Es würde weder von den Eltern noch vom türkischen Milieu toleriert werden.

Türken sind aufstiegsorientiert, diszipliniert und wollen weiterkommen. Gott sei Dank wehren sie sich gegen Entwurzelung. Aber sie sind nicht rückschrittlich und haben ein-

fach Halt gemacht etwa bei ihrem Drang in die Integration. Ein Teil der türkischen Bevölkerung, längst nicht die Mehrheit, übt selbstbewusst ihre Religion aus. Wir sehen hier Wechselwirkungen zwischen der Wahrnehmung der Religion in der Türkei und der Wahrnehmung der Religion oder dem Verhältnis zur Religion in Deutschland. Hier werden Kopftücher getragen, sozusagen als Demonstration, auch wir leben hier in einer freieren Öffentlichkeit. Oft wird gesagt, hier sehe man ja mehr Kopftücher als in Ankara und in Istanbul, weil man sie dort eben in öffentlichen Einrichtungen nicht tragen kann. Also auch hier eine Wechselwirkung: Der Bezug zu einem Land, das man noch nicht vollkommen verlassen und aufgegeben hat, das noch in dieser Gesellschaft weiterwirkt. Ich ziehe daraus die Schlussfolgerung, dass es noch zu wenig Gemeinsamkeiten zwischen den Jugendlichen der verschiedenen Herkunft gibt, also gerade deutscher Herkunft und türkischer Herkunft im Alltagsleben, als dass man sich jugendgemäß damit auseinandersetzen kann, und jugendgemäß hieße, dass man sich das vorwirft, dass man frech und spielerisch damit umgeht. Es gibt diese Ansätze etwa bei RTL die Sendung „Was guckst du so?“ Da wird das auf die Schippe genommen und persifliert. Also es beginnt, wenn auch langsam, auch bei den Jugendlichen Fuß zu fassen, und ich glaube, dass das auch ein Weg ist, da auf eine natürliche Art und Weise zusammenzufinden. Aber, und das möchte ich betonen, es ist kein Rückzug, keine Isolierung. Das sind Klischees, die Schlagzeilen produzieren. Sie bilden nicht die soziale Wirklichkeit ab. Die soziale Wirklichkeit ist durch Aufstiegswillen und durch eine große Disziplin geprägt.

Ich will einen dritten und letzten Punkt benennen. Trotzdem gibt es viele unbeantwortete Fragen, die sich stellen und für die wir auch keine Antworten haben. Da ist das Problem der Verdichtung in bestimmten Bezirken, 50 % der türkischen Berliner leben in drei Berliner Bezirken, die Deutschen sind weggezogen. Deutsch ist keine Begeg-

nungssprache mehr für die Kinder und Jugendlichen. Das prägt natürlich den Spracherwerb negativ. Sie können nicht auf natürliche Art und Weise Deutsch lernen. Also muss die Schule sich ändern. Die hohe Arbeitslosigkeit nicht nur unter den älteren, sondern auch unter den jüngeren Türken hängt mit ihrer bildungsfernen Herkunft zusammen. Sie hatten keine Gelegenheit im Heimatland, und das setzt sich natürlich fort und dauert sehr lange. Und das Heiratsverhalten, da gibt es übrigens eine vollkommen natürliche Erklärung, denn es gibt, was die Heirat aus dem Ausland angeht, nun fast einen Zwang – übrigens auch für Deutsche –, denn die Demographen wissen, dass die Zahl der Frauen im heiratsüblichen Alter hier weit zurückgegangen ist. Es sind einfach nicht mehr ausreichend Frauen in einer bestimmten Altersgruppe, in den Jahrgängen nach 1965 oder 1970, vorhanden.

Ich möchte zum Schluss kommen. Vor vierzig Jahren also sind sie hier eingetroffen, zwanzig Jahre lang wurde von beiden Seiten gezeugnet, dass sie hier bleiben wollen und dass sie hier bleiben sollen. Sie saßen damals abgeschottet in ihren Wohnheimen, haben sich wirklich geprügelt, haben unter Heimweh gelitten. Sie wurden von den Deutschen in freundlicher Absicht, aber doch sehr stark bevormundet. Und sie haben immer davon geträumt zurückzugehen. Wer hätte damals gedacht – ich glaube fast niemand –, wer hätte damals gedacht, dass genau diese erste Generation, für die ich sehr viel Respekt empfinde aufgrund ihres mutigen Schrittes, den Grundstein gelegt hat für eine unglaublich dynamische, für eine der dynamischsten Gruppen, die wir in Berlin haben. Das war der Anfang damals, aber es ist festzuhalten, dass die Integration auf beiden Seiten weitergeht. Es ist keine Aufgabe von zwanzig Jahren, es ist eine Jahrhundertaufgabe.

Hans-Heinrich Wrede

Ganz herzlichen Dank, Frau John. Ich glaube, Sie teilen mit mir den Eindruck, dass wir wirklich viel dazulernen heute, dass es

eigentlich der erste Schritt im Dialog ist, dass man sich kennen lernt, nicht nur argumentiert, sondern einfach hört, was ist der Tatbestand, um im juristischen Jargon zu sprechen.

Ich darf jetzt das Wort geben an Frau Seyran Ates; sie ist Rechtsanwältin hier in Berlin. Ich möchte aber zuvor noch einmal von der Lektüre des „A bis Z – das türkische Berlin“ profitieren, in dem es heißt, dass im Allgemeinen in türkischen Familien die Väter für die Außenkontakte zuständig sind, während die Frauen innerhalb der Familie das Sagen haben. Dann heißt es aber später im Text: Durch die Migration haben sich die Rollen allerdings verschoben. Dann steht hier, und das finde ich bemerkenswert: Auch die Position vieler Töchter ist dadurch gestärkt, dass die Eltern auf ihre Dolmetschertätigkeiten angewiesen sind. In ganz anderer und weiterer Weise ist Frau Ates auch eine „Dolmetscherin“. Sie haben das Wort.

Seyran Ates, Rechtsanwältin, Berlin

Ich werde versuchen, mich sehr kurz zu fassen, da wir in den vorhergehenden Panels genug theoretischen Stoff vermittelt bekommen haben und ich auch nicht wüsste, was ich hinzufügen sollte, was sehr neu sein wird. Ich habe mir gerade kurz überlegt – Sie zitieren hier alle so großartige Menschen und Größen –, vielleicht zitiere ich den Goethe und sage: „Hier sitz ich nun, ich armer Tor, und bin so klug als wie zuvor.“

Nach 40 Jahren Migrationsgeschichte von Menschen aus der Türkei haben wir reichlich Gesprächsstoff, um uns über das deutsch-türkische Miteinander und Nebeneinander zu unterhalten. Das Gespräch über dieses Thema ist wohl auch eines der wichtigsten Instrumentarien, das uns zur Verfügung steht. Aber wer spricht mit wem und mit welcher Absicht? Sprechen wir tatsächlich, auch wenn wir Deutsch als gemeinsame Sprache haben, die gleiche Sprache? Warum leben z. B. nach wie vor so sehr viele Türken und Kurden in den Bezirken Wedding,

Tiergarten, Schöneberg, Neukölln und Kreuzberg? Weil sie sich dort verständigen können. Verständigung ist für das Zusammenleben von Menschen lebensnotwendig. Ohne Verständigung kann soziales Leben nicht stattfinden, ist soziales Leben nicht denkbar. Sich mit der Mehrheit „der Deutschen“ zu verständigen fällt aber vielen Menschen aus der Türkei, die in ihrem sozialen Getto leben, schwer. Die Sprache ist hierbei eine nicht zu unterschätzende Hürde. Aber sie ist nicht die einzige. Es ist auch die Ignoranz und die abwertende Meinung vieler Deutscher über den Islam und die türkische Kultur, warum eine Verständigung nicht stattfindet. In Bezirken wie Kreuzberg können Menschen, die Türkisch sprechen, leben, ohne auch nur ein Wort Deutsch zu sprechen. Es gibt keine Dienstleistung, die nicht in türkischer Sprache angeboten wird. Nun, was ist an diesem Umstand so schlecht? Wieso wird „den Türken“ vorgeworfen, sich somit einer Integration zu entziehen? Solche Verhältnisse gibt es doch weltweit in allen Ländern, in die Menschen als Immigranten gezogen sind. Chinatown in San Francisco oder New York sind weltbekannte Touristenattraktionen. Es leben dort Chinesen unter den gleichen Verhältnissen wie Türken in Kreuzberg. Kreuzberg wird nicht umsonst liebevoll Klein-Istanbul genannt. Für Touristen ist Kreuzberg auch eine Attraktion. Es hat einen ganz besonderen Flair. Warum ist es dennoch für viele ein Dorn im Auge? Vielleicht, weil sich dort eine eigene Kultur gebildet hat, von der man was lernen könnte?

Migration und kulturelle Identität ist eine weltweite Problematik. Das haben wir jetzt in den letzten zwei Tagen ja auch ausführlich gehört. Das ist allen hier anwesenden Personen auch bewusst. Aber nicht allen „Deutschen und Türken“, die in dieser Stadt leben, nämlich denen, die hier nicht anwesend sind. Eine globale Betrachtung und entsprechende verantwortungsvolle Aufklärung durch zuständige Institutionen wie z.B. Schulen und Medien wäre wünschenswert. Auch Deutsche bilden Gettos im Ausland

wie z. B. die deutsche Kolonie auf Mallorca. Sie feiern in den USA das Oktoberfest, wie es in Deutschland nicht mehr gefeiert wird. Aussteiger lassen sich auf Gomera nieder und verkaufen Müsli und dunkles Vollkornbrot. Deutsche verbreiten Schwarzbrot und Eisbein, Türken verbreiten Pita und Döner, na und? Was ist daran so schlimm? Es gibt doch nur einen kleinen Unterschied. Deutsche und andere mächtige Länder okkupieren und bringen ihre eigene Kultur als gute und bessere Kultur in das jeweilige Land. Türken und sonstige Menschen aus anderen Dritte-Welt-Ländern werden als „Gastarbeiter“ und auch noch nach 40 Jahren als „Ausländer“ geduldet, wobei sie ihre eigene Kultur bitte vor der Tür abgeben sollen. Sonst ist eine Integration nicht möglich. Jede Kultur hat etwas Eigenes, etwas Wertvolles. Warum soll man nicht anderen dieses für einen selbst Wertvolle zeigen und lehren? Nur so können wir Verständnis füreinander entwickeln. Die türkische Kultur kennen wir Kinder der zweiten und dritten Generation leider gar nicht so gut, als dass wir sie besonders gut vermitteln könnten. Auch unser Türkisch ist nicht so perfekt wie unser Deutsch. Weder unsere Familien noch andere Institutionen, wie z. B. das türkische Konsulat, haben uns befriedigend unterrichtet.

Das türkische Konsulat hat sein hier lebendes Volk meiner Ansicht nach bisher ziemlich vernachlässigt. Nun, wir hoffen immer noch, dass sich daran etwas ändern wird. Aber das bisschen, was wir über unsere Kultur wissen, teilen wir gerne mit, wenn uns zugehört und zugesehen wird. Uns wurde und wird aber nicht richtig zugehört, weil wir einer unzivilisierten, minderbemittelten Minderheit und Kultur angehören. Nicht der Umstand, dass sich Kulturen in Kulturen bilden oder Kulturen nebeneinander existieren, ist bedrohlich, sondern das, was die Betroffenen auf beiden Seiten daraus machen. Und nicht alles muss auf Gedeih und Verderb miteinander gehen. So transformiert man Abneigung in Akzeptanz nicht, indem man andere in die eigenen sich selbst beengenden Schablonen presst, um sie aus-

zulachen, weil sie es dann doch nicht hundertprozentig richtig machen. Wie auch, wir sind zu heißblütig, um kühl und sachlich unsere Gefühle zu leben. Wir müssen lernen, dass manchmal ein Nebeneinander zu einer Integration beitragen kann. Akzeptanz und Toleranz kann sich auch durch ein Nebeneinander zeigen, denn wenn ich die Kultur, die sich an der nächsten Tür befindet, nicht als Bedrohung ansehe, sondern als netten Nachbarn betrachte, kann ich meine Kultur ohne Angst ausleben und meinem netten Nachbarn meine Kultur erklären und Wissen austauschen. Wenn aber ständig ein Vergleich zwischen den Kulturen vorgenommen wird, wenn auf- und abgewertet wird, ist ein Dialog nicht möglich. Sofern essentielle Menschenrechte und das Grundgesetz beachtet werden, hat jede Kultur für sich seine Existenzberechtigung. Keine Kultur dieser Welt ist besser oder schlechter als die andere. Wenn wir den Dialog miteinander suchen, dann müssen wir offen und ehrlich zuhören und hinsehen, was uns der eine oder die andere sagt, zeigt und kocht.

Es ist für mich erschreckend und beleidigend nach 40 Jahren türkischer Migration in Deutschland, gerade im Hinblick auf den Dialog der Kulturen, wenn aufgeklärte Menschen, die regelmäßig zum Karneval der Kulturen gehen und in Kreuzberg Tür an Tür mit Türken leben, sich darüber wundern, dass es Frauen wie mich gibt. Türkin, Akademikerin, spricht fließend Deutsch, trägt kein Kopftuch. „Das gibt's doch nicht, das ist ja toll, dass es Frauen wie dich gibt!“ Die nächste Frage lautet: „Wie kommt deine Familie damit klar, dass du dem Türkinnen-Bild nicht entsprichst?“ Hier sehen wir ein ganz interessantes Phänomen, eine Projektion. Und glauben Sie mir, solch eine Konfrontation erlebe ich sehr oft. Diese aufgeklärten, politisch links orientierten Deutschen haben ein Türkinnen-Bild, dem ich nicht entspreche. Sie haben ein Problem damit, dass es mich gibt, und meinen, meine Familie müsste dieses Problem auch haben. Dabei hat sich sogar die Mehrheit der Kopftuch tragenden Nachbarinnen längst damit

abgefunden bzw. nie kritisiert, dass wir, also Frauen wie ich und andere, so gar nicht „typisch türkisch“ leben, was immer das sein mag.

Es sei an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ich nicht die einzige bin, die in Ihr Türkinnen-Bild nicht passt. Es laufen mehr von meiner Sorte herum als Sie denken. Sie müssen sich einfach nur interessieren und hinschauen. Es sind aber nicht nur die Deutschen, die ein verqueres Türkinnen- und Islam-Bild haben und damit den Dialog verhindern. Tatsache ist, dass auch die Mehrheit der hier lebenden Menschen aus der Türkei ein verqueres Deutschen- und Christen-Bild haben. Es ist u. a. die Aufgabe der Schule und der Medien, hier aufzuklären, damit sich solche Vorstellungen und Bilder ändern. Zeigt und erklärt Kulturen doch bitte authentisch und nicht durch fremdenfeindliche wertende ethnische Brillen, und zwar in beide Richtungen. Seitdem ich in dieser Stadt lebe, und zwar seit 33 Jahren, also fast mein ganzes Leben, vermittelt mir die Mehrheit dieser Gesellschaft, dass ich nicht dazugehöre und ihrem Bild nicht entspreche. Ich aber liebe diese Stadt und mein Leben hier. Ich selbst lebe mit dem Selbstverständnis, dass dies auch meine Stadt ist und ich hierher gehöre. Leider teilt die Mehrheit der Deutschen diese Ansicht nicht mit mir. Ich werde sie vielleicht irgendwann überzeugen. Das deutsch-türkische Miteinander ist mehrheitlich geprägt von gegenseitiger Ignoranz und Intoleranz für die jeweils andere Kultur. Unsere Aufgabe ist es, die Verständigung miteinander zu fördern, indem wir überzeugend vermitteln, dass kulturelle Vielfalt eine Bereicherung ist und nicht zur Aufgabe der eigenen Identität führen muss und dass die eigene ganz persönliche Identität zwar geprägt ist von äußeren u. a. kulturellen Einflüssen, letztlich jedoch einzigartig von Mensch zu Mensch und nicht von Volk zu Volk, Nationalität zu Nationalität geformt ist bzw. sein muss.

In diesem Gespräch sollte auch mal die Bemerkung fallen, dass türkische Migranten für Deutschland auch eine Bereicherung

darstellen, dass wir auch etwas Positives in diese Gesellschaft eingebracht haben. Ich möchte ganz höflich darum bitten, nicht mehr Ausländerin genannt zu werden. Auch die Behörde von Frau John sollte sich von fremdenfeindlichen Terminologien – Sie haben sich vorhin Ausländerbeauftragte genannt – verabschieden, denn wenn wir Mitbürger sind, dann sollten wir auch eine Mitbürgerbeauftragte haben und auch so genannt werden, und zwar nach jahrzehntelanger Arbeit gerade im Hinblick auf den Dialog der Kulturen, was ja auch Ihre Arbeit ist. Pessimistisch wie ich bin, sage ich: auch jahrzehntelange Arbeit in dieser Institution hat wenig dazu beigetragen. Es wird hauptsächlich Schadensbegrenzung betrieben. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Ganz kurz zu Ihrem klischeehaften Bild von Türkinnen und Türken, Frau John. Sie zeigten mir dies dadurch, dass Sie gerade gesagt haben, es gibt keine türkischen Punks und verwehrloste Jugendliche. Leider gibt es die Verwehrlosten, und warum soll es keine türkischen Punks geben? Also ich selbst war Hausbesitzerin und sah auch schon anders aus als jetzt hier, wie ich hier sitze. Es gibt

reichlich andere Menschen, die äußerlich ganz anders aussehen, als es auch in Ihr Türkinnen-Bild passt, z.B. Frauen mit Dreadlocks oder Menschen mit Piercings im Gesicht.

Zu den Männern und Frauen: Bei dieser Diskussion sollte nicht vergessen werden, dass deutsche Männer thailändische Ehefrauen zu sich nach Deutschland holen – womit ich aber nicht entschuldigen will, was türkische Männer tatsächlich machen. Abschließend möchte ich ein Thema ansprechen, was sonst zu meinem Schwerpunkt gehört, aber wir haben dazu bereits heute Morgen von Frau Khan einen sehr phänomenalen Vortrag gehört: Die Frauen. Vergessen Sie die Frauen nicht, die unter dem Schleier sterben, ohne je gelebt zu haben. Türkische Mädchen und Frauen leben in Deutschland vielfach unter mittelalterlichen Bedingungen. Grundrechte werden ihnen vorenthalten, Zwangsverheiratung ist an der Tagesordnung. Aus Rücksicht vor der Kultur wird zugehört, wie essentielle Menschenrechte, die auch Frauenrechte sind, mit Füßen getreten werden. Ich nenne das nicht Rücksicht oder Toleranz,



Seyran Ates

sondern Ignoranz. Mit diesen Frauen sucht kaum jemand den Dialog, vielleicht können Sie damit beginnen.

Diskussion

Hans-Heinrich Wrede

Ganz herzlichen Dank für diesen sehr freimütigen und reichen Beitrag. Ich glaube, alle vier Beiträge auf dem Panel haben eine Menge Stoff für unsere Diskussion gegeben. Einen Punkt möchte ich aufgreifen. Sowohl Herr Eickhoff wie alle anderen Panelisten haben eine Fülle von Vorschlägen gemacht, was gemacht werden kann. Ich möchte da Frau von Schorlemer aufgreifen und noch einmal hinweisen auf diese ganz erstaunliche Resolution der Generalversammlung im letzten November (vgl. *Anhang, d.Red.*). Darin ist enthalten die so genannte „Global Agenda for Dialogue among Civilizations“, und das sind nicht nur Allgemeinheiten, das sind sehr konkrete Vorschläge. Ich freue mich sehr, dass ich den entscheidenden Autor und Inspirator dieser Resolution noch mal beim Namen nennen kann, nämlich Herrn Vizeminister Dr. Javad Zarif, der vor über anderthalb Jahren den ersten Entwurf zirkulierte und ihn auch Herrn von Weizsäcker zeigte. Davon ist erstaunlich viel und vor allen Dingen Gutes übrig geblieben. Herzlichen Glückwunsch! Zurück zu diesem kontroversen Panel, wo viele Fragen zwischen Türken, deutschen Frauen, Männern und umgekehrt im Raum stehen. Ich eröffne die Diskussion.

Frau (Name unverständlich)

Frau Ates, nach Ihrem großen Plädoyer für sowohl Nebeneinander wie mehr Integration habe ich jetzt ein Verständnisproblem. Haben Sie sich nicht ein bisschen selbst widersprochen, und zwar in dem Moment, wo Sie anfangs dafür plädierten, ja so eine Art Chinatown-Existenz durchaus zuzulassen? Also man könnte das negativ Gettoisierung nennen. Also warum nicht das „türkische Kreuzberg“? Und auf der anderen Seite haben Sie am Schluss dafür plädiert,

sich dagegen zu wenden, dass mittelalterliche Erziehungsmethoden und Familienzusammenlebensarten weiterhin gelebt und verteidigt werden. Schließt das eine das andere nicht bis zu einem gewissen Grad aus? Kann nicht das Aufbrechen der Gettoisierung genau das eher leisten, was Sie gerne möchten, nämlich zu einer stärkeren Befreiung insbesondere der Frauen beizutragen?

Prof. Dr. Peter Molt, CARE Deutschland

Was ich fragen bzw. bemerken möchte, geht eigentlich in eine andere Richtung. Ich gehöre zu den älteren Teilnehmern hier und das Problem, das wir diskutieren, ist vielleicht auch ein spezifisches Problem, nicht allgemein zwischen Kulturen, sondern eben zwischen zwei sehr spezifischen Kulturen. Ich bin schon vor dem Krieg aufgewachsen, und wenn man mal überlegt, welchen Weg die *deutsche* Gesellschaft in diesen siebzig Jahren vollzogen hat, welche Öffnung hier eingetreten ist, und was es für eine letztlich sehr provinzielle oder sehr abgeschlossene Gesellschaft bis 1945 oder 1950 noch war, dann kann man natürlich solche Schwierigkeiten auch eher sehen. Man muss ja auch vielleicht sehen, dass deutsche Emigranten in anderen Ländern sich zum Teil außerordentlich schwer angepasst haben. Denken Sie mal an die deutschen Emigrantenkolonien in Südamerika, die hundert Jahre gebraucht haben, um sich zu öffnen. Es hängt also vielleicht auch spezifisch mit unserer eigenen kulturellen und soziologischen Prägung zusammen, dass wir uns mit diesen Dingen so schwer tun. Und deshalb habe ich im Gegensatz zu meiner Vorrednerin auch keine Schwierigkeiten mit Gettos oder mit geschlossenen Siedlungen. Das wird sich auflösen. Aber es ist eben ein langer Prozess, und wir sollten vielleicht viel mehr Geduld mit diesem Prozess haben.

Marion Böker, Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt im Migrationsprozess gegen Frauen (KOK)

Ich möchte einmal bitten, den Begriff Getto nicht zu benutzen. Getto hat eine historisch

gerade in Deutschland oder Osteuropa ganz andere Bedeutung. Also ich denke, wenn viele Mitglieder einer kulturellen Gruppe in einem Stadtviertel wohnen, heißt das noch lange nicht, dass das ein Getto ist. Da ist eine große Differenz.

Zum Zweiten: Gerade in Berlin gibt es diese Einsicht, dass die Jungen mit Migrationshintergrund aus verschiedenen Gründen weniger hohe Schulabschlüsse machen, schneller den *dropout* haben, vielleicht nicht die Partner für die geförderten oder die exzellenten Mädchen mit Migrationshintergrund sind, die auch noch der Förderung bedürfen. Und an diesem Beispiel möchte ich klar machen, wie wichtig in der Gender-Debatte um Frauenrechte aber auch die Perspektive des Verhältnisses von Männern und Frauen ist. Und da möchte ich noch mal aufordern, in den Dialogen die Gender-Perspektive auch mit einzubeziehen und diese Diskussion ausdrücklich auch mit Männern mit als Partner und als Akteure zu führen. Denn das würde das Ganze bereichern, und dann könnte man auch über Jungen-Förderung reden und wie man diese Jungen- und Mädchen-Förderung ausbalancieren würde. Da gibt es sehr viele andere Beispiele. Wir müssen für diese Debatte der Menschen- und Frauenrechte auch die Männer als Akteure der Frauenrechte gewinnen. Wenn sie dort nicht eintreten, dann haben wir immer diese Ecke, dass die Frauen ihre eigenen Rechte vertreten müssen – was sie ja auch tun –, aber das Ziel ist doch wohl, dass die *Gesamtheit* der Menschen für die *Gesamtheit* der Rechte *aller* Menschen eintritt.

Wilhelm Schlemmer, EKD Berlin

Ich möchte mich auch gegen den Bestand und auch gegen das Wort „Getto“ wehren. Ich denke, man sollte dies ganz bewusst aufbrechen, indem man wie in anderen Gebieten – z. B. das sorbische Land in der Bautzener Gegend – Zweisprachigkeit einführt, und damit auch das Sprachproblem löst. Dann könnte man die beiden, die sprachlich nicht zusammenfinden, doch allmählich zusam-

menführen. Man würde deutlich machen, das hier zwar welche wohnen, die vom Ausland her abstammen, die aber jetzt keine Ausländer mehr sind. Es ist ein Stückchen Berlin, aber ein besonders geprägtes.

Seyran Ates

Ich denke nicht, dass man die Situation der Frauen dadurch verbessert, indem man Bezirke wie Kreuzberg auflöst. Ich möchte das Wort Getto hier auch nicht benutzen, aber es ist nun mal ein Begriff, den die meisten Leute so verstehen. Ich glaube nicht, dass die Situation der Frauen sich dadurch verbessert. Das ist nicht meine Absicht. Es ist grundsätzlich nichts Verbotenes und nichts Schlimmes, wenn sich Menschen aus bestimmten Ländern aus kulturellen Zusammenhängen und aus welchen Gründen auch immer in Straßenzügen ansiedeln. In der Straße zum Beispiel, in der ich gelebt habe als Kind, waren ganz viele aus unserem Dorf. Die Menschen aus der Türkei haben dann wiederum in Berlin irgendwie zueinander gefunden, weil sie eine Verbindung zueinander hatten. Nicht durch die Auflösung solcher Wohngebiete werden wir das Frauenproblem lösen. Und es ist auch nicht so, dass in diesen Gegenden hauptsächlich nur das Mittelalter, von dem ich spreche, stattfindet. Das Frauenproblem sehe ich darüber hinaus. Man kann das Frauenproblem nicht lösen, indem man traditionell lebenden Menschen verbietet, traditionell zu leben, sondern man muss ihnen beibringen bzw. sie kritisieren oder ihnen zeigen, wo sie mit gewissen Traditionen Menschenrechte verletzen. Das kann ich in Kreuzberg und das wird auch dort gemacht. In Kreuzberg leben nicht nur Frauen, die von ihren Familien unterdrückt und ausgebeutet werden. Das wollte ich damit auch auf keinen Fall sagen. Es ist dort ein ziemlicher Mischmasch an Kulturen entstanden, wo Frauen wie ich, Akademikerinnen, sehr gerne und sehr frei Tür an Tür mit traditionellen Familien leben.

Barbara John

Ich sehe schon natürlich Brüche und auch einen gewissen Widerspruch darin, dass wir

feststellen, dass es verdichtetes Wohnen von bestimmten kulturellen Gruppen gibt, und wir müssen einfach zugestehen, dass das auch Folgen hat. Das sind wirklich Brüche, die migrationsbedingt sind, die in allen Ländern auftreten, und auf die wir wohl keine abschließenden Antworten finden werden. Wir haben in Berlin wohl das drastischste Mittel eingesetzt, das man einsetzen kann neben weichen Mitteln. Wir haben z. B. über 15 Jahre lang für diese Bezirke eine Zuzugssperre verhängt in der Annahme, sie würde etwas bewirken. Sie konnte aber nichts bewirken. Natürlich konnte man der nachziehenden Ehefrau nicht verbieten, bei ihrem Ehemann in Kreuzberg zu wohnen. Der Versuch ist gemacht worden, ist aber eigentlich zum Scheitern verurteilt. Auch die positive Wendung mit der Freigabe des sozialen Wohnungsbaus in diesen Bezirken – damit sich die Höherverdienenden mit der hohen Toleranz, so z. B. die Studenten, die dann in den Beruf gehen und gut verdienen, dort niederlassen, weil ihr Selbstbewusstsein hoch genug ist, auch Tür an Tür mit einer Familie zu leben, die noch nicht so gut Deutsch spricht - ist gescheitert. Sie sind zwar da erst mal hingezogen, aber als sie selber Kinder hatten, sind sie sofort wieder weggezogen, weil sie Angst hatten, dass ihre Kinder bildungsmäßig benachteiligt werden. Das sind Brüche, die in einer Gesellschaft mit Migration auftreten. Das heißt nicht, dass wir uns zurücklehnen und sagen: „Na, da können wir gar nichts machen. Das sind eben die Brüche, und das müssen wir über uns ergehen lassen. Das ist ein Schicksal.“ Es ist kein Schicksal, und man kann vieles machen. Es wird auch vieles gemacht. Es ist natürlich auch wahr, dass diese verdichteten Wohngebiete für die Menschen, die dort hinziehen, auch ein Schutz- und Schonraum ist und auch ein Ausgangspunkt für das erste Eingreifen in den öffentlichen Raum. Dort sind die ersten ethnischen Geschäfte entstanden, denn man kannte ja die Konsumgewohnheiten der Landsleute und konnte sich also dort betätigen. Das lief damals noch mit Strohmännern und Strohfrauen, weil das ja verboten

war; die Ausländer waren schließlich zum Arbeiten, zur abhängigen Arbeit gekommen und nicht, um sich selbstständig zu machen. Es war eine furchtbare Mühe, hier in Berlin durchzusetzen, dass die frühzeitig auch eine Gewerbeerlaubnis bekamen. Das ist jetzt inzwischen alles vergessen. Diese verdichteten Gebiete geben Chancen, aber sie haben natürlich auch Gefährdungen. Das muss man sehen, und mit diesen Widersprüchen müssen wir leben. Deshalb können wir sie auch nicht einfach auflösen, das wäre ganz inhuman, und es wäre auch administrativ nicht zu leisten und auch gar nicht wünschenswert.

Wir müssen da intervenieren, wo wir wirklich auch Nachteile sehen, zum Beispiel in der Schule. Natürlich ist es ein Nachteil, wenn ein Kind Deutsch als Begegnungssprache bis zum sechsten Lebensjahr gar nicht mehr erleben kann. Sie, liebe Frau Ates, hatten das nicht, denn Sie sind zu einer Zeit zugewandert, wo Sie in eine Klasse gegangen sind, in der auch viele Kinder deutscher Herkunft waren, sodass Sie Deutsch als Begegnungssprache lernen konnten, und dann ging das ganz schnell und ganz einfach. Diese Kinder können das nicht. Die Eltern können es nicht. Sie sind überfordert. Also müssen wir die Schule anders gestalten. Da gehören Ganztagschulen hin, denn diese Kinder müssen mehr und länger lernen als die Kinder, die dieses Paket an Sprachkenntnissen bereits mit in die Schule bringen. Ich will jetzt darüber weiter nichts sagen, aber so müssen wir intervenieren. Wir müssen auch – und das haben wir ja auch gemacht in Berlin - den Mädchen und Frauen helfen, auf die häufig eine unglaubliche soziale Kontrolle ausgeübt wird. Gerade in diesen Gebieten kommen oft Väter und Mütter zu mir und sagen: Meine Tochter will einen Deutschen heiraten, oder einen Nichtmuslim, und sie sagen dann oft: „Wissen Sie, für mich wäre das gar nicht so schlimm, aber meine Nachbarn, die machen mir das Leben zur Hölle.“ So wie das eben früher im Dorf war, und sie können da auch nicht einfach wegziehen. Diese

Dinge haben wir natürlich – und was machen wir? Wir holen die Mädchen aus den Familien raus, unterstützen sie, reisen ihnen bis in die Türkei nach. Beim letzten Fall haben wir dem Mädchen über die deutsche Botschaft in Ankara einen neuen türkischen Pass zukommen lassen, weil der Pass von den Eltern in der Türkei noch weggenommen war, obwohl sie schon volljährig war. Natürlich versuchen wir auf diese Art und Weise, die Brüche, die wir in der Migration haben und die wir nicht beseitigen können, zu heilen. Aber zum Abschluss will ich doch noch sagen, dass das nicht 30, 40, 50 % sind, die wir da an solchen Phänomenen erleben, sondern das kommt vielleicht bei 5 % vor, das sind eigentlich eher die Ausnahmefälle, und sie sind heute im Vergleich zu vor 30 Jahren eigentlich noch seltener geworden.

Iskender Okyay

Als Schlusswort möchte ich etwas über mich sagen. Vor etwa 30 Jahren habe ich hier in Deutschland, damals in West-Berlin, nur zwei Jahre die Schule in Zehlendorf-Schlachtensee besucht. Ich war der einzige Ausländer damals, nicht Türke, der einzige Ausländer, und der zweite danach war mein Bruder. Jetzt nach 30 Jahren bin ich wieder in Berlin. Ich bin jetzt seit mehr als zwei Jahren hier und sehe die Probleme oder und auch das, was ich damals erlebt habe, von einer wirklich ganz anderen Perspektive. Obwohl ich hier jeden Tag im Konsulat ständig mit verschiedenen Problemen konfrontiert werde, bin ich doch noch immer ziemlich optimistisch. Frau Ates hat vierzig Jahre genannt; ich würde sagen, dass vierzig Jahre eigentlich nicht sehr lang ist. Wir sind wirklich mittendrin in dieser Integration, und vierzig Jahre ist für ein solches Phänomen eigentlich nicht sehr lang. Wir leben sowieso in einer Welt, die sich rasant verändert. Soziale Umwelt und Werte ändern sich ziemlich schnell. Nicht nur zwischen den Völkern oder Nationen, auch innerhalb unserer Nationen gibt es Unterschiede. Sogar zwischen den Generationen gibt es sehr viele Probleme. Ich denke, dass wir das wirklich nur mit der Zeit lösen können und

dass wir Geduld haben, die Probleme nicht ignorieren, sondern wahrnehmen und auch darüber so oft wie möglich diskutieren müssen. Sonst sehe ich in ein paar Jahren oder vielleicht in zehn oder zwanzig Jahren sogar auch keine Lösung.

Dr. Ekkehard Eickhoff

Ich möchte meinen Beitrag mit zwei Punkten schließen, die vielleicht praktischer sind als man zunächst denkt. Das eine ist der von Herrn Okyay und mir diskutierte Punkt des National-, Geschichts- und Kulturstolzes der Türken. Er ist nicht marginal. Ich höre immer wieder von türkischen Freunden, dass deutsche Gesprächspartner sich bei ihnen darüber beschwerten, ihr Nationalstolz wäre überholt, das wäre altmodisch. Nein, man muss das verstehen; die Türkei hat einen solchen totalen politischen und ethischen Zusammenbruch wie wir zwischen 1933 und 45 nicht erlebt. Sie haben guten Grund, auf ihre Vergangenheit stolz zu sein, und wir müssen sie verstehen. Und deswegen brauchen wir da, wo große Gruppen von türkischstämmigen Migranten in Schulen vorhanden sind, in vielen großstädtischen Bezirken – durchaus nicht nur in Berlin –, im Schulunterricht auch den Stoff türkische Vergangenheit, türkische Kultur, türkische Musik im Musikunterricht, und entsprechend eine Vorbereitung dazu in den pädagogischen Hochschulen.

Und schließlich meine ich, dass wir die kleinen Bereicherungen im täglichen Leben schon seit langem erfahren und sie auch wahrnehmen. Aber die ganze Weite und Vielfalt der Bereicherung, die wir erfahren werden, wenn nach und nach unsere türkischen Mitbürger ihre alte Hochkultur zu uns bringen – ich habe nicht umsonst als Beispiel dies unglaublich lebendige Theaterleben in der Türkei erwähnt - das ahnen wir erst, aber wir werden auch das noch erfahren.

Hans-Heinrich Wrede

Ganz, ganz herzlichen Dank unseren Panelisten. Ich glaube, wir haben eine sehr konkrete differenzierte Diskussion erlebt, eine

farbige Ausgestaltung dieses Dialogs der Kulturen, und wir haben gemerkt, was der Dichter Ernst Meister einmal gesagt hat: Wie sehr wir doch alle selbst Gemischte sind. Und das hat beigetragen zu unseren gemeinsamen Erkenntnissen.

Zum Schluss noch ein Wort in eigener Sache, denn dieses war mein letztes „Forum“. Nach dreieinhalb Jahren im Arbeitsstab gehe ich als Leiter der deutschen UNESCO-Vertretung nach Paris. Darum noch einmal allen Freunden und Gästen des Forums herzlichen Dank. Und wenn ich zurückschaue auf dreieinhalb Jahre, möchte ich vor allem meinen lieben Kolleginnen und Kollegen im Arbeitsstab danken. Ich möchte einige namentlich erwähnen, das sind meine beiden Vertreter Cord Meyer-Klodt und Thomas Fitschen; unsere verschiedenen Vorzimmerkolleginnen, die entscheidend waren, dass das heute und früher geklappt hat; und schließlich die Kollegin, die immer dabei war und gar nicht zu unserem Arbeitsstab gehörte, die also eine wirkliche Säule der Kontinuität bis heute ist, Frau Andrea Heise, ohne die das alles nicht gelaufen wäre. Silke Schulze war beim ersten Forum dabei, war dann zwischendurch auf Mutterschaftsurlaub und ist danach zu uns zurückgekehrt. Für das, was ich persönlich erlebt und erfahren habe, bin ich sehr, sehr dankbar. Spannende Themen hatten wir auf unseren Foren, und wir hatten vor allen Dingen auch die Möglichkeit zu aufregenden, anregenden Begegnungen. Es war schon ein Privileg, tolle Gäste aus der ganzen weiten Welt und aus den verschiedensten Themenbereichen zu haben. Ich glaube, ich habe ein bisschen gelernt und ich glaube und hoffe, dass auch Sie ein bisschen Spaß dabei gehabt haben. Herzlichen Dank.

Schlusswort: Staatsminister Dr. Ludger Volmer, Auswärtiges Amt

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Zum Abschluss des Forums wie immer eine kurze Bilanz. Ich selber hatte zwar nicht die Möglichkeit, die ganze Zeit dabei zu sein, aber wenigstens beim Anfangspanel, und das andere haben meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mir berichtet. Daraus einige kurze Schlussfolgerungen.

Der Wunsch von Joschka Fischer in seiner gestrigen Eröffnungsrede, dieses Forum möge einen gehaltvollen Beitrag zum Dialog der Kulturen leisten, hat sich, so glaube ich, voll erfüllt. Dieses Forum ist schon im Frühjahr 2001 geplant gewesen, musste aber damals verschoben werden. Nun ist es nachgeholt worden zu einem Zeitpunkt, wo die Fragestellung noch erheblich drängender geworden ist. Wir sind besonders dankbar dafür, dass die schon im letzten Jahr vorgesehen Referentinnen und Referenten, das sind vor allen Dingen die „*eminent persons*“ der von Kofi Annan berufenen Beratergruppe, ihre Teilnahmebereitschaft auch für dieses Mal verwirklicht haben. Ihnen möchte ich nochmals danken, auch wenn sie mittlerweile wohl nicht mehr dabei sind; Herrn von Weizsäcker, dann dem Herrn Stellvertretenden Außenminister des Iran, der uns herzlich willkommen war und ist; Frau Limbach, die das Forum mit ihrer Teilnahme geehrt und bereichert hat.

Mit Recht ist gesagt worden, eine Diskussion über Kultur und Kulturen kommt nicht sehr weit, wenn der Kulturbegriff statisch bleibt. Die Kulturen sind ständig im Wandel, und dieses Moment des Wandels muss auch im Dialog selbst immer mit einbezogen werden. Auch der Dialog bringt dabei noch zusätzliche Veränderungen. Wir waren uns einig, dass wir sensibel unsere Wurzeln, unsere Identitäten, unsere unterschiedliche Religiosität erörtern müssen und uns dabei frei von vorgefassten Urteilen miteinander ein-

ander annähern sollten. Die Fülle an Ideen und Einsichten, die von den Panelisten genauso wie von den Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern aus dem Plenum in unserer zweitägigen Veranstaltung hier in der Bibliothek vorgetragen wurden, sind für mich ein ganz anschaulicher und kraftvoller Beweis für die reiche, kostbare Vielfalt der Kulturen. Hier hat sich einmal mehr erwiesen, dass diese Vielfalt eine Bereicherung für uns alle ist und eben nicht eine Bedrohung etwa unserer jeweils eigenen Identität bedeutet. Kofi Annan hat in seinem Vorwort zum Bericht der „*eminent persons*“ erklärt: „People can and should take pride in their particular faith on heritage. But we can cherish what we are without hating what we are not.“

Wir haben versucht, mit den vier Panels den Bogen zu spannen von einem eher allgemeinorientierten, manchmal vielleicht auch etwas theoretisch-abstrakt anmutenden Dialog zu ganz praktischen Fragen. Ich erinnere mich da an mein eigenes Studium vor 25 Jahren, als wir erbittert die Thesen von Lévi-

Strauss gegen Margaret Mead ausdiskutiert haben, Relativismus versus Normativismus. Ich hätte nie gedacht, dass diese Debatte wirklich mal politische Relevanz bekäme, aber so ist das nach einem Vierteljahrhundert. Aber wir haben eben auch sehr über konkrete Dinge diskutiert, über die praktische Verwirklichung des Dialogs. Dabei haben die Menschenrechte als die für uns zentrale Grundlage des Dialogs eine vorrangige Rolle eingenommen. Ich möchte allen, die zu dieser fruchtbaren Diskussion beigetragen haben, danken, besonders auch der Generalsekretärin von Amnesty International, Irene Khan. Wir teilen Ihre Überzeugung uneingeschränkt, dass die Förderung der Universalität der Menschenrechte und die Verantwortung der Staaten für den Schutz der Bürgerrechte weltweit für einen echten Dialog der Kulturen unverzichtbar ist. Wir räumen aber auch ein, dass es leider noch viel zu viele einschneidende Verletzungen der Menschenrechte gibt, gegen die wir alle gemeinsam kämpfen müssen. Einige gravierende Fälle solcher Verletzungen sind auch auf dem Forum zur Sprache gekommen.



Dr. Ludger Volmer

Das abschließende Panel hat gerade die These untermauert, dass der Dialog der Kulturen zu Hause vor Ort bei uns selbst, innerhalb der eigenen Kultur und Gesellschaft stattfinden muss. Zum deutsch-türkischen Miteinander – für uns in dieser Gesellschaft auf lange Zeit eine Daueraufgabe, nicht zuletzt ja hier in Berlin – haben wir ebenfalls eine Reihe von außerordentlich erhellenden Ansichten und Erkenntnissen hören können, z. B. die, dass neben verstärkten Integrationsanstrengungen vielleicht auch das gelassene *Nebeneinander* eine Form des Miteinanders sein kann. Ich glaube, wir werden davon auch für unsere Politik – übrigens für Innen- und Außenpolitik, da sind die Grenzen mittlerweile fließend geworden – lernen können. Noch einmal also Ihnen allen herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung an diesem Forum. Vor allem möchte ich unseren Referentinnen und Referenten danken, die aus anderen Kontinenten zu uns gekommen sind, aus Uganda und aus Hongkong, aus Beijing und aus New York. Dank schließlich auch allen, die aus der Mitte des Plenums die Diskussion bereichert haben.

Unserem Mitveranstalter, der GTZ, ihrer Geschäftsführung und insbesondere Herrn Schmitt, gilt unser Dank für die hervorragende Zusammenarbeit bei der Konzeption und Verwirklichung dieses Forums. Stellvertretend für alle Kollegen bei der GTZ darf ich besonders unsere direkte, geduldige, verständnisvolle und stets hilfsbereite Kooperationspartnerin Frau Franziska Donner hervorheben.

Und schließlich darf ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hier im Auswärtigen Amt, der Hausverwaltung, dem Konferenzsekretariat, unseren brillanten Dolmetschern sowie dem Arbeitsstab Globale Fragen für die Vorbereitung und Durchführung des Forums danken. So zahlreich war die Teilnahme noch nie. Alles in allem hat alles hervorragend geklappt. Und deshalb möchte ich auch im Namen der Amtsleitung noch einige Kolleginnen und Kollegen besonders herausheben, die sich über die ganzen vier

Jahre intensiv engagiert haben, Andrea Heise, Katja Wendel, Silke Schulze und Thomas Fitschen. Und besondere Erwähnung verdient Frau Nuhn, die erst im Herbst im Arbeitsstab ein Praktikum antritt, aber schon jetzt freiwillig, sehr vorbildlich, und übrigens unbezahlt mitgearbeitet hat.

Meine Damen und Herren, hiermit komme ich nun zum tränenreichsten Teil meiner Rede, denn wir müssen uns von Hans-Heinrich Wrede verabschieden. Er war ganz am Anfang noch nicht dabei, da war es noch der Kollege Grolig, und über die gesamte Zeit war es der Kollege Meier-Klodt, den wir alle schon gewürdigt haben, die dieses Forum mit angestoßen haben. Aber so richtig abgehoben hat es in dem Moment, als Herr Wrede die Koordination und die Planung übernahm. Und wir alle konnten uns davon überzeugen, wie trefflich er die Kunst der Vorbereitung und der Moderation beherrscht bis zur Meisterschaft. Das hat bereichernd und in jeder Phase auch strittiger Debatten sehr entspannend gewirkt. Herr Wrede geht nun als Botschafter zur UNESCO. Ich finde, wir haben einen sehr guten Griff getan. Ich bin sicher, er wird unser Land, unsere Kultur bestens vertreten und auch bestens in der Lage sein, mit den anderen Kulturen zu kooperieren. Im Namen des Amtes – und ich denke auch aller Anwesenden – wünsche ich Ihnen viel Glück und eine gute Hand für Ihre nächste Aufgabe.

Lassen Sie mich noch einige Worte sagen nicht zum Thema dieses Forums, sondern zu dem Anliegen des Forums überhaupt. Ich freue mich, dass Herr Wrede und all seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus meiner Idee einer engen Verzahnung der staatlichen mit der nichtstaatlichen Außenpolitik zu einer Art außenpolitischer *Community* eine solche Reihe von wirklich großartigen Ereignissen gemacht hat. Aber dieser Ansatz der *Public Private Partnership* in der internationalen Politik manifestiert sich nicht nur in diesem Forum. Es gibt auch andere Formen, die ich kurz benennen möchte. So gehört es regelmäßig zu den Terminen bei Auslands-

reisen, dass wir uns dort mit Nichtregierungsorganisationen treffen. Nicht nur mit der staatlichen, sondern auch mit der nicht-staatlichen Seite treffen wir uns, und gerade mit dieser kann der Kulturdialog oft sehr dezidiert geführt werden, weil es dort in Alltagsbereiche hineingeht. Mein eigenes jüngstes Beispiel war eine Reise in den Jemen in der letzten Woche, wo ich die Gelegenheit hatte, mit Vertreterinnen von Frauenorganisationen zu reden, u. a. auch mit islamischen Theologinnen. Und was da an Erkenntnissen zutage trat, war vielleicht überraschend, und auf jeden Fall war es ganz anders, als man das gemeinhin vielleicht erwartet hätte. Es gab einen außerordentlich interessanten Dialog über die Stellung der Frauen in islamisch-arabischen Gesellschaften, die Rolle des Koran und die Rolle des einfachen Patriarchats. Dieser Dialog wird weitergehen. Dies nur als Beispiel dafür, dass die Dinge, die hier vielleicht programmiert worden sind, sich in der außenpolitischen Praxis auch niederschlagen. Und ein weiteres Element für die *Public Private Partnership* ist der intensive Dialog, den wir mit hiesigen Menschenrechtsorganisationen haben über die asylrechtlichen Lageberichte des Auswärtigen Amtes. Auch hier kann ich sagen, dass ohne den Beitrag der NGOs unsere Politik wahrscheinlich nicht so gut wäre, wie sie ist und wie sie hoffentlich auch anerkannt wird.

Heute sind Sie, meine Damen und Herren, die Gesichter, die Ideenträger, das greifbare Gegenüber, und wir als staatliche Funktionsträger stehen Ihnen in gleicher Weise gegenüber. Unsere Beziehungen und unsere Auseinandersetzungen haben erheblich davon gewonnen. Unser gemeinsamer Austausch hat die Außenpolitik befruchtet, hat neue Wege aufgezeigt und greifbare Ergebnisse hervorgebracht. Und ich denke, wir können gemeinsam stolz sein auf die Serie von sieben Großveranstaltungen und vielen kleineren Seminaren, die wir gemacht haben. Und so stellt sich zum Ende dieser Wahlperiode natürlich die Frage: Wie geht es weiter, und geht es überhaupt weiter?

Denn *Public Private Partnership* oder auch *Public Diplomacy* oder der Dialog der Kulturen, das war ein politisches Projekt der jetzigen Regierung. Das gehört nicht zum Normalvortrag einer rein funktionalen Außenpolitik. Es muss mit politischem Willen beseelt sein, und es braucht ein ganz besonderes Engagement, weil es mit Arbeit verbunden ist, die mit den normalen Abläufen nicht unbedingt etwas zu tun hat. In diesem Sinne sind wir darauf angewiesen, dass wir immer engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hause haben. Aber ich denke, es kommt auch darauf an, dass es eine Leitung des Auswärtigen Amtes gibt, die versucht, die Außenpolitik in diesem Sinne ein wenig zu beseelen.

Programm

Donnerstag, 16. Mai 2002

- 12.00 Uhr **Registrierung** (mit Kaffee und Sandwiches)
- 13.30 Uhr **Eröffnung durch Bundesaußenminister Joschka Fischer**
- 14.30 Uhr **Panel 1:** „Brücken in die Zukunft“ –
 die Antwort der „Eminent Persons“
Panelisten: Bundespräsident a.D. Dr. Richard von Weizsäcker
 Dr. Javad Zarif, stv. Außenminister der Islamischen
 Republik Iran
 Professor Tu Weiming, Harvard University
 Dr. Verena Metze-Mangold, Deutsche
 UNESCO-Kommission
Moderation: Monika Griefahn, MdB, Vorsitzende des
 Bundestagsausschusses für Kultur und Bildung
- 16.00 Uhr **Kaffeepause**
- 16.30-
18.00 Uhr **Panel 2:** „Kulturen unter dem Druck der Globalisierung“
Panelisten: Professor Viola König, Ethnologisches Museum Berlin
 Professor Ackbar Abbas, University of Hong Kong
 Tomás Ybarra-Frausto, Rockefeller Foundation, _New
 York
 Ministerialdirektor Professor Michael Bohnet, BMZ
Moderation: Dr. Hans-Georg Knopp, Haus der Kulturen der Welt
- 18.30 Uhr **Busfahrt zur GTZ**
- 19.00 Uhr **Buffet-Empfang** im GTZ-Haus Potsdamer Platz in Berlin
 „jAAzz“-Band des Auswärtigen Amtes macht Musik

Freitag, 17. Mai 2002

- 9.15 Uhr **Panel 3:** **„Menschenrechte als Wertgrundlage für den Dialog der Kulturen?“**
Einführung: Irene Khan, Generalsekretärin „amnesty international“, London
Panelisten: Margaret Sekaggya, Vorsitzende der „Uganda Human Rights Commission“
Professor Sabine von Schorlemer, TU Dresden
Dr. Gunter Mulack, Beauftragter des AA für den Islam-Dialog
Moderation: Christa Nickels, MdB, Vorsitzende des Bundestagsausschusses
- 10.45 Uhr **Kaffeepause**
- 11.15 Uhr **Panel 4:** **„Deutsch-türkisches Miteinander“**
Einführung: Botschafter a.D. Dr. habil. Ekkehard Eickhoff
Panelisten: Professor h.c. Barbara John, Berliner Ausländerbeauftragte
Konsul Iskender Okyay, Türkisches Generalkonsulat in Berlin
Seyran Ates, Rechtsanwältin in Berlin
Moderation: Hans-Heinrich Wrede, Arbeitsstab Globale Fragen, AA
- 12.30 Uhr **Schlusswort:** Staatsminister Dr. Ludger Volmer, AA
- 13.00 Uhr **Imbiss**
- 14.00 Uhr **Abschluss des Forums**

Siebttes „Forum Globale Fragen“ am 16./17. Mai 2002 Teilnehmer/-innen

Prof. Ackbar Abbas	University of Hong Kong
Abdurahman Aden	Publizist
Dr. Helen Ahrens	GTZ
Christine Althaus	
Birthe Ankenbrand	Rechtsreferendarin
Dr. Sabine Arlt	Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Prof. Dr. Dayanand Arora	Fachhochschule für Technik und Wissenschaft in Berlin
Seyran Ates	Rechtsanwältin
Dr. Christiane Averbeck	Ökumenisches Netz Zentralafrika
Claudia Bandholtz	Welt Trends
Dr. Udo Bartsch	Bundesakademie für öffentliche Verwaltung
Dr. Michael Baumann	Germanwatch e.V.
Dr. Christoph Beier	GTZ
Friedrich-Wilhelm Beimdiek	BMZ
Stefan Berglund	Office of the Unites Naciones High Commissioner for Refugees
Dr. Roland Bernecker	Auswärtiges Amt
Elke Beyer	ASK-Agentur
Ute Birk	Deutsches Institut für Normung e.V.
Petra Bläss	Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages
Dietmar Blaas	Auswärtiges Amt
Christian Bodewig	COSMOS
Jörn Böhme	Bündnis 90/Die Grünen
Marion Böker	KOK Potsdam
Prof. Michael Bohnet	BMZ
Dr. Joana Breidenbach	Ethnologin
Peter E. Bühler	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Vera Bünte	MdB-Büro Joschka Fischer
Friedemann Büttner	Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Prof. Dr. Jörg Calließ	Evangelische Akademie Loccum
Alexia Cassimatis	Consultant, London
Volkmar Deile	Beauftragter für den Ökumenischen Kirchentag 2003
Ina Dettmann-Busch	Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung
Prof. Dr. Klaus Dicke	Friedrich-Schiller-Universität Jena
Franziska Donner	GTZ
Dr. Jochen Donner	Deutsche Welthungerhilfe
Sabine Donnerstag	Bertelsmann-Stiftung
Barbara Dünnweller	Kindernothilfe
Peter Eigen	Transparency International
Renate Eisel	Dialog der Kulturen.de – Qafilz 2001–
Dr. habil. Ekkehard Eickhoff	Botschafter a.D.
Maren Elfert	UNESCO – Institut für Pädagogik
Georg Elwert	Freie Universität Berlin
Leman Emre-Ucar	Türkisch-Deutscher Frauenverein e.V.
Dr. Klaus Eßer	

Udo Ewertz	Auswärtiges Amt
Dr. Brigitte Fahrenheitst	Technische Universität Berlin
Dr. Irene Fellmann	Kultusministerkonferenz, Büro Berlin
Dr. Hartmut Fest	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Silke Fischer	Neue Gesellschaft für Literatur e.V.
Thomas Fitschen	Auswärtiges Amt
Regina Franken	Freie Universität Berlin
Rüdiger Frh. v. Fritsch-Seerhausen	BPA
Katrin Freitag	GTZ
Erich G. Fritz	Mitglied des Deutschen Bundestages
Anne Fritzsche	Friedrich-Ebert-Stiftung
Dr. Manuel Fröhlich	Universität Kiel
Dr. Ortrun Froehling	Deutsche Entwicklungsgesellschaft
Dieter Fuchs	Stuttgarter Zeitung
Prof. Harald Fuhr	Universität Potsdam
Ulli Fuhrke	GTZ
Susanne Maria Gärtner	
Eleonora Ganescu	Consultant International Affairs
Martha Garrich Baringo	Berghof Forschungszentrum
Thomas Gebauer	Medico International
Bea Gellhorn	
Dr. Wilfried Gerhard	Führungsakademie der Bundeswehr
Anne Gidon	Bundespräsidialamt
Dr. Reinhard Glagow	Hanns-Seidel-Stiftung
Guido Glavia	
Dirk Glomptner	Universität Hannover
Dr. Ricardo Gómez	GTZ
Albrecht Graf von Hardenberg	GTZ
Monika Griefahn	Mitglied des Deutschen Bundestages
Rita Griesshaber	Mitglied des Deutschen Bundestages
Prof. Dr. Dieter Grimm	Rektor des Wissenschaftskollegs zu Berlin
Sabine Grund	Society International Development
Dr. Ulrike Guerot	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
Dr. Heiner Gutberlet	Robert-Bosch-Stiftung
Wighard Härdtl	RAG Aktiengesellschaft
Jürgen Hambrink	Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung
Dr. Rolf Hanusch	Evangelische Akademie zu Berlin
Dr. Berend Hartnagel	Geschäftsführer der Global Partnership Hannover e.V.
Mairéad Haugh	Sony Europe GmbH
Jörg Hausmann	Kulturpolitische Gesellschaft e.V.
Dr. Ibrahim Abdel-Aziz Hegazy	The American University in Cairo
Diana Heide	Kreditanstalt für Wiederaufbau
Dr. Wolfgang Heinrich	Evangelischer Entwicklungsdienst
Andrea Heise	Auswärtiges Amt
Karin Heister-Grech	
Sissy Helff	Zeitschrift epd-Entwicklungspolitik
Ramona Hering	OECD Berlin Centre
Prof. Dr. Peter Herrle	Technische Universität Berlin
Thomas Herzberg	Deutscher Beamtenbund

Paula-Marie Hildebrandt	United Nation Development Program
Jochen Hippler	Universität Duisburg
Stefan Hochmuth	Büro MdB von Weizsäcker
Waldemar Hötte	Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik
Christian H. Hoffmann	Deutsch-Islamisches Institut
Ulrike Hofmann-Steinmetz	Goethe-Institut Inter Nationes
Jürgen Hogrefe	Der Spiegel
Heiner Horsten	Auswärtiges Amt
Birgit Ihlau	United Nations Information Centre Bonn
Prof. Dr. Anne-Barbara Ischinger	Vizepräsidentin der Humboldt-Universität
Pamela Jäger	Entwicklungspolitisches Bildungs- und Informationszentrum
Ramesh Jaura	Global Cooperation Council
Graham Jefcoate	Staatsbibliothek zu Berlin
Dr. Heike Jensen	Terre des Femmes
Dr. Barbara John	Berliner Ausländerbeauftragte
Dr. Britta Kaiser-Schuster	Kulturstiftung der Länder
Regina Kalthegener	Rechtsanwältin
Susanne Kamp	Universität Potsdam
Hans-Jürgen Keilholz	Auswärtiges Amt
Christiane Kesper	Friedrich-Ebert-Stiftung
Irene Khan	Generalsekretärin amnesty international, London
Günter Knabe	Deutsche Welle
Dr. Hans-Georg Knopp	Haus der Kulturen der Welt
Julia Koch	COSMOS
Prof. Dr. Viola König	Ethnologisches Museum Berlin
Sebastian Körber	Institut für Auslandsbeziehungen
Claus Körting	Bündnis 90/Die Grünen
Claudia Koll	Rat für Nachhaltige Entwicklung
Dr. Dorothea Kolland	Bezirksamt Neukölln von Berlin
Kira Kosnick	Brandenburgische Technische Universität Cottbus
Stephan Kreisler	Ärzte ohne Grenzen e.V.
Dr. Renate Kruse-Kampffmeyer	GTZ
Metin Kucuk	Kulturzentrum Anatolischer Aleviten e.V.
Torge Kübler	GTZ
Prof. Dr. Hartmut Kühne	Freie Universität Berlin
Barbara Kuhnert	Institut für Auslandsbeziehungen
Alexander Kuleshov	Botschaft der Russischen Föderation
Prof. Dr. Kurt Kutzler	Präsident der Technischen Universität Berlin
Ruth Lemmen	Freie Medienberaterin
Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard	Generalsekretär Goethe-Institut Inter Nationes e.V.
Witold Lesniak	Botschaft der Republik Polen
Marion Lieser	Impact on Health
Prof. Dr. Jutta Limbach	Präsidentin des Goethe-Instituts Inter Nationes e.V.
Annekathrin Linck	Heinrich-Böll-Stiftung
Dr. Peter Lock	European Association for Research on Transformation
Heribert Löhr	Siemens AG
Markus Loewe	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
Kristin Luther	Auswärtiges Amt

Dr. Dr. Talat Mahmood	Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin
Daniela Maiwald	GTZ
Johanna Mantel	Hospitantin im Auswärtiges Amt
Cord Meier-Klodt	Stiftung Wissenschaft und Politik
Mekonnen Mesghena	Heinrich-Böll-Stiftung
Dr. Verena Metzke-Mangold	Deutsche UNESCO-Kommission
Leif Miller	Naturschutzbund Deutschland
Arne Molfenter	United Nations Information Centre
Prof. Dr. Peter Molt	CARE Deutschland
Joachim Müller	Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung
Prof. Dr. Franz Müller-Heuser	Deutscher Musikrat
Dr. Gunter Mulack	Auswärtiges Amt
Prof. Dr. Stefan Musto	Universität Debrecen
Prof. Dr. Klaus Otto Nass	Universität Hannover
Christian Neumann	Bundeskanzleramt
Christa Nickels	Mitglied des Deutschen Bundestages
Katja Niethammer	Freie Universität Berlin
Rainer Nolte	Institut für Auslandsbeziehungen
Barbara Nuhn	Rechtsreferendarin im Auswärtigen Amt
Stephan Ohme	BMZ
Iskender Okyay	Türkisches Generalkonsulat in Berlin
Hans Pakleppa	Zentrum Kommunale Entwicklung
Walter Papenhagen	Deutsches Rotes Kreuz e.V.
Dr. Guido Peruzzo	BMWi
Wolfgang Piecha	Deutscher Akademischer Austauschdienst
Angelika Pohlenz	ICC Deutschland
Wolf Poulet	GTZ
Eva Quistorp	UNIFEM-Kommission
Detlef Radke	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
Dr. Holger Rapior	Auswärtiges Amt
Carola Reimann	Gesellschaft für bedrohte Völker
Marion Renken	Büro MdB Dr. Margrit Wetzel
Parlina Richterova	
Dr. Volker Riehl	Ökumenisches Netz Zentralafrika
Ute Rönsberg	BMZ
Rainald Roesch	Auswärtiges Amt
Nils Rosemann	Forum Menschenrechte
Michèle Roth	Stiftung Entwicklung und Frieden
Ingeborg Rürup	Forum Menschenrechte
Petra Ruth	GTZ
Rolf Saligmann	Auswärtiges Amt
Prof. Dr. Barbara Schaeffer-Hegel	Technische Universität Berlin
Corinna Schellenberg	EKD-Kirchenamt
Jörg Schindler	GTZ
Reinhard Schlaginweit	Deutsches Komitee für UNICEF
Wilhelm Schlemmer	Evangelische Kirche in Deutschland
Wolfgang Schmidt	Geschäftsführer der GTZ
Dr. Friedhelm Schmidt-Welle	Ibero – Amerikanisches Institut
Ann-Kathrin Schneider	Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e.V.
Bettina Schölz	TAZ

Dr. Regine Schönenberg Cornelia Schomaker	Freie Universität Berlin Centrum für internationale Migration und Entwicklung Badische Zeitung Internationales Literaturfestival Berlin Deutsche Botschaft Tokio Fulbright-Kommission Wissenschaftlicher Beirat Globaler Umweltveränderungen Auswärtiges Amt TAZ
Johannes Schradi Ulrich Schreiber Dr. Peter Schröder Georg Schütte Prof. Dr. Meinhard Schulz-Baldes	Deutsche Vereinigung für kulturelle Zusammenarbeit in Europa Deutsche Welle, Berlin Vorsitzende der Uganda Human Rights Commission Terre des Hommes Deutschland Heinrich-Böll-Stiftung Malmö University Wissenschaftlicher Mitarbeiter MdB Köster-Löback Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe Berghof-Zentrum Bundespräsidialamt Friedrich-Naumann-Stiftung Bundeskanzleramt Michael-Succow-Stiftung Pro Familia Stiftung Preußischer Kulturbesitz Neuer Berliner Kunstverein e.V. BMZ Harvard University Initiative Pro Afrika Peace Brigades International GTZ Rechtsanwältin Regisseurin International Centre of Insect Physiology Führungsakademie der Bundeswehr Bertelsmann-Stiftung Staatsminister im Auswärtiges Amt Verband für internationale Politik und Völkerrecht e.V. BMI BMF Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung GTZ
Silke Schulze Waltraud Schwab Prof. Dr. Olaf Schwencke	
Klaus-Dieter Seelig Margaret Sekaggya Ute Sodemann Ingrid Spiller Ronald Stade Dr. Karl-Heinz Stecher Michael Steeb Dr. Reiner Steinweg Dr. Wolfram Stierle Jörg Strompen Heidrun Tempel Thomas Tennhardt Elke Thoß Dr. Elisabeth Tietmeyer Dr. Alexander Tolnay Friederike Tschampa Prof. Weiming Tu Dr. Shungu Tundanonga-Dikunda Fiona Uellendahl Axel Ulmer Bircan Urak Astrid Vehstedt Martin Vogt Jens Vollert Matthias Vollert Dr. Ludger Volmer Dr. Hans Voß	
Nadia vom Scheidt Ruprecht von Arnim Ilsabe von Campenhausen	
Albrecht Graf von Hardenberg Hilmar von Lojewski Arndt Freytag von Loringhoven Dr. Ulrike von Pilar Prof. Dr. Sabine von Schorlemer	

Constantin von Stechow	Jurist
Dr. Levin von Trott zu Solz	Bergedorfer Gesprächskreis der Körber-Stiftung
Bernhard Graf von Waldersee	Auswärtiges Amt
Dr. Richard von Weizsäcker	Bundespräsident a.D.
Ursula Vossenkuhl	BMA
Brita Wagener	Auswärtiges Amt
Paul-Werner Wagner	Emanuel-Lasker-Gesellschaft
Thorsten Wassermeyer	GTZ
Bettina Weber	TYX Group Finanz Coaching
Dr. Norman Weiß	Universität Potsdam
Katja Wendel	Auswärtiges Amt
Prof. Dr. Nikolaus Werz	Universität Rostock
Reinhard Wesel	Universität Magdeburg
Dr. Heinz-Werner Weßler	Pax Christi
Dr. Volker Weyel	Vereinte Nationen
Simone Wiechers	Wissenschaftlerin, Berlin
Jens Wieting	Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e.V.
Dr. Jürgen Wilhelm	Deutscher Entwicklungsdienst gGmbH
Katharzyna Wilkowiecka	Botschaft der Republik Polen
Hans Willmann	Office of the United Nations High Commissioner for Refugees
Paul B. Wink	Konrad-Adenauer-Stiftung
Dr. Wilhelm Wortmann	Universität Hannover
Hans-Heinrich Wrede	Auswärtiges Amt
Dr. Herbert Wulf	BICC
Tomás Ybarra-Frausto	Rockefeller Foundation, New York
Dr. Javad Zarif	Stv. Außenminister der Islamischen Republik Iran
Monika Ziebell	NRO-Frauenforum
Victoria Zimmermann von Siefert	Auswärtiges Amt
Ina Zukrigl	Global Studies



General Assembly

Distr.: General
21 November 2001

Fifty-sixth session
Agenda item 25

Resolution adopted by the General Assembly

[without reference to a Main Committee (A/56/L.3 and Add.1)]

56/6. Global Agenda for Dialogue among Civilizations

The General Assembly,

Recalling its resolutions 53/22 of 4 November 1998, 54/113 of 10 December 1999 and 55/23 of 13 November 2000 entitled “United Nations Year of Dialogue among Civilizations”,

Reaffirming the purposes and principles embodied in the Charter of the United Nations, which are, inter alia, to develop friendly relations among nations based on respect for the principle of equal rights and self-determination of peoples, to take other appropriate measures to strengthen universal peace, and to achieve international cooperation in solving international problems of an economic, social, cultural or humanitarian character, and in promoting and encouraging respect for human rights and for fundamental freedoms for all without distinction as to race, sex, language or religion,

Underlining that all Members have undertaken to refrain in their international relations from the threat or use of force against the territorial integrity or political independence of any State, or in any other manner inconsistent with the purposes of the United Nations,

Reaffirming their commitment to the fulfilment of the Universal Declaration of Human Rights¹ as a common standard of achievement for all peoples and all nations and as a source of inspiration for the further promotion and protection of all human rights and fundamental freedoms – political, social, economic, civil and cultural – including the right to development,

Underlining that all civilizations celebrate the unity and diversity of humankind and are enriched and have evolved through dialogue with other civilizations and that, despite obstacles of intolerance and aggression, there has been constructive interaction throughout history among various civilizations,

Emphasizing that a common humanity unites all civilizations and allows for the celebration of the variegated splendour of the highest attainments of this civilizational diversity, and reaffirming that the civilizational achievements constitute the collective heritage of humankind,

¹ Resolution 217 A (III).

Recalling the United Nations Millennium Declaration of 8 September 2000,² which considers, inter alia, that tolerance is one of the fundamental values essential to international relations in the twenty-first century and should include the active promotion of a culture of peace and dialogue among civilizations, with human beings respecting one another, in all their diversity of belief, culture and language, neither fearing nor repressing differences within and between societies but cherishing them as a precious asset of humanity,

Noting that globalization brings greater interrelatedness among people and increased interaction among cultures and civilizations, and encouraged by the fact that the celebration of the United Nations Year of Dialogue among Civilizations, at the beginning of the twenty-first century, has underscored that globalization is not only an economic, financial and technological process which could offer great benefit but that it also presents the challenge of preserving and celebrating the rich intellectual and cultural diversity of humankind and of civilization,

Bearing in mind the valuable contribution that dialogue among civilizations can make to an improved awareness and understanding of the common values shared by all humankind,

Recognizing that human rights and fundamental freedoms derive from the dignity and worth inherent in the human person and are thus universal, indivisible, interdependent and interrelated, and that the human person is the central subject of human rights and fundamental freedoms and, consequently, should be the principal beneficiary and should participate actively in the realization of these rights and freedoms,

Reaffirming that all peoples have the right of self-determination, by virtue of which they freely determine their political status and freely pursue their economic, social and cultural development,

Emphasizing that promotion and protection of freedom of opinion and expression and a collective commitment to listen to and learn from each other and to respect cultural heritage and diversity are essential for dialogue, progress and human advancement,

Underlining the fact that tolerance and respect for diversity and universal promotion and protection of human rights are mutually supportive, and recognizing that tolerance and respect for diversity effectively promote and are supported by, inter alia, the empowerment of women,

Recalling its resolution 55/254 of 31 May 2001, which calls upon all States to exert their utmost efforts to ensure that religious sites are fully respected and protected,

Emphasizing the need to acknowledge and respect the richness of all civilizations and to seek common ground among civilizations in order to address comprehensively common challenges facing humanity,

Welcoming the endeavours of Governments, international organizations, civil society organizations and countless individuals to enhance understanding through constructive dialogue among civilizations,

Welcoming also the efforts of the Personal Representative of the Secretary-General for the United Nations Year of Dialogue among Civilizations and of the Group of Eminent Persons established by the Secretary-General,

² See resolution 55/2.

Expressing its firm determination to facilitate and promote dialogue among civilizations,

Proclaims the Global Agenda for Dialogue among Civilizations:

A. Objectives, principles and participants

Article 1

Dialogue among civilizations is a process between and within civilizations, founded on inclusion, and a collective desire to learn, uncover and examine assumptions, unfold shared meaning and core values and integrate multiple perspectives through dialogue.

Article 2

Dialogue among civilizations constitutes a process to attain, inter alia, the following objectives:

- Promotion of inclusion, equity, equality, justice and tolerance in human interactions;
- Enhancement of mutual understanding and respect through interaction among civilizations;
- Mutual enrichment and advancement of knowledge and appreciation of the richness and wisdom found in all civilizations;
- Identification and promotion of common ground among civilizations in order to address common challenges threatening shared values, universal human rights and achievements of human society in various fields;
- Promotion and protection of all human rights and fundamental freedoms and enrichment of common understanding of human rights;
- Development of a better understanding of common ethical standards and universal human values;
- Enhancement of respect for cultural diversity and cultural heritage.

Article 3

Pursuit of the above-mentioned objectives will be enhanced by collective commitment to the following principles:

- Faith in fundamental human rights, in the dignity and worth of the human person, in the equal rights of men and women and of nations large and small;
- Fulfilment in good faith of the obligations under the Charter of the United Nations and the Universal Declaration of Human Rights;¹
- Respect for fundamental principles of justice and international law;
- Recognition of diversified sources of knowledge and cultural diversity as fundamental features of human society and as indispensable and cherished assets for the advancement and material and spiritual welfare of humanity at large;
- Recognition of the right of members of all civilizations to preserve and develop their cultural heritage within their own societies;

- Commitment to inclusion, cooperation and the search for understanding as the mechanisms for the promotion of common values;
- Enhancement of participation by all individuals, peoples and nations in local, national and international decision-making processes.

Article 4

Dialogue among civilizations provides important contributions to progress in the following areas:

- Promotion of confidence-building at local, national, regional and international levels;
- Enhancing mutual understanding and knowledge among different social groups, cultures and civilizations in various areas, including culture, religion, education, information, science and technology;
- Addressing threats to peace and security;
- Promotion and protection of human rights;
- Elaboration of common ethical standards.

Article 5

Participation in dialogue among civilizations shall be global in scope and shall be open to all, including:

- People from all civilizations;
- Scholars, thinkers, intellectuals, writers, scientists, people of arts, culture and media and the youth, who play an instrumental role in initiation and sustainment of dialogue among civilizations;
- Individuals from civil society and representatives of non-governmental organizations, as instrumental partners in promoting dialogue among civilizations.

Article 6

Governments shall promote, encourage and facilitate dialogue among civilizations.

Article 7

Regional and international organizations should take appropriate steps and initiatives to promote, facilitate and sustain dialogue among civilizations.

Article 8

The media has an indispensable and instrumental role in the promotion of dialogue among civilizations and in the fostering of greater understanding among various civilizations and cultures.

Article 9

The United Nations should continue to promote and strengthen the culture of dialogue among civilizations.

B. Programme of Action

1. States, the United Nations system and other international and regional organizations and civil society, including non-governmental organizations, are invited to consider the following as a means of promoting dialogue among civilizations in all domains, within existing resources and also drawing upon voluntary contributions:

- Facilitating and encouraging interaction and exchange among all individuals, inter alia, intellectuals, thinkers and artists of various societies and civilizations;
- Promoting of mutual visits and meetings of experts in various fields from different civilizations, cultures and backgrounds, which provide an opportunity for discovering commonalities among various civilizations and cultures;
- Exchange of visits among representatives of the arts and culture and the organization of cultural festivals through which people will have a chance of getting acquainted with other cultures;
- Sponsorship of conferences, symposiums and workshops to enhance mutual understanding, tolerance and dialogue among civilizations;
- Planning sports competitions, Olympiads and scientific competitions, with a view to encouraging positive interaction among youth from different backgrounds and cultures;
- Reinvigorating and encouraging translation and dissemination of basic manuscripts and books and studies representing different cultures and civilizations;
- Promotion of historical and cultural tourism;
- Incorporation of programmes to study various cultures and civilizations in educational curriculums, including the teaching of languages, history and socio-political thoughts of various civilizations, as well as the exchange of knowledge, information and scholarship among academia;
- Advancement of research and scholarship to achieve an objective understanding of the characteristics of each civilization and the differences, as well as ways and means to enhance constructive interaction and understanding among them;
- Utilization of communication technologies, including audio, video, printed press, multimedia and the Internet, to disseminate the message of dialogue and understanding throughout the globe and depict and publicize historical instances of constructive interaction among different civilizations;
- Provision of equitable opportunities for participation in the dissemination of information, with a view to achieving an objective understanding of all civilizations and enhancing constructive interaction and cooperative engagement among civilizations;
- Implementation of programmes to enhance the spirit of dialogue, understanding and rejection of intolerance, violence and racism among people, particularly the youth;
- Utilizing the existence of migrants in various societies in bridging the gap of understanding between cultures;

- Consultation to articulate effective mechanisms to protect the rights of all people to maintain their cultural identity, while facilitating their integration into their social environment.
2. States should encourage and support initiatives taken by civil society and non-governmental organizations for the promotion of dialogue among civilizations.
 3. States, international and regional organizations and civil society, including non-governmental organizations, are invited to develop appropriate ways and means at the local, national, regional and international levels to further promote dialogue and mutual understanding among civilizations, and to report their activities to the Secretary-General of the United Nations.
 4. Governments, funding institutions, civil society organizations and the private sector are invited to mobilize the necessary resources to promote dialogue among civilizations, including by contributing to the Trust Fund established by the Secretary-General in 1999 for that purpose.
 5. The United Nations system, including, in particular, the Personal Representative of the Secretary-General for the United Nations Year of Dialogue among Civilizations and the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, are invited to continue to encourage and facilitate dialogue among civilizations and formulate ways and means to promote dialogue among civilizations in the activities of the United Nations in various fields.
 6. The Secretary-General is requested to report to the General Assembly at its sixtieth session on the implementation of this Global Agenda and Programme of Action.

*43rd plenary meeting
9 November 2001*

Was ist das „Forum Globale Fragen“?

Der Prozess der Globalisierung, der immer stärkeren Verflechtung von einzelnen Staaten und Regionen dieser Welt, hat in den letzten zehn Jahren neben seinen unübersehbaren wirtschaftlichen Folgen auch einschneidende politische Auswirkungen gehabt. Zentrale globale Herausforderungen sind:

- der Schutz unserer natürlichen Umwelt und ihre Erhaltung für zukünftige Generationen,
- das Bevölkerungswachstum und die Suche nach einer angemessenen Reaktion darauf,
- die Armutsbekämpfung und die Schaffung eines gerechten Ausgleichs zwischen Arm und Reich,
- der Schutz der Menschenrechte in der ganzen Welt und die Durchsetzung von allgemein verbindlichen Menschenrechtsnormen,
- die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und des Drogenhandels,
- die Prävention von politisch-militärischen wie auch von wirtschaftlichen Krisen und ihre Deeskalation.

Diese globalen Fragen sind in der Regel eng miteinander verknüpft; sie müssen deshalb deutlicher in ihren Zusammenhängen – mit dem Ziel **themenübergreifender Lösungsansätze** – analysiert werden. Dazu gehört die gewachsene Erkenntnis, dass die meisten Probleme nicht mehr von einzelnen Staaten alleine gelöst werden können und die Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik zunehmend unscharf geworden sind. Zusätzlich zur zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und zu gemeinsamen internationalen Bemühungen ist eine verstärkte Beteiligung nicht-staatlicher „**global players**“, der sogenannten „**Zivilgesellschaft**“, notwendig.

Aus dieser Überlegung heraus wurde das „**Forum Globale Fragen**“ im April 1999 vom Bundesminister des Auswärtigen, Joschka Fischer, im Beisein von UNO-Generalsekretär Kofi Annan ins Leben gerufen. Es dient als Plattform des Auswärtigen Amts für den Dialog zwischen Regierung und Zivilgesellschaft. Dieser Dialog zwischen staatlichen Akteuren und Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen, Kirchen, Wirtschaftsverbänden und Unternehmen befasst sich mit dem **Gesamtspektrum globaler Probleme**.

Dem hier dokumentierten siebten „Forum“ gingen bereits sechs große Treffen voran, die ebenfalls in Broschüren dokumentiert sind.

Die **Gründungsveranstaltung** am 28. und 29. April 1999 galt dem Thema „**Globalisierung – Neue Wege der Zusammenarbeit zwischen Staat und Gesellschaft in der Außenpolitik**“. Ziel war es, die inhaltlichen Zusammenhänge einzelner globaler Fragen stärker herauszuarbeiten sowie nachhaltige, kohärente Lösungsansätze zu erschließen. Drei Themenkomplexe – „Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung“; „Frieden und Sicherheit“; „Partizipation und Legitimation“ – wurden behandelt.

Das zweite „**Forum Globale Fragen**“ fand am 6. und 7. Oktober in der Humboldt-Universität in Berlin statt. Es war dem Thema „**6 Milliarden Menschen – Bevölke-**

ungswachstum als eine zentrale globale Herausforderung“ gewidmet. Der Direktor der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen, Joseph Chamie, führte mit einer Rede in das Thema ein. Es folgte eine Diskussion mit dem Bundesminister des Auswärtigen, Joschka Fischer. Anschließend diskutierten ca. 200 Experten in vier Arbeitsgruppen Aspekte des Themenfelds.

Am 8. und 9. Mai 2000 fand im Auswärtigen Amt in Berlin das **dritte Forum** zum Thema „**Gleichstellung in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft**“ statt. Die Konferenz wurde von Staatsminister Dr. Ludger Volmer eröffnet. Unter den Teilnehmern waren die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Christine Bergmann, die Sonderberaterin des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Frauenthemata, Frau Angela King, und die Exekutivdirektorin von UNIFEM, Frau Dr. Noeleen Heyzer. Die über 200 in- und ausländischen Gäste kamen wieder von Nichtregierungsorganisationen und aus Politik und Wirtschaft. Die Veranstaltung wurde zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung durchgeführt. Im Hinblick auf die Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen „Frauen 2000“ vom 5. bis 6. Juni 2000 wurden dabei in einem ergebnisorientierten Austausch praktische Erfahrungen und neue Lösungsansätze zur Verwirklichung der Gleichberechtigung erörtert.

Das **vierte „Forum Globale Fragen“** am 24. und 25. Oktober 2000 stand unter dem Eindruck des Millennium-Gipfels der Vereinten Nationen und das Thema lautete daher **„Die UNO stärken, neue Impulse nach dem Millenniums-Gipfel“**. Eröffnet wurde die Veranstaltung durch Bundesaußenminister Fischer, der in seiner Rede auf den Millenniums-Bericht des VN-Generalsekretärs einging und die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen den VN und der Zivilgesellschaft sowie transnationaler Wirtschaftsunternehmen hervorhob. Zu den Rednerinnen und Rednern gehörten auch die stellvertretende VN-Generalsekretärin Louise Fréchette und der Sonderberater des VN-Generalsekretärs John Ruggie. Auf diesem Forum wurde auch das „Global Compact“-Projekt diskutiert, das dann auch Thema des fünften Forums gewesen ist.

Am 25./26. Juni 2001 widmete sich das **fünfte „Forum Globale Fragen“** – durchgeführt im Zusammenarbeit mit der Stiftung Entwicklung und Frieden – den **„Neuen Globalen Partnerschaften“** zwischen den Vereinten Nationen und der Wirtschaft. Mit dem Beige-ordneten Generalsekretär der VN, Michael Doyle, wurde über die „Global Compact“-Initiative von VN-Generalsekretär Kofi Annan, über neue Modelle für die Zusammenarbeit von Staaten, internationalen Organisationen und Unternehmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sowie über die auf deutschen Vorschlag von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete Resolution „Auf dem Weg zu neuen Partnerschaften“ diskutiert. Die fünfte Veranstaltung war zugleich Anlass, eine Bilanz der bisherigen Arbeit des Forums zu ziehen und Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen.

Das **sechste „Forum Globale Fragen“** am 15./16. Oktober 2001 untersuchte aktuelle Fragen von „Globalisierung und Kommunikation“. Den Einführungsvortrag über die wirtschaftliche Entwicklung im digitalen Zeitalter hielt der Generalsekretär der OECD, Donald Johnston. In den Diskussionsrunden wurden Fragen rund um das Internet – seine Bedeutung für Staat und Gesellschaft, den Bedarf an weltweiten rechtlichen Regelungen für seine Nutzung sowie sein Potenzial für die nachhaltige Entwicklung in den Staa-

ten der Dritten Welt – kontrovers und engagiert behandelt. Daneben standen allgemeine Fragen der politischen Gestaltung der Globalisierung und die Rolle von Parlamenten, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen im Mittelpunkt.

Die Veranstalter stellen sich vor

Der Arbeitsstab Globale Fragen im Auswärtigen Amt wurde im Sommer 1998 im Zuge einer umfassenden Neubewertung der Behandlung von globalen Fragen geschaffen. Er nimmt Grundsatz- und Koordinierungsaufgaben in diesem Themenfeld innerhalb der Abteilung Globale Fragen, Vereinte Nationen, Menschenrechte und humanitäre Hilfe wahr. Zentrales Projekt des Stabs ist das „Forum Globale Fragen“. Es wurde im April 1999 von Bundesaußenminister Joschka Fischer zusammen mit UNO-Generalsekretär Kofi Annan in Berlin ins Leben gerufen und dient als Plattform für die Vertiefung des Dialogs zwischen Regierung und der Zivilgesellschaft, insbesondere Nichtregierungsorganisationen, zum gesamten Spektrum globaler Probleme. Damit soll es einen Beitrag leisten, die inhaltlichen Zusammenhänge zwischen verschiedenen globalen Fragen mit dem Ziel kohärenter Lösungsansätze herauszuarbeiten.

Dieser neuen Kultur der Kooperation und Vernetzung entsprechend steht der Arbeitsstab interessierten Partnern zum Informations- und Meinungsaustausch gern zur Verfügung. Kommentare zu dieser Broschüre oder anderen Fragen sind willkommen!

Die Koordinaten des Arbeitsstabs:

Leiter: VLR I Hans-Heinrich Wrede
(ab 1. 10. 2002: Dr. Otto Lampe), Tel. (0 30) 50 00-19 21
Stv. Leiter: VLR Thomas Fitschen, Tel. (0 30) 50 00-19 22
Vorzimmer: Tel.: (0 30) 50 00-19 23
Fax: (0 18 88) 17-18 85
E-Mail-Anschluss: gf09-s@auswaertiges-amt.de
Adresse: Auswärtiges Amt
Arbeitsstab Globale Fragen
Werderscher Markt 1
10117 BERLIN

Die **Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH** ist ein weltweit tätiges Bundesunternehmen für internationale Zusammenarbeit. Sie arbeitet für das Ziel, die politische, wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklung in den Ländern des Südens und Ostens positiv zu gestalten und damit die Lebensbedingungen und Perspektiven der Menschen nachhaltig zu verbessern. Mit ihren Dienstleistungen unterstützt sie komplexe Entwicklungs- und Reformprozesse. Den Dialog der Kulturen versteht sie als einen unverzichtbaren Bestandteil ihrer Arbeit.

Die GTZ wurde 1975 als privatwirtschaftliches Unternehmen gegründet. Ihr Hauptauftraggeber ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Darüber hinaus ist sie tätig für andere Bundesressorts, für Regierungen anderer Länder, für internationale Auftraggeber wie die Europäische Kommission, die Vereinten Nationen oder die Weltbank sowie für Unternehmen der privaten Wirtschaft. Die GTZ nimmt ihre Aufgaben gemeinnützig wahr.

In über 130 Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas, in den Transformationsländern Osteuropas und den GUS-Staaten beschäftigt das Unternehmen mehr als 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; rund 8.500 von ihnen sind einheimische Kräfte. Die GTZ ist in 63 Ländern mit eigenen Büros vertreten. Zusätzlich arbeiten rund 1.000 Personen in der Zentrale in Eschborn bei Frankfurt am Main.

Anschrift: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH
Dag-Hammarskjöld-Weg 1, Postfach 51 80
65760 Eschborn
Tel. (0 61 96) 79-0
Fax (0 61 96) 79-11 15
postmaster@gtz.de

Büro Berlin
Reichpietschufer 20
10785 Berlin
Tel. (0 30) 7 26 14-0
Fax (0 30) 7 26 14-1 30
E-Mail: gtz-berlin@gtz.de

Publikationen des Auswärtigen Amtes

Das Auswärtige Amt

- Das Auswärtige Amt stellt sich vor: Dienst am Bürger. Weltweit. (z. Zt. vergriffen)
- Das Auswärtige Amt im Wandel
- Info 2002: Adressen von Botschaften, Goethe-Instituten, Auslandshandelskammern usw.
- Der höhere Auswärtige Dienst
- Der gehobene Auswärtige Dienst
- Der mittlere Auswärtige Dienst
- Fremdsprachenassistent/in im Auswärtigen Dienst (z. Zt. vergriffen)
- Das Haus am Werderschen Markt, Von der Reichsbank zum Auswärtigen Amt (dreisprachige Broschüre: Deutsch, englisch und französisch) (**Schutzgebühr € 2,50** bitte Verrechnungsscheck beifügen). Versand erfolgt unfrei
- Deutsche als Ausländer – Leben gemeinsam gestalten. Überall! (Ausstellungskatalog)

Außenpolitik

- Deutsche Außenpolitik 2000
- Deutsche Außenpolitik 2001
- Viertes Forum Globale Fragen: Die UNO stärken – neue Impulse nach dem Millenniums-Gipfel, Berlin, 24.- 25. Oktober 2000
- Fünftes Forum Globale Fragen: Neue Globale Partnerschaften, Berlin, 25.-26. Juni 2001
- Sechstes Forum Globale Fragen: Globalisierung und Kommunikation, Berlin, 15. – 16. November 2001
- Außenwirtschaftsförderung der Bundesregierung (Faltblatt)
- Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Dokumente von 1949 bis 1994
Versand erfolgt **unfrei**
- Deutsche Außenpolitik nach der Einheit 1990-1993. Eine Dokumentation
Versand erfolgt **unfrei**
- Deutsche Außenpolitik 1995
Auf dem Weg zu einer Friedensregelungen für Bosnien und Herzegowina .
53 Telegramme aus Dayton. (Dokumentation)
Versand erfolgt **unfrei**
- $2 + 4 = 1$ Die internationale Regelung der deutschen Einheit
Versand erfolgt **unfrei**
- „Zeitzeugnisse. Deutsche Außenpolitik von 1870 bis heute“
Katalog zur Ausstellung in der Staatsbibliothek zu Berlin vom 7. 10. bis 30. 10. 1997
Versand erfolgt **unfrei**

Vereinte Nationen

- ABC der Vereinten Nationen

Bilaterale Beziehungen

- Adressbuch der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit

Europa

- Die Europäische Union – Fragen zur Erweiterung
- Die Zukunft Europas – Wohin soll die Reise gehen (Faltblatt)

Sicherheitspolitik

- Von der KSZE zur OSZE. Grundlagen, Dokumente und Texte zum deutschen Beitrag 1993-1997
Versand erfolgt **unfrei**
- Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (GASP), Dokumentation, 11. überarbeitete Auflage, 1999, Stand Mitte 1998
Versand erfolgt **unfrei**
- Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2001

Kulturpolitik

- Auswärtige Kulturpolitik 1993–1996
- Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik heute
- Forum: Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Internet, Berlin, 27. November 2001

Menschenrechte

- Kinderrechte sind Menschenrechte

Hilfe im Ausland

- Unser Konsulardienst – Hilfe im Ausland
(z. Zt. vergriffen)

Diese Publikationen können angefordert werden bei:
Auswärtiges Amt
Broschürenstelle des Referats für Öffentlichkeitsarbeit
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Tel: +49/30/50 00-49 90 oder -41 95

Fax: +49/30/50 00-5 49 90 oder -5 41 95

Weitere Informationen zum Thema Außenpolitik finden Sie auf der Website des Auswärtigen Amtes unter www.auswaertiges-amt.de